

2. (Theoretische) Ausgangspunkte zur Entwicklung des Forschungsprogramms

Mit Blick sowohl auf bestehende Arbeiten zur globalen Repräsentation der Proteste in Ägypten als auch die breitere Debatte um Kosmopolitismus in Medienkulturen (s. Kap. 3.1.3) erscheint es notwendig, mediale Diskurse aus einer kritischen Perspektive zu analysieren. Diesen Aspekt habe ich bereits in der Einleitung aufgezeigt und entwickle nun in diesem ersten theoretischen Kapitel eine Perspektive, die meine theoretischen, methodischen und empirischen Überlegungen der nächsten Kapitel prägt. Die Auseinandersetzung mit den bestehenden Studien zu den Protesten in Ägypten (vor allem im Jahr 2011) hat maßgeblich zur Ausrichtung dieser Arbeit beigetragen. Die spezifische Perspektive, mit der ich in dieser Arbeit sowohl auf theoretische Debatten als auch anschließend auf das empirische Material blicke, verstehe ich als Ergänzung zur bestehenden Forschung, die sich mit Medien im Kontext der ägyptischen Proteste beschäftigt. Auf welche theoretischen Grundlagen sich meine repräsentationskritische Perspektive ausgehend von dem in Kapitel 2.1 aufgezeigten Forschungsstand bezieht, erläutere ich in Kapitel 2.2 und stelle dabei Bezüge zu dekonstruktivistischen, feministischen und postkolonialen Ansätzen her. Kapitel 2.3 bezieht diese Perspektive dann stärker auf das später zu analysierende Material von Frauen repräsentierenden Diskursbeiträgen aus dem journalistischen Diskurs in Deutschland um die Proteste in Ägypten. Dort gehe ich darauf ein, welche Ergebnisse bereits andere Arbeiten hervorgebracht haben, die aus einer ähnlichen Perspektive auf mediale Repräsentationen von Geschlecht blicken und dabei vor allem Repräsentationspraktiken in deutschsprachigen, aber auch allgemeiner in ›westlichen‹ Diskursen in den Blick nehmen. Damit erarbeite ich zugleich einen kritischen Überblick über diskursive Formationen der Repräsentation von weiblichen Körpern allgemein, von ›anderen‹ Frauen sowie Frauenbewegungen und damit solche Repräsentationspraktiken, die auch für den später zu untersuchenden Diskurs von Relevanz sind.

2.1 Forschung zu Medien, Geschlecht und Protesten in Ägypten

Ganz unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen beschäftigen sich mit den Protesten in Ägypten und anderen Ländern der MENA-Region und nehmen dabei verschiedene Aspekte in den Blick. Aus einer klassischen Perspektive der Politikwissenschaften wird beispielsweise der Blick besonders auf Institutionen, politische Systeme und rechtliche Rahmungen sowie deren Transformation gelenkt oder auch in der Teildisziplin der *Internationalen Beziehungen* die politischen Implikationen der ›Umbrüche‹ auf europäische Politiken diskutiert. Die Protest- und Bewegungsforschung als ein disziplinübergreifendes Forschungsfeld interessiert sich hingegen für Entstehungen, Verlauf und Ziele der Bewegungen selbst.¹ Beide Ebenen verbindet ein vielbeachteter Artikel von George Joffé (2011), der die ökonomische Situation der betroffenen Länder als Ausgangspunkt für die Protestbewegungen sieht und die sehr unterschiedlichen Verläufe mit nationalen Differenzen der politischen Systeme und der bereits vor Beginn der Proteste herrschenden politischen Kultur begründet. In anderen Arbeiten, die eher transkulturelle Aspekte der Proteste in den Blick nehmen, werden die globalen Implikationen der Ereignisse in Ägypten für andere Bewegungen untersucht. So beschreibt beispielsweise Sarah Kerton (2012) die Bilder vom Tahrir-Platz als »magical experience« (ebd.: 302) für die *Occupy*-Bewegung in Kanada.² Die Aufbereitung der Ergebnisse, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit den Protestbewegungen und politischen Transformationen in Ägypten beschäftigen, könnte an sich sicherlich inzwischen ein eigenes Forschungsprojekt darstellen. Durch den Fokus meiner Arbeit sind indes insbesondere solche Arbeiten von Bedeutung, welche die Proteste in Verbindung mit Medien und Öffentlichkeiten und/oder Geschlecht untersuchen.

Ziel der Aufbereitung des Forschungsstandes ist es nicht, den wissenschaftlichen Diskurs und darin enthaltene Deutungs- und Argumentationsmuster zu reproduzieren; vielmehr soll in diesem Kapitel aufgezeigt werden, mit welchem Erkenntnisinteresse andere Arbeiten mit einem spezifischen Fokus auf Medien und/oder Geschlecht auf die Ereignisse in Ägypten blicken, wo die Schwerpunkte bisheriger Untersuchungen liegen und inwiefern meine Arbeit an die bestehende Forschung anknüpft und sie erweitert. Im Folgenden gebe ich daher zunächst einen Überblick über den Forschungsstand der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten zu den Protesten, insbesondere auch aus der Protest- und Bewegungsforschung (Kap. 2.1.1). Anschließend gehe ich auf Arbeiten ein, die Geschlecht im Zusammenhang mit der Mediatisierung der Protestbewegungen in Ägypten untersuchen (Kap. 2.1.2).

- 1 Im deutschsprachigen Kontext beschäftigen sich eine Vielzahl von Publikationen mit dem sogenannten ›Arabischen Frühling‹ (vgl. u.a. Schneiders 2013, Jünemann/Zorob 2012, Nordhausen 2011, Schmid 2011, Jelloun 2011) und insbesondere den Protesten in Ägypten (vgl. u.a. Albrecht et al. 2013, Rang 2011, Asseburg 2012). Verwiesen sei zudem auf Sondernummern von Zeitschriften wie dem *British Journal of Middle Eastern Studies* (Vol. 12, 2011), *Globalizations* (Vol. 8, No. 5, 2011) oder dem *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* (Vol. 25, No. 3, 2012).
- 2 Auch im deutschsprachigen Forschungskontext geht u.a. Kraushaar (2012) auf die globalen Einflüsse der Proteste auf dem Tahrir-Platz insbesondere auf die *Occupy*-Bewegung ein.

2.1.1 Proteste in Ägypten als mediales ›Schlüsselereignis‹

Die Forschung zu Medien und den ägyptischen Protesten bildet die Schwerpunkte des noch relativ jungen Forschungsfeldes zu Medien und Protest ab. Massenmedien haben mit der Adressierung machtvoller Strukturen und Institutionen durch Proteste an Stelle der Adressierung konkreter, anwesender Personen eine zentrale Bedeutung für Proteste übernommen (vgl. Koopmans 2004: 368). Diese Einsicht hat zu einem Aufschwung der Forschung zu Repräsentationen von Protest seit den 1990er Jahren geführt. Dabei finden sich vor allem Analysen zum (visuellen) Framing von Protest in Medien (vgl. Fahlenbrach 2016) und vermehrt Fragen nach dem Medienhandeln politischer Bewegungen (vgl. zum Überblick Kannengießer 2014). Die Frage nach kulturellen diskursiven Deutungen und Rahmungen solcher Bewegungen wird hingegen selten gestellt. Sowohl Kathrin Fahlenbrach (2016: 108) als auch Britta Baumgarten und Peter Ullrich (2012) betonen in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Protest- und Bewegungsforschung jedoch die Notwendigkeit, die Bedeutung machtvoller Strukturen der diskursiven Rahmung von Repräsentationen von Protest stärker in den Blick zu nehmen. Dies gilt insbesondere für globale Repräsentationen lokaler Proteste. Über digitale Medien können Anliegen von Protesten über Ort und Zeit hinweg kommuniziert werden (vgl. Fahlenbrach 2016: 101). Dabei müssen es nicht die Anliegen von Protesten selbst sein, die global verortet sind und daher über den spezifischen Protestkontext hinaus kommuniziert werden. Simon Cottle und Libby Lester (2011) betonen, dass auch für Proteste mit lokalen Anliegen deren globale Legitimation und Anerkennung von immer größerer Bedeutung ist und damit entscheidend, wie über lokale Proteste weltweit berichtet wird:

»Transnational recognition and wider endorsement or legitimation of political claims in the wider media sphere has become a prize worth struggling for, even though some struggles may be geographically confined and/or politically rooted in particular national contexts.« (Cottle/Lester 2011: 32)

Im gesamten Forschungsfeld zu Medien und Protest gibt es erst wenige Arbeiten zur Bedeutung transnationaler oder globaler Mediendiskurse für (auch lokale oder nationale) soziale Bewegungen. Cottle und Lester unterstreichen den Zusammenhang zwischen globalen Diskursen und lokalen Kämpfen und sehen darin das Potential, dass »some of the world's foremost injustices and threats to humanity [...] become part of a new global awareness and, possibly, prompt forms of transnational solidarity« (ebd.: 19). Solche theoretischen Überlegungen zu Möglichkeiten transnationaler Anerkennung und damit verbundenen Solidarisierungen gilt es empirisch zu bearbeiten. Die wissenschaftliche Forschung zu sozialen Bewegungen ist gerade mit den Ereignissen in der MENA-Region auch für die breite Öffentlichkeit als Forschungsfeld wieder relevanter geworden (vgl. Roth 2012); gefordert ist nun eine Aneignung des *cultural turns* in der Protest- und Bewegungsforschung und damit ein Blick auf gesellschaftliche Deutungen von Protesten und deren Einordnung in und Reproduktion von bestehenden Wissensordnungen (vgl. Haunss/Ullrich 2013: 298, Doerr et al. 2013). Baumgarten und Ullrich (2012) betonen, dass dadurch bedeutsame Fragen nach den soziokulturellen Bedingun-

gen für soziale Bewegungen und ihre Erfolge nicht gestellt werden. Gerade der Blick auf Diskurse und die ihnen inhärenten Machtstrukturen ermöglicht es, zum einen zu untersuchen, dass und warum einige durch soziale Bewegungen etablierte Deutungen mehr gesellschaftliche Akzeptanz finden als andere und damit ›opportunity structures‹ zu verstehen. (Vgl. ebd.: 15) Zum anderen kann analysiert werden, wie sich Deutungen sozialer Bewegungen wiederum auf die Rahmungen des Denk- und Sagbaren in gesellschaftlichen Gefügen auswirken (vgl. ebd.: 7). Ein Blick auf die gesellschaftliche Aushandlung der Deutungen von Protesten, für die Medien eine zentrale Rolle spielen, ist also dringend notwendig und wünschenswert. Dies gilt besonders für Proteste wie in Ägypten, die als Teil einer globalen, sich wechselseitig beeinflussenden Protestkultur verstanden werden können (vgl. Badry 2013: 24) und damit auch ein globales Publikum adressieren. Cottle und Lester (2011: 5) betonen dabei die Bedeutung gerade ›klassischer‹ journalistischer Medien für die Deutung und Einordnung von Protesten. Ein diskursanalytischer Blick auf translokale³ mediale Verhandlungen von Protest – auch in journalistischen Medien – wird im Forschungsfeld Medien und Protest folglich als gewinnbringend diskutiert, kann jedoch als ein Desiderat verstanden werden. Auch in der Forschung zu den Ereignissen in Ägypten gibt es erst wenige Arbeiten, die sich mit solchen translokalen Deutungen der Proteste beschäftigen. Diese diskutieren sie als ›Schlüsselereignis‹ hinsichtlich der Repräsentation ›der Anderen‹. Der Fokus der Forschung liegt hingegen auf der Bedeutung der ägyptischen Proteste als ›Schlüsselerereignis‹ für die Relevanz von ›sozialen‹ Medien für die Mobilisierung für und (globale) Diffusion von Informationen über die Proteste, wie ich im Folgenden darlege.

Die Proteste in Ägypten als ›Schlüsselereignis‹ für die Bedeutung ›sozialer‹ Medien

Die kommunikations- und medienwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Protesten in der MENA-Region seit 2011 – welche zwar oft länderübergreifende Analysen bietet, dabei aber in der Regel einen Fokus auf die Proteste in Ägypten legt – findet insbesondere im arabischen und anglo-amerikanischen Raum statt. Hervorzuheben sind dabei die Ausgabe des *International Journals of Communication* vom Mai 2011 und die Ausgabe des *Journal of Arab & Muslim Media Research* vom März 2012. Die Beiträge in beiden Heften beschäftigen sich spezifisch mit der Bedeutung ›sozialer‹ Medien für die Protestbewegungen im arabischen Raum, oft mit einem Fokus auf Ägypten. Zentral wird dabei sowohl die Bereitstellung von Informationen innerhalb der Bewegung, z.B. über Twitter (vgl. Lotan et al. 2011) sowie die Rolle ›sozialer‹ Medien für die Aktivierung und Mobilisierung von Protestierenden aufgezeigt. Etwa untersuchen Nahed Eltantawy und Julie Wiest (2011) die Rolle ›sozialer‹ Medien vor dem Hintergrund der *Resource Mobilization Theory*. Eine positive Korrelation zwischen der Aneignung ›sozialer‹ Medien und der Partizipation an Protesten, also zwischen offline- und online-Engagement, zeigen auch Xiaolin Zhuo, Barry Wellmann und Justine Yu (2011), Jeffrey Ghannam (2011) und Nermeen Sayed (2012) auf. Zeyneb Tufekci und Christopher Wilson (2012) belegen den Einfluss ›sozialer‹ Medien auf individuelle Entscheidungen, an Protesten teilzunehmen.

3 Zum Begriff ›translokal‹ s. Kap. 2.2.3.

Auch für die globale Verbreitung von Informationen über die Ereignisse sehen verschiedene Arbeiten »soziale« Medien in einer zentralen Rolle. Axel Bruns, Tim Highfield, Jean Burgess und Martha McCaughey (2013) zeigen in ihrer Arbeit, dass trotz des hohen Anteils arabischsprachiger Social-Media-Nutzer*innen in Ägypten Informationen über regionale Grenzen und Sprachbarrieren hinweg geteilt wurden, etwa durch Übersetzungen einzelner Nutzer*innen. Sahar Khamis und Katherine Vaughn (2012) untersuchen in ihrer Studie über die Facebook-Seite *We Are All Khaled Said* nicht nur deren Potential für eine Protestmobilisierung, sondern auch die englische Übersetzung der Seite als ein Medium der globalen Diffusion von Informationen.

Die Bedeutung »sozialer« Medien wird besonders hinsichtlich Mobilisierung und Information von zahlreichen Arbeiten betont. Zugleich stellen die Arbeiten, die sich eher mit gesellschaftlichen Deutungen der Proteste beschäftigen, die Relevanz journalistischer, massenmedialer Diskurse für solche Deutungen heraus. Gadi Wolfsfeld, Elad Segev und Tamir Sheafer (2013) warnen vor einer Überschätzung des Einflusses »sozialer« Medien und fordern, den politischen Kontexten der Bewegung mehr Beachtung zu schenken. Etwa die Bedeutung journalistischer Diskurse in der Information über und Entscheidung für oder gegen eine Beteiligung an den Protesten hebt auch Barrie Axford (vgl. 2011: 683) hervor. Er spricht sich sowohl für eine Kontextualisierung der Untersuchung »sozialer« Medien als auch für einen Einbezug »konventioneller« massenmedialer Diskurse in Analysen aus. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Medien im Kontext der Proteste in Ägypten wird demnach durchaus die Bedeutung journalistischer Medien herausgestellt.⁴ Dabei beschäftigen sich einige Arbeiten auch mit der Verbindung zwischen »sozialen« Medien und der globalen journalistischen Berichterstattung. Zizi Papacharissi und Maria De Fatima Oliviera (2012) untersuchen, wie die Geschichten der ägyptischen Proteste über soziale Netzwerke einem globalen Publikum erzählt werden. Sie weisen auf den zeitlichen Gegensatz zwischen *social media reporting* und Journalismus hin, der dazu führt, dass letzterer Inhalte nach wie vor rahmt und auch durch »soziale« Medien keine Unmittelbarkeit journalistischer Medien hergestellt wird. Auch Thomas Ledwell (2012) kommt in seiner Befragung von Journalist*innen zu dem Ergebnis, dass diese zwar die Bedeutung »sozialer« Medien für Informationen und Subjektivität betonen, gleichzeitig aber die Funktion von Journalist*innen als *Gatekeeper* hervorheben. Maha Bashri, Sara Netzley und Amy Greiner (2012) zeigen mit ihrem Vergleich von Online-Artikeln auf den englischen Seiten von *Al-Jazeera* und *CNN*, dass *Al-Jazeera* sich in der Berichterstattung über die Proteste in Ägypten verstärkt auf »soziale« Medien als Informationsquelle beruft, während *CNN* vor allem amerikanische Staatsbürger*innen als Expert*innen zitiert. Der journalistischen Rahmung kommt demnach nach wie vor eine zentrale Rolle in der Aushandlung der globalen Deutung der Proteste

4 Einige wenige Arbeiten beschäftigen sich vor dem Hintergrund der Debatte um die Bedeutung soziokultureller Kontexte auch mit den Unterschieden zwischen massenmedialen Diskursen und Diskursen in »sozialen« Medien. Während im ägyptischen Diskurs in »sozialen« Medien die Proteste als Revolution mit dem Ziel der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (vgl. Hamdy/Gomaa 2012) gedeutet werden wird der ägyptische massenmediale Diskurs als demobilisierend beschrieben (vgl. Osman/Samei 2012), indem er die Protestbewegungen als Verschwörungen gegen den ägyptischen Staat deutet (vgl. Hamdy/Gomaa 2012).

zu. ›Soziale‹ Medien sind jedoch für journalistische Medien eine wichtige Quelle, was auch anhand des von mir untersuchten Diskurses deutlich wird (s. Kap. 2.2.1 und 4.2.2).

Die Proteste in Ägypten als ›Schlüsselereignis‹ hinsichtlich der Repräsentation ›Anderer‹

Im Vergleich zur Beschäftigung mit der Rolle ›sozialer‹ Medien gibt es erst wenige Arbeiten, die sich empirisch mit der translokalen oder globalen Repräsentation der Ereignisse auseinandersetzen. Diese deuten die Proteste in Ägypten vor allem als ein ›Schlüsselereignis‹ hinsichtlich einer qualitativen Veränderung der medialen Repräsentation des ›islamisch-arabischen Raumes‹ und seiner Bewohner*innen. Vorhandene Arbeiten blicken dabei zum einen auf die vermehrte Aufmerksamkeit für die Region im ›globalen Norden‹ und zum anderen auf diskursive Deutungen der Proteste.⁵

Den neuen Aufmerksamkeitsfokus auf die Region, die politische Situation und die Lebenswelt der Menschen vor Ort sehen Miyase Christensen und Christian Christensen (2013) nicht nur auf die Proteste selbst bezogen, sondern auch auf andere damit zusammenhängende Themen, als Beispiel untersuchen sie die Diskussion um die Rolle der Türkei in der Region. Ähnliche Ergebnisse liefert auch Mikkel Fugl Eskjaers (2012) Analyse zur Berichterstattung in Dänemark. Er betont jedoch, dass trotz der veränderten Aufmerksamkeit die Deutungen der medialen Diskurse sich nur wenig verändern. Dabei hebt er insbesondere die Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie sowie die negative Deutung der Möglichkeit, die ›islamisch-arabische Welt‹ von innen heraus zu verändern, hervor. Eine solche Perspektive bietet auch Hanne Jorndrup (2012). Sie stellt heraus, dass die ›Arabische Revolution‹ in dänischen Diskursen zwar in dänische historische Protestbewegungen eingeschrieben wird, die Geschichte der journalistischen Erzählungen zu der Region aber neu- oder umgeschrieben wurde, indem die zuvor mangelnde und unkritische Thematisierung keine Erwähnung findet. Auch Cottle (2011) betont unter anderem, dass gerade der weltweite Fokus die Proteste zu einem besonderen Ereignis machte und es in den ›westlichen‹ Medien zuvor kaum und wenn, dann keine kritische Berichterstattung über die Situation in den betroffenen Ländern gab.

Andere Arbeiten stellen Veränderungen tradierter Repräsentationspraktiken und diskursiver Deutungen heraus. Untersuchungen zum deutschsprachigen, insbesondere journalistischen Diskurs, fokussieren sich meist auf die Möglichkeiten der Veränderung der Repräsentation ›des Islams‹ in der Berichterstattung über die Proteste in der MENA-Region und heben zumindest kurzzeitige Veränderungen hervor (vgl. Somsen 2011, Brinkmann 2015, Hafez 2013). Mervi Pantti (2013) untersucht die Nutzung von *citizen images*⁶ in Massenmedien. Sie vergleicht die Verwendung ›authentischer Bilder‹ in finnischer Medienberichterstattung zum Tsunami in Südostasien 2004 und dem ›Arabischen Frühling‹ und kommt zu dem Schluss, dass diese aufgrund von »unconstructedness, unconventional framing, mobility and embodied collectivity« (ebd.: 201)

5 Andere Arbeiten untersuchen die globale Berichterstattung von Al Jazeera (vgl. Galander 2013) und BBC (vgl. Fornaciari 2012) anhand journalistischer Qualitätskriterien.

6 Der Begriff ›citizen images‹ bezeichnet Amateur-Bilder von Ereignissen, die von beteiligten Bürger*innen erstellt wurden und differenziert diese von ›professionellen‹ journalistischen Bildern (vgl. Pantti 2013: 202).

weiteres Engagement und Reflexion bedingen können. Wenn diese Bilder journalistisch aufgearbeitet und eingebettet würden, könnten sie eine neue Nähe zu den Betrachteten herstellen (ähnliche Ergebnisse liefern auch Howard et al. 2011 und Chung/Cho 2013). Simon Cottle (2011) und Lilie Chouliaraki (2013) deuten die Art und Weise der Repräsentation von Akteur*innen in der Berichterstattung über die Proteste als außergewöhnlich und betonen das Potential einer Bildung transnationaler Solidaritäten. Cottle (2011) sieht in der Berichterstattung über den ›Arabischen Frühling‹ die Möglichkeit der Bildung neuer Gemeinschaften und betont: »today's media ecology and communication networks have played an integral and multifaceted part in building and mobilizing support, coordinating and defining the protests within different Arab societies and *transnationalizing* [Herv. i. O.] them across the Middle East, North Africa and to the wider world« (ebd.: 658). Chouliaraki (2013), die die Berichterstattung über das Erdbeben in Haiti 2010 und die Proteste in Ägypten 2011 vergleicht, sieht in letzterer die Möglichkeit kosmopolitischer Solidarität gegeben. Sie argumentiert, dass die Berichterstattung Anerkennung ermöglicht, indem den Protestierenden eine Stimme gegeben wird und deutet den Rückgriff auf ›citizen journalism‹ als Möglichkeit einer »democratisation of voice« (ebd.: 279). Sie identifiziert die Entstehung von Verbindungen zwischen ›ihrem‹ und ›unserem‹ Protest und argumentiert:

»such acts of witnessing entail a strong emotional dimension, which invites Western publics to engage with the Egyptian protesters and, potentially, construes a space of trans-national recognition between ›them‹ and ›us‹ [...]. The solidarity of this event is [...] a solidarity of revolution that communicates a human-rights appeal for political freedom and social justice.« (Chouliaraki 2011: 276)

Über die Möglichkeit, die Stimme der ›Anderen‹ zu hören entsteht Chouliaraki zufolge über eine emotionale Verbindung ein Raum der Anerkennung, in dem Solidarität und die sich auf Menschenrechte beziehende Artikulation von Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit ermöglicht werden. Chouliaraki und auch die anderen oben genannten Autor*innen fokussieren damit das anerkennende Potential translokaler Diskurse über die Proteste in Ägypten. In Ergänzung zu ihren Ergebnissen erscheint es mir jedoch notwendig, (globale) Machtstrukturen auch weiterhin zu beachten sowie nach möglichen Ausschlüssen in den Diskursen zu fragen. Dies soll durch einen Bezug auf postkoloniale Ansätze in der Perspektive dieser Arbeit gewährleistet werden (s. Kap. 2.2.3).

In der Forschung zu den ägyptischen Protesten und Medien zeigt sich, so habe ich dargestellt, eine Fokussierung auf die Bedeutung ›sozialer‹ Medien für die Distribution von Informationen zu den Protesten und die Mobilisierung zu diesen als auch für die journalistische Berichterstattung. Diese Studien rücken zwar – wie auch die vorliegende Arbeit – mediale Inhalte in den Fokus, nehmen aber keinen Blick auf diese als gesellschaftlich relevante Diskurse ein, die gerade auch über den eigentlichen Ort des Geschehens hinaus global (Be-)Deutung erlangen und herstellen. Die wenigen bestehenden Arbeiten, die dies leisten, betonen sowohl eine Veränderung der Quantität der Berichterstattung über Ägypten als auch die Möglichkeit der Verschiebung von Repräsentationsregimen in journalistischen Diskursen im Rahmen der Proteste. Hier erscheint mir eine Fokussierung auf machtvoll Strukturen und Ausschlüsse notwendig.

Diese Notwendigkeit wird auch in der Auseinandersetzung mit Arbeiten deutlich, die Geschlecht im Kontext von Forschung zu Medien und Protesten in Ägypten in den Blick nehmen.

2.1.2 Blick durch eine ›gendered lens‹: Proteste in Ägypten, Medien und Geschlecht

Auch die relativ wenigen medien- und kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten, die sich speziell mit Geschlecht im Kontext der ägyptischen Proteste beschäftigen, fokussieren sich oft auf die Untersuchung ›sozialer‹ Medien. Auch hier wird meist deren positiver Einfluss auf die Information über und Mobilisierung für die untersuchte Bewegung hervorgehoben. Sowohl Maurice Oline (2013) als auch Sahar Khamis (2014) sehen in ›sozialen‹ Medien einen Raum, in dem Frauenbewegungen Informationen zu Frauenrechtsthemen bereitstellen können, die in der breiten ägyptischen Öffentlichkeit keinen Platz finden. Insbesondere für Kampagnen gegen öffentliche sexualisierte Gewalt hat Loubna Hanna Skalli (2014) die Bedeutung ›sozialer‹ Medien untersucht und betont in diesem Kontext die wesentliche Verbindung zwischen offline- und online-Aktivismus. Susana Galán (2012) hat sich mit dem ›emotionalen Habitus‹ als Basis für soziale Bewegungen in Blogtexten von Ägypterinnen auseinandergesetzt. Die Studie zeigt, dass, ausgehend von Narrativen der Frustration vor den Ereignissen, der Beginn der Proteste euphorisch gedeutet wurde, schließlich aber die Sorge um die ökonomische Situation und Instabilität des Landes Frustration und Enttäuschung zurückkehren ließen. Ebenfalls mit Deutungsmustern in ägyptischen medialen Auseinandersetzungen beschäftigt sich Sara Mourad (2013), die die Verhandlung von nackten weiblichen Körpern in Blogs und ägyptischen journalistischen Medien untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in der breiten Öffentlichkeit der Ruf nach kultureller Anerkennung (des weiblichen Körpers) im Kontext der soziopolitischen Revolution als nicht legitim, da nicht dringlich gedeutet wird. Zudem wird sie als ›westlicher‹ Weg feministischer Politiken verstanden, in diesem Kontext bezieht sich Mourad auch auf die Rolle der kolonialen Vergangenheit Ägyptens (ähnliche Ergebnisse bei Sirsat 2014).⁷ Madeleine Bair (2014) verweist auf den schwierigen Umgang mit Inhalten aus ›sozialen‹ Medien in journalistischen Kontexten, insbesondere wenn es sich um Darstellungen sexualisierter Gewalt handelt. Zum einen die Verifizierung der Informationen und zum anderen die Ausstellung der leidenden Frau beschreibt sie als problematisch. Bair erwähnt in diesem Kontext ein Video mit sexualisierter Gewalt, das angeblich während der Proteste aufgenommen und in vielen ›westlichen‹ Medien thematisiert wurde, tatsächlich aber sehr viel früher gefilmt worden war, wie sich später herausstellte. Gleichzeitig betont sie, welche Möglichkeiten Inhalte ›sozialer‹ Medien für die Thematisierung von Frauenrechten bieten.

7 Die Ergebnisse dieser und der folgenden Arbeiten, die sich mit Deutungen zu Frauen im Kontext der Proteste beschäftigen, sind auch für meine Analyse von großer Relevanz. Da an dieser Stelle jedoch der knappe Überblick über die aktuelle Forschung rund um ägyptische Proteste, Medien und Geschlecht im Vordergrund steht, werden die Ergebnisse in der Analyse noch einmal aufgegriffen.

Die Fokussierung auf ›soziale‹ Medien kann gerade auch in Verbindung mit der Thematisierung von Frauenrechten kritisch gesehen werden. Insbesondere ›westliche‹ Forschung kann in diesem Kontext schnell Gefahr laufen, sich ausschließlich dafür zu interessieren, wie ›der Westen‹ ›arabischen‹ Ländern, die gerade in Verbindung mit Geschlecht immer wieder als ›rückständig‹ konstruiert werden, hilft, durch Nutzung ›westlicher‹ Technologien die vom ›Westen‹ definierten Ziele zu erreichen. Rabab El-Mahdi (Abu-Lughod/El-Mahdi 2011) konstatiert in diesem Zusammenhang: »It is the ›white-man's burden‹ in a new form«⁸ (ebd.: 689). Damit spielt sie darauf an, dass ›soziale‹ Medien als neue Art der Rettung durch den ›fortschrittlichen Westen‹ verstanden werden und mit dieser Argumentation rassistische Hierarchisierungen reproduziert werden können.

Die Problematik des ›westlichen‹ Blicks auf die Ereignisse insbesondere in Verbindung mit der Thematisierung von Geschlecht stellen auch die wenigen Arbeiten heraus, die sich mit globalen Repräsentationen von Frauen im Kontext der Proteste beschäftigen. El-Mahdi (vgl. ebd.) kritisiert die Berichterstattung ›des Westens‹ für die Nicht-Thematisierung von Historizität und Komplexität der Frauenbewegungen in Ägypten. Victoria Newsom und Lara Lengel (2012) untersuchen die Aufnahme von Social-Media-Kampagnen ägyptischer Frauenrechtsorganisationen in ›westlichen‹ Medien und zeigen, dass diese dann erfolgreich sind, wenn sie in globale und ›westliche‹ Narrative passen. Sie betonen allgemein, dass gender-fokussierte Kampagnen sehr viel weniger in eine breitere Öffentlichkeit getragen wurden als Kampagnen zu anderen sozialen Reformen. Roswitha Badry (2013) untersucht Fotografien, die Frauen während der Proteste zeigen und vergleicht dabei Bilder von Aktivist*innen vor Ort mit Bildern aus der globalen Berichterstattung. Sie zeigt damit auf, dass im globalen journalistischen Diskurs Frauen meist als homogenes Kollektiv gezeigt und sehr einseitige Emotionen zwischen Wut und Trauer visualisiert werden, während die Bilder der Aktivist*innen meist heterogene Gruppen und eine ganze Bandbreite von Gefühlen zwischen Freude, Stolz, Angst und Wut zeigen. Zudem hebt sie die Orientalisierung von Frauen in den Bildern und die Anpassung an ›westliche‹ Bildkonstruktionen hervor, etwa durch die Nutzung von Bildern, die in ihrer Anordnung der Pietà – also dem christlichen Symbol der leidenden Frau, die einen verwundeten Mann im Arm hält – entsprechen. Ilka Eickhof (2013) und Katharina Lenner (2011) heben ebenfalls eine anhaltende Orientalisierung und Viktimisierung von Frauen in visuellen Repräsentationen im deutschsprachigen Diskurs hervor. Shugofa Dastgeer und Peter Gade (2016) weisen hingegen auf die Sichtbarkeit aktiver, emanzipierter Frauen in der Bildberichterstattung hin. Alicia M. Nichols (2013) untersucht die Verhandlung der Proteste in amerikanischen feministischen Magazinen und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass deren Deutungen sich eng

8 Der Ausdruck ›the white men's burden‹ wird in postkolonialen Ansätzen für die paternalistische und kolonialistische Haltung ›des Westens‹ verwendet, mit der die Durchsetzung der eigenen Interessen weltweit mit einer oftmals rassistischen Argumentation des Schutzes ›hilflloser‹ Menschen – meist Frauen – vor Ort legitimiert wird. Der Ausdruck geht zurück auf ein Gedicht zum europäischen Imperialismus von Rudyard Kipling, das erstmals 1899 erschien und wurde u.a. von Spivak (u.a. 2012) aufgegriffen.

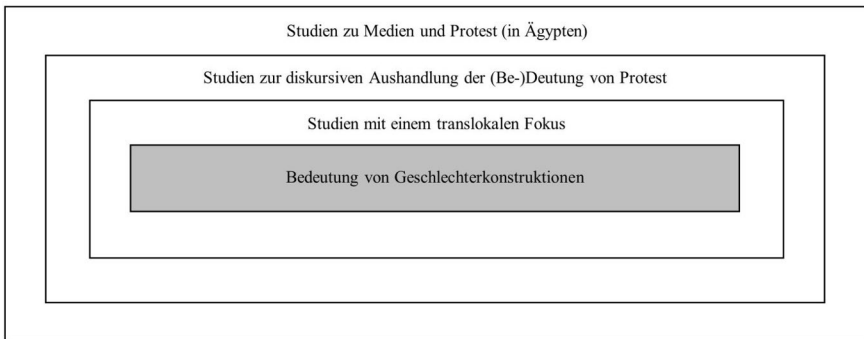
an denen des hegemonialen Diskurses zu der Region orientieren. »Arabische« Demokratien werden als dysfunktional insbesondere für Frauen verstanden und diskursiv eine Opposition zwischen Frauen als Opfer und Männern als Täter aufgebaut, der »Westen« tritt als »Retter der Frauen« auf.

Gerade die Diskrepanz zwischen den auf die Potentiale veränderter Deutungen fokussierten Ergebnissen zur globalen Repräsentation der Proteste allgemein und der Betonung der (Re-)Produktion von Hierarchien in Untersuchungen, die sich auf Geschlecht fokussieren, zeigt, dass ein Geschlechterfokus den Blick auf die diskursive Konstitution von Ereignissen und Subjekten schärft. Neben der Prägung dieser Arbeit durch diskurstheoretische und postkoloniale Ansätze sind es daher auch feministische Ansätze, die die Perspektive dieser Arbeit beeinflussen. Während die oben genannten Arbeiten oft eine entweder anerkennende oder orientalisierende Repräsentation von Subjekten fokussieren, sollen in der vorliegenden Untersuchung vor allem Ambivalenzen der Repräsentation in den Blick genommen werden. Auch Nadjé Al-Ali (2012) betont, dass eine geschlechtertheoretische Perspektive den Blick auf die vielfältige Konstitution von Subjekten im Diskurs öffnet: »A gendered lens also allows us to explore the various ways subjects are materially and discursively constituted and circumscribed, both at local and global levels.« (Ebd.: 31) Al-Ali hebt damit die Bedeutung lokaler und globaler Diskurse für die Konstitution von Subjekten hervor und verweist auf die »various ways«, in denen Subjekte konstruiert werden. Die Betonungen dieser Vielfältigkeit und damit gerade der Ambivalenzen zwischen einer anerkennenden und orientalisierenden Subjektkonstitution ist es, die mich in der vorliegenden Arbeit interessiert.

Es ist also vor allem die spezifische Perspektive meiner Arbeit, die den journalistischen Diskurs in Deutschland um die Proteste in Ägypten anhand visueller und textförmiger Diskursfragmente untersucht, die bestehende Studien ergänzt. Sie fragt nach den spezifischen Konstruktionen in diesem Diskurs, berücksichtigt dabei die Bedeutung globaler machtvoller Strukturen und fokussiert die ambivalente Repräsentation weiblicher Körper. Neben einer Erweiterung der Forschung zu Medien im Kontext der Proteste in Ägypten leiste ich damit auch einen Beitrag zur übergreifenden Forschung zu Medien und Protest, die mediale Diskurse um Proteste, vor allem auf globaler Ebene und mit einer Fokussierung auf Geschlechterfragen nur selten in den Blick nimmt. Abb. 1 verdeutlicht das jeweils kleiner werdende Feld von Arbeiten, die sowohl allgemein in der Forschung zu Medien und Protest als auch spezifisch zu den Protesten in Ägypten, die in der vorliegenden Arbeit fokussierten Fragen in den Blick nehmen.

Bestehende Arbeiten zu globalen Repräsentationen der ägyptischen Proteste, so haben diese Ausführungen zum Forschungsstand gezeigt, deuten die Ereignisse als Moment, der die Möglichkeit »anderer« Repräsentation und der Schaffung von Verbindungen mit »global entfernten Anderen« über Medien eröffnet. Diese Arbeiten lassen sich damit als wichtige Beiträge zum Forschungsfeld »Kosmopolitismus und Medien« verstehen, auf welches ich in Kapitel 3.1.3 näher eingehe. Zugleich habe ich in der Darlegung des Forschungsstandes aber verdeutlicht, dass mit dem Fokus auf Geschlecht eine andere Perspektive eröffnet wird und Ambivalenzen der Diskurse zum Vorschein kommen. Hier zeigt sich, dass Analysen von Diskursen, die den Blick auf deren »Potentiale« mit einer kritischen Perspektive verbinden, Möglichkeiten eines tiefergreifenden Verständ-

Abb. 1: Ausrichtung bestehender Arbeiten zu Medien und Protest (in Ägypten), (Quelle: eigene Darstellung)



nisses mit sich bringen. Daher nehme ich in dieser Arbeit eine solche machtkritische Perspektive ein, die im Folgenden veranschaulicht wird.

2.2 Anschlüsse an theoretische Grundlagen: Entwicklung einer kritischen Perspektive

Bevor ich im Folgenden erläutere, welche Bestandteile, Begriffe und Argumentationen ich als relevant für die spezifische Forschungsperspektive dieser Arbeit erachte, lege ich zuvor noch einmal übergreifend dar, was in der vorliegenden Untersuchung unter einer machtkritischen Perspektive verstanden werden soll. Die kritische Auseinandersetzung mit machtvollen Strukturen stellt diese in Frage, ohne sie durch ein anderes System der Macht zu ersetzen. Kritik fokussiert damit die Entunterwerfung, keine alternative Unterwerfung (vgl. Foucault 1976, Butler 2002). Damit, so betont Judith Butler, ist Kritik eine riskante Praxis, die insbesondere Verunsicherung und damit auch Offenheit für eine ständige Reformulierung und Veruneindeutigung von Regeln zur Folge hat, ohne zu wissen, wohin sie steuert (vgl. Butler 2002: 265). Für Michel Foucault ist Kritik »Mittel zu einer Zukunft oder zu einer Wahrheit, die sie weder kennen noch sein wird, sie ist ein Blick auf einen Bereich, in dem sie als Polizei auftreten will, nicht aber ihr Gesetz durchsetzen kann« (Foucault 1992: 9). Sabine Hark (2009) beschreibt dieses Kritikverständnis mit Bezug auf Foucault als »Grenzhaltung« (ebd.: 30). Auch wenn Kritik nicht von außerhalb bestehender Machtstrukturen geäußert werden kann, so ist doch gerade die Reflexion über diese Grenzen, die uns und die Gegenstände um uns herum zu dem machen, was sie sind, das Ziel von Kritik. Sie eröffnet Möglichkeiten »nicht mehr das zu sein, tun oder zu denken, was wir sind, tun oder denken« (Foucault 2005: 703). Die Frage, wozu wir Kritik betreiben, beantwortet Hark mit der Präsenz anderer Möglichkeiten, die durch Veruneindeutigung bestehen bleibt: »Um den Hiatus zwischen Wirklichem und Möglichem gegenwärtig zu halten, um der Aussicht willen, dass nicht alles so bleiben muss, wie es ist.« (Hark 2009: 34) Das Aufzeigen der Möglichkeit, dass et-

was anders sein könnte, als es ist, wird auch in der vorliegenden Arbeit als zentrales Ziel von Kritik verstanden. Dabei geht es insbesondere um die Möglichkeit anderer medialer Repräsentationen und damit der Bereitstellung alternativer Deutungen gesellschaftlicher Wirklichkeit. Dieses Ziel macht auch den hier untersuchten Gegenstand besonders interessant für eine repräsentationskritische Analyse. Denn wie ich in Kapitel 2.1.1 aufgezeigt habe, wird die Berichterstattung über die Proteste in Ägypten und in anderen Nachbarländern vielfach als ein »Schlüsselereignis« verstanden, in dem sich Repräsentationspraktiken verschoben und damit andere Möglichkeiten des Zu-Sehen-Gebens sichtbar wurden. Zugleich bleibt es auch hier die Aufgabe von Kritik, die Grenzen dieser Sichtbarkeit auszuloten und damit weitergehende Möglichkeiten der Veränderung aufzuzeigen. Gerade wo Verschiebungen möglich werden, zeigt sich, welche Grenzen machtvoller Strukturen sich als besonders stabil erweisen und weiter in Frage gestellt werden müssen.

Vor dem Hintergrund meines spezifischen Untersuchungsgegenstandes interessieren mich dabei besonders vergeschlechtlichte sowie globale Machtstrukturen und ihre Verwobenheit. Ich verstehe meine Kritik als feministisch und damit »als Projekt der Kritik des Zusammenhangs von Macht, Wissen und Seinsweisen« (ebd.: 25). Die in dieser Arbeit vorgenommene Kritik an Diskursen stellt ein Vorgehen dar, das »Regime der Verständlichkeit daraufhin befragt, wessen und welches (geschlechtliche und sexuelle) Sein und Sprechen ermöglicht und wessen und welches Sein und Sprechen verunmöglicht wird – auch durch feministisches Wissen« (ebd.: 28). In Verbindung mit postkolonialer Kritik, die ich vor allem als kritisch-analytische Kategorie in Bezug auf Neokolonialismen und damit gegenwärtige globale Machtstrukturen verstehe (vgl. dazu Ha 2010: 264), richtet sich mein Fragen zudem darauf, wie Sein und Sprechen mit nationaler, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit verbunden und darüber – auch unter Nutzung feministischer Argumentationen – globale hierarchische Strukturen gefestigt werden. Innerhalb dieses Projekts der Analyse der Entwicklung von und des Kampfes um solche hierarchischen Strukturen interessiere ich mich aus der Perspektive einer kritischen Medienkulturfor schung (vgl. dazu Thomas 2010, 2013a, 2015) besonders für die Bedeutung von Medien innerhalb dieser Prozesse. Die vorliegende Arbeit fokussiert sich dabei vor allem auf die Herstellung, Festigung und Verschiebung symbolischer Ordnungen in Medientexten. Diese Kritik der Art und Weise der Herstellung von (Be-)Deutung in medialen Diskursen lässt dabei materielle, gesellschaftliche Ungleichheiten nicht außer Acht, sondern geht von der Legitimation und (Re-)Produktion dieser Ungleichheiten gerade in Verbindung mit bestehenden Repräsentationsregimen aus.

Die kritische, gesellschaftstheoretisch fundierte Forschungsperspektive, die ich in meiner Arbeit einnehme und die mir für eine Betrachtung von Diskursen in Verbindung mit kosmopolitischen Ansätzen notwendig erscheint, ist geprägt durch Bezüge auf 1. (de-)konstruktivistisch-diskurstheoretische Perspektiven, die journalistische Diskurse als Orte der (Re-)Konstruktion gesellschaftlicher Wissens- und Wirklichkeitsordnungen in den Blick nehmen, 2. feministische Perspektiven, die Geschlecht als gesellschaftlich konstruierte, machtvolle Kategorie verstehen und deren Verwobenheit mit anderen, Ungleichheit hervorbringenden Kategorien betonen und die Bedeutung solcher Kategorien für das Verständnis von Öffentlichkeit(-en) hervorheben und 3. postkoloniale Perspektiven, die die historische und gegenwärtige Bedeutung globaler sowohl

materieller als auch diskursiver Interdependenzen und damit verbundene hierarchische Identitätskonstruktionen herausstellen und auch hier das Gewicht geschlechtlicher Kategorien betonen. Diese Perspektiven sind vor allem vor dem Hintergrund ihres Kritikverständnisses eng miteinander verwoben und fließen ineinander, wie Franziska Rauchut (2018: 94f) betont. Zugleich bringen sie aber jeweils unterschiedliche, für die vorliegende Analyse relevante Aspekte in die vorliegende Arbeit ein. Im Folgenden stelle ich dar, inwiefern diese drei Perspektiven meinen Blick auf den Untersuchungsgegenstand prägen und welche Aspekte mir dabei besonders bedeutsam erscheinen.

2.2.1 Machtvolles Wissen in journalistischen Diskursen: (de-)konstruktivistische Perspektiven

In diesem Kapitel geht es mir zunächst darum, meine Forschungsperspektive als geprägt durch Ansätze, die von einer gesellschaftlichen Konstruktion von Wissen und Wirklichkeit ausgehen und dabei die Bedeutung von Medien betonen, zu entwickeln. Dadurch ergibt sich eine in dieser Arbeit eingenommene »dekonstruktivistische Grundhaltung« (Dorer/Marschik 2015: 26f), die entsprechend meines oben dargelegten Kritikbegriffes Identitäten und Gewissheiten in Frage stellt. Mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand rückt damit als Beitrag zum oben formulierten Desiderat in der Protest- und Bewegungsforschung (s. Kap. 2.1.1) die Frage nach den spezifischen Deutungen der Proteste in Ägypten und ihre Prägung durch sowie Reproduktion von Kultur und Identitäten in den Blickpunkt. Ich verorte die vorliegende Arbeit dabei innerhalb der Cultural Studies und erarbeite im Folgenden zunächst mein an Foucault orientiertes und damit als konstruktivistisch zu bezeichnendes Diskursverständnis (vgl. Keller 2013: 70), dessen Zusammenführung mit Antonio Gramscis Hegemoniebegriff ich im Anschluss an Stuart Hall vornehme. Anschließend stelle ich die Bedeutung medialer Öffentlichkeiten für die diskursive Aushandlung gesellschaftlicher Wirklichkeit heraus und betone, dass Repräsentationen in Medien mit Hall als zentral an der Herstellung dieser Wirklichkeit beteiligt verstanden werden. Abschließend gehe ich zudem auf die Bedeutung einer Verortung in den Cultural Studies spezifisch für die Analyse journalistischer Diskurse und ein damit verbundenes Verständnis von »Journalismus als kultureller Prozess« (Lünenborg 2005) ein.

Cultural Studies, Diskurs und Hegemonie

Cultural Studies begreifen Kultur zum einen als die Gesamtheit von Lebensweisen und zum anderen als gesellschaftliches Bedeutungssystem (vgl. Lünenborg 2005: 34).⁹ Kul-

9 Ein Überblick über Cultural Studies startet wohl um jeglichem Missverständnis vorzubeugen am besten mit Marcharts Feststellung, es gehöre »zu den eingeübten Ritualen, in Überblicksdarstellungen der Cultural Studies einleitend darauf hinzuweisen, dass eine exakt umrissene ›Disziplin‹ dieses Namens genauso wenig existiert wie eine alleinigültige Definition des Feldes oder dessen letztgültige Geschichtsschreibung« (Marchart 2018: 20). Ziel der folgenden Abhandlung ist es primär, eine eigene Positionierung in den Cultural Studies vorzunehmen, umfassende Auseinandersetzungen mit dem Forschungsfeld wurden an anderer Stelle geleistet (vgl. u.a. Hepp et al. 2015, Marchart 2018). Auch wenn sich Sozialwissenschaften und insbesondere Medien- und Kommunikationswissenschaften zentral auf Cultural Studies beziehen (vgl. Hepp et al. 2015), so mag die

turelle Formen und kulturelles Handeln sind damit Teil menschlichen Alltags, Alltagskultur selbst wird so zum zentralen Gegenstand der Analyse (vgl. Kruse 2013: 57f). Dabei sind gesellschaftliche Wissensvorräte im Sinne eines »gemeinsamen Sets von Denk- und Fühlweisen« (Horak 2006: 214) Basis sozialer Kommunikation. Kultur wird als ein Prozess verstanden, der von Macht geprägt, fragmentiert und konfliktär ist (vgl. Hall 2002a). Cultural Studies nehmen in kritischen Analysen Kultur mit dem Ziel in den Blick, »die Kontingenz und Machtbasiertheit jeder kulturell reproduzierten Identität zu analysieren und sie offen zu legen [sic!]« (Marchart 2018: 15) und fokussieren sich dabei auf damit verbundene Ein- und Ausschlüsse (vgl. Hall 2002b). Auf Basis dieses Kulturbegriffs versteht Oliver Marchart Cultural Studies als »bestimmte *Perspektive* [Herv. i. O.] auf soziale Phänomene [sic!], die [...] Fragen der Produktion und Reproduktion von Identitäten und Machtverhältnissen in den Vordergrund rückt« (Marchart 2018: 21). Auch in der vorliegenden Arbeit soll eine solche Perspektive eingenommen werden, die mediatisierte Anerkennung als soziales Phänomen anhand des journalistischen Diskurses in Deutschland um die Proteste in Ägypten untersucht und dabei mit der Fokussierung auf deren Bedingungen Fragen nach der (Re-)Konstruktion von Identitäten und Machtverhältnissen in den Vordergrund rückt.

Zentral ist dabei die auch von Hall vertretene Annahme, dass Identitäten und Machtverhältnisse *diskursiv* konstruiert werden. Zugrunde liegt ihr ein Verständnis der Herstellung von Wirklichkeit über machtvolle Diskurse und damit eine Anknüpfung an Foucaults Diskurstheorie¹⁰, die er vor allem in *Die Ordnung der Dinge* (1991 [1971]) und in der *Archäologie des Wissens* (1990 [1973]) ausführt. Foucaults Diskursbegriff, der sich durch einen konstruktivistischen und deontologischen Ausgangspunkt auszeichnet, widerspricht der Annahme ahistorischer Universalien und Realitäten und positioniert gesellschaftliches Wissen und soziale Wirklichkeit als prozesshafte, machtvolle Konstruktionen. Natur- oder wesensmäßige Bedingungen werden in einer deontologischen Denkhaltung verneint und als historisch und kulturell geprägt aufgefasst (vgl. Foucault 1990). Foucault ruft dazu auf, in diesem Sinne Ursprünglichkeiten und Kontinuitäten zu hinterfragen und Begriffe wie Tradition, Entwicklung, Einfluss oder Mentalität zu verwerfen: »Man muß [sic!] erneut jene völlig fertiggestellten Synthesen,

Rede von einem »Cultural Turn« der Sozialwissenschaften doch zum einen zu weit zu greifen, da sich nicht alle aktuellen Ansätze auf diese Perspektive beziehen und zum anderen zu kurz greifen, da mit dem Kulturbegriff der Cultural Studies durch dessen Fokus auf gesellschaftliche Machtverhältnisse primär auch eine Politisierung der Sozialwissenschaften einher geht (vgl. Marchart 2018: 26).

- 10 Nach Keller (vgl. 2011a: 43ff) wird »Diskurstheorie« als ein Sammelbegriff für Perspektiven genutzt, die sich im bzw. im Anschluss an den französischen Poststrukturalismus entwickelt haben. Foucaults Ansatz unterscheidet sich dabei von Perspektiven wie der Diskursethik von Jürgen Habermas (vgl. Keller 2011a: 18ff). Habermas Diskursethik bezeichnet ein normatives Konzept, jedoch kein Forschungsprogramm. So geht Habermas im Rahmen seiner »Theorie des kommunikativen Handelns« von der Idee eines herrschaftsfreien Diskurses aus, es geht ihm dabei um die Formulierung von Idealbedingungen für Argumentationsprozesse (vgl. ebd.: 18). Schwab-Trapp (2002) bezeichnet den Diskursbegriff von Habermas deswegen auch als »ein normatives und konsensorientiertes Konzept« (ebd.: 29). Eine Abgrenzung von Foucaults Diskursbegriff zeigt sich zudem in Abgrenzung zum Diskursbegriff Derridas in der Betonung der Materialität von Diskursen (vgl. Ruoff 2013).

jene Gruppierungen in Frage stellen, die man gewöhnlich vor jeder Prüfung anerkennt, jene Verbindungen, deren Gültigkeit ohne weiteres zugestanden wird.« (Foucault 1990: 34) Hier zeigt sich die Position Foucaults, die die Konstruiertheit etablierter Deutungen von Wirklichkeit hervorhebt und damit eine Anfechtung ihrer objektiven Gültigkeit ermöglicht. Grundlegend für die Auseinandersetzung mit Diskursen ist demnach, diese nicht als Gegebenheiten, sondern als historisch entstanden und prozesshaft anzusehen. Gerade die scheinbaren Gegebenheiten, die dem Diskurs als ursprünglich definiert werden, werden so zum Gegenstand der Analyse. Trotz der Konstruiertheit der diskursiven Gegenstände geht Foucault durchaus von ihrer Materialität aus, da sie soziale Wirklichkeit als ›Realität‹ erzeugen und ihre eigene Konstruiertheit zugleich verschweigen.¹¹ Er fordert dazu auf, Diskurse als »Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen« (ebd.: 74).¹² Die Praktiken und ihre Ausprägung gehen dabei nicht auf den Willen der handelnden Individuen zurück, sondern sind bei Foucault regelgeleitete Praktiken (vgl. Schwab-Trapp 2002: 31). Diese Regeln bestimmen die Ordnung eines Diskurses und beinhalten neben Regeln für Aussagen innerhalb des Diskurses gleichzeitig seine Ausschließungen, also das Feld von möglichen Beiträgen, die vom Diskurs ausgegrenzt sind. Sie werden nicht explizit aufgestellt, sondern sind im gesellschaftlichen Wissen verankert: »Man weiß, dass man nicht das Recht hat, alles zu sagen, dass man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, dass schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige reden kann.« (Foucault 1991: 11) Diese diskursiven Regeln beschränken die möglichen Aussagen im Diskurs durch die Etablierung gesellschaftlicher ›Wahrheiten‹ sowie durch die Beschränkung möglicher Subjektpositionen, von denen aus gesprochen werden kann. Die Aufdeckung ihrer Konstruiertheit, sowie die Analyse der Bedingungen und Konsequenzen der Konstruktion sind nach Foucault die zentralen Fragestellungen in der Beschäftigung mit Diskursen:

»[...] wie kommt es, daß [sic!] eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle? [...] es handelt sich darum, die Aussage in der Enge und Besonderheit ihres Ereignisses zu erfassen; die Bedingungen ihrer Existenz zu bestimmen, auf das Genaueste ihre Grenzen zu fixieren, ihre Korrelation mit den anderen Aussagen aufzustellen, die mit ihm verbunden sein können, zu zeigen, welche anderen Formen der Äußerung sie ausschließt.« (Foucault 1990: 43)

Es geht Foucault also zunächst um die Rekonstruktion der Diskurse, indem die zugehörigen Aussagen auf ihre Besonderheiten und Gemeinsamkeiten hin untersucht werden, um dann die Rekonstruktion der Regeln und Grenzen der Diskurse zu fixieren.

11 Diese Materialität von Diskursen spiegelt sich auch in dem Begriff des ›Dispositivs‹ wider. Dieses bezeichnet das Ensemble von Maßnahmen, welches einem Diskurs zugehörig ist und sich in diskursiven und nicht diskursiven Praktiken äußert. Bei dem Dispositiv handelt es sich um die Manifestation des Diskurses in Form von Gesetzen, baulichen Praktiken (z.B. das Gefängnis), institutionalisierten Verhaltensmustern etc. (vgl. Foucault 1976, Keller 2011a: 52f).

12 Die Materialität von Diskursen ist in Bezug auf die vorliegende Arbeit zum einen hinsichtlich der sozioökonomischen Bedeutung geschlechtlicher Zuordnungen und zum anderen hinsichtlich der mit hierarchisierenden Orient-/Okzidentkonstruktionen einhergehenden sozioökonomischen Strukturen von Bedeutung (s. Kap. 1 sowie 2.2.2 und 2.2.3).

Eine Aussage eines Diskurses kann dabei nie für sich selbst betrachtet werden, Foucault geht es nicht um singuläre Äußerungen, sondern gerade typisierbare Aussagen von Diskursen. Diese verschiedenen Muster und Regeln fasst Foucault mit dem Begriff der »diskursiven Formation« (ebd.: 58) zusammen. In diesen Formationen, in der Art, wie ihre Begrenzungen ausgeformt sind, welche möglichen Aussagen sie also ein- oder ausschließen, entfalten und enthalten Diskurse Macht. Nach Foucault ist der Diskurs »dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht« (Foucault 1991: 11). Macht wird bei Foucault dabei als in den Beziehungen zwischen Positionen enthalten betrachtet. Macht kann nicht fest besessen werden, sondern drückt sich immer als Verhältnis aus. Diskurse und Macht erscheinen bei Foucault als eine unauflösliche Einheit, einerseits beinhalten Diskurse Macht, andererseits beinhaltet Macht die Produktion von Diskursen (vgl. Schwab-Trapp 2002: 32). Foucaults Diskursverständnis hat sich über seine verschiedenen theoretischen Ausführungen hin weiterentwickelt. Während sich das Vorgehen der »Archäologie« nach Foucault noch vornehmlich auf die Rekonstruktion der Formationsregeln eines Diskurses in Form einer Momentaufnahme konzentriert, erweitert er mit der »Genealogie« den Fokus um den zuvor dargestellten prozesshaften Charakter der Formationen und damit um die Bedeutung des Macht/Wissens-Komplexes. Damit werden Diskurse nicht mehr nur als Aussagesysteme, sondern als machtvollere Prozesse der Subjektformung verstanden (vgl. Keller 2011a: 48ff). Foucault geht davon aus, dass Diskurse in Form von sozialen Ordnungen gesellschaftlich bedeutsame Subjekte¹³ erst erzeugen, indem sie die Bedingungen für den Subjektstatus diskursiv hervorbringen (vgl. Foucault 1991: 32).

Im Anschluss an Foucault ergibt sich für meine eigene Forschungsperspektive ein Diskursbegriff, der sich durch vier wesentliche Merkmale auszeichnet: Diskursive Deutungen gesellschaftlicher Zusammenhänge verstehe ich 1. als *prozesshaft* im Sinne einer historischen Entwicklung. Sie haben dabei keinen rein symbolischen Charakter, sondern zeichnen sich 2. durch *Materialität* aus, das heißt, sie bringen nicht-diskursive Praktiken hervor und werden durch diese geprägt. Sowohl diskursive als auch nicht-diskursive Praktiken entstehen nicht im freien Raum, sondern sind 3. *regelgeleitet*. Die Menge typisierbarer Aussagen, die sich an bestimmten diskursiven Regeln orientieren, können dabei als diskursive Formationen verstanden und untersucht werden. Diese beinhalten 4. *machtvollere Strukturen*, die nicht an Individuen gebunden sind, sondern sich in den diskursiven Formationen selbst verorten lassen und die durch den produktiven Charakter der Macht Subjekte und Praktiken, die sie benennen erst hervorbringen.

Mit der mit diesem Diskursbegriff verbundenen erkenntnistheoretischen Einsicht, dass Diskurse nicht von einem Punkt außerhalb symbolischer Ordnungen kritisiert und

13 Auf den ebenfalls poststrukturalistisch geprägten Subjektbegriff der vorliegenden Arbeit gehe ich in den späteren Ausführungen zum Anerkennungsbegriff noch einmal näher ein (vgl. insbesondere Kapitel 3.2.2). Zentral ist dabei die Dezentrierung des Subjektes, der Bezug also nicht auf einen individuellen Kern, der Subjektivität ausmacht, sondern vielmehr das Verständnis eines Prozesses der Subjektivierung, in dem ein Subjekt in unterschiedlichen Identitäten angerufen wird und sich in der Subjekt-Werdung diesen Anrufungen unterwirft. Die hegemonialen Subjektpositionen, deren Bestehen gesellschaftlich anerkannt ist, sind dabei umkämpft und keineswegs stabil (vgl. Reckwitz 2008: 78ff).

verändert werden können, stellt sich die Frage, wie Umdeutungen innerhalb diskursiver Formationen möglich sind und wo Möglichkeiten der Verschiebung aufgezeigt werden können. Bedeutsam ist hierfür das Ringen um kulturelle Hegemonie in Diskursen und die damit verbundene stetige Umkämpftheit von Deutungen, die sich mit einem Blick in die Rezeption von Gramsci in den Cultural Studies verdeutlichen lässt. Hall verbindet diskurstheoretische Ansätze mit Gramscis Hegemoniebegriff und betont die Bedeutung von Sprache im Ringen um hegemoniale Deutungen und Praktiken (vgl. Thomas 2015: 74). Mit Gramsci kann Hegemonie zentral als *kulturelle* Hegemonie verstanden werden (vgl. Gramsci 1991-1999: 729). Er fasst diese als neben der Ausübung staatlichen Zwangs notwendig für die Sicherung von Herrschaft auf, nur die Kombination aus Autorität und Hegemonie kann ein Regime sichern (vgl. ebd.: 1553). Hegemonie wird Gramsci zufolge dabei vor allem auf dem Terrain der Zivilgesellschaft ausgeübt, indem eine freiwillige Zustimmung zu einem allgemeinen Konsens angestrebt wird. Hegemonie lässt sich damit als Prozess verstehen, in dem aus heterogenen Vorstellungen ein homogener, kollektiver Wille entsteht (vgl. Marchart 2018: 78ff). Dieser Konsens betrifft nicht nur Einstellungen, sondern kann mit Merle Kruse (2013) als »sich in kulturellen Praktiken und Diskursen manifestierende, inkorporierte Haltung gegenüber den eigenen Lebensbedingungen gedacht werden« (ebd.: 63). Bedeutsam für dieses und damit auch das in dieser Arbeit vorliegende Verständnis von Hegemonie ist zugleich, dass diese Haltung als stets umkämpft gelten muss. Wie Hall betont, sollte ein hegemoniales Projekt »nie fälschlich als beendet oder vollendet erachtet werden. Es wird immer herausgefordert, muß [sic!] sich immer selbst sichern, ist immer ›im Prozess‹« (Hall 1988: 7). Kultur kann damit als ein stets machtvoller Konflikt verstanden werden, in dem das Feld kultureller Praktiken und deren soziale Definition umkämpft werden (vgl. auch Thompson 1963: 33). So betont auch Marchart: »Der vielleicht entscheidende Aspekt dieser Theorie liegt in dem Umstand, dass die Durchsetzung von Konsens nur durch Konflikt und Ausschluss gelingen kann, was dem Begriff der Signifikationspolitik erst einen Sinn gibt [Herv. i. O.]« (Marchart 2018: 168). Mit »politics of signification« (Hall 1982: 70) bezeichnet Hall den Kampf um die Ausstattung eines bestimmten Ereignisses – wie den Protesten in Ägypten – mit Bedeutung, bei dem verschiedene Kräfte darum kämpfen, eine hegemoniale Definition sozialer Realität hervorzubringen (vgl. Marchart 2018: 164). Konsens im Sinne der Durchsetzung einer hegemonialen Deutung ist damit stets mit dem Ausschluss nicht-hegemonialer Deutungen und kultureller Praktiken verbunden. Eine Pluralität an Deutungen bleibt also bestehen, sodass die hegemoniale »Weltauffassung« (Gramsci 1991-1999: 1393) stets gefährdet und nur temporär stabil ist. Kulturelle (Be-)Deutung ist nicht nur von Macht durchzogen, sondern auch laufend umkämpft, da sie nicht einmalig festgelegt, sondern laufend ausgehandelt wird, also einen prozesshaften Charakter hat. Diskurse können demnach in Ergänzung zu dem oben eingeführten Begriffsverständnis, mit Bezug auf Foucault als Orte nicht nur der fortlaufenden (Re-)Konstruktion, sondern auch Transformation symbolischer und materieller hegemonialer Ordnungen verstanden werden.

Die Integration des Hegemoniebegriffs in meine Forschungsperspektive erlaubt es mir, Fragen nach Macht und damit der Hegemonialisierung bestimmter Deutungszusammenhänge auf der einen Seite sowie deren Umkämpftheit und damit Pluralität auf der anderen Seite zu fokussieren. Das bedeutet für mich konkret, zu untersuchen, wo

und wie im untersuchten Diskurs um die Proteste in Ägypten randständige Deutungen und Verschiebungen¹⁴ auftauchen, die mit hegemonialen Deutungen konkurrieren. Wichtige Grundlage für solche Beobachtungen bildet die Erarbeitung etablierter diskursiver Formationen etwa zur medialen Repräsentation orientalisierter Frauen, die ich in Kapitel 2.3 diskutiere.

Öffentlichkeit und Repräsentation in Medienkulturen

Konstitutiv für den Prozess der Hegemonialisierung von Deutungen ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Dies betont u.a. Elisabeth Klaus (2017) mit ihrem Begriff von Öffentlichkeit, die sie als einen »Selbstverständigungsprozess der Gesellschaft, der mittels Deliberation in verschiedenen sich gegenseitig durchdringenden Diskursphären von statten geht« (ebd.: 7) auffasst. Öffentlichkeit wird damit als bedeutsam für soziokulturelle Aushandlungsprozesse begriffen. So spricht auch Ricarda Drüeke von Öffentlichkeit als »Sozialität von Kommunikation« (Drüeke 2013: 73ff) auf der Basis politischer Kommunikation und politischen Handelns. Nancy Fraser versteht Öffentlichkeit als »Bühne der politischen Partizipation« (Fraser 2001: 140) und Iris M. Young betont, dass Öffentlichkeit als Ort der Teilhabe eine Grundbedingung für soziale Gerechtigkeit ist (vgl. Young 1990: 83). Gleichzeitig stelle ich mit Bezug auf diese feministisch geprägten Ansätze heraus, dass Öffentlichkeit nicht nur gesellschaftliche Strukturen aushandelt, sondern auch selbst durch gesellschaftliche Repräsentations- und Wissensordnungen strukturiert und damit von machtvollen Strukturen durchdrungen ist. Feministische Öffentlichkeitstheorien, die in Kapitel 2.2.2 noch einmal ausführlich diskutiert werden, kritisieren nicht nur ein Fehlen der Perspektive auf Macht und Hierarchien in der Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit, sondern auch die Singularität vieler Öffentlichkeitsbegriffe und eine damit verbundene Trennung und Hierarchisierung öffentlicher und privater Sphären. Die Herstellung von Öffentlichkeit(-en) verstehe ich als bedeutsam für die diskursive Aushandlung von Ordnungen von Wissen und Wirklichkeit, bei der konkurrierende Deutungen stets um Hegemonie ringen und die materielle gesellschaftliche Folgen haben. Medien nehmen in diesem Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit(-en) eine tragende Rolle ein. Die Betonung der Relevanz medialer Diskurse für die Aushandlung gesellschaftlicher (Be-)Deutung liegt auch einem Verständnis von Mediatisierung als ein gesellschaftlicher Meta-Prozess zugrunde (vgl. zentral Krotz 2005). Mediatisierung meint dabei einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, in dem neue kommunikative Praktiken entstehen oder sich verändern, was sich wiederum sowohl auf individueller wie auch auf kultureller Ebene auf alle Bereiche von Gesellschaften auswirkt (vgl. Thomas/Krotz 2008: 27). Nach Hall kommen Medien und insbesondere der Presse dabei drei wesentliche kulturelle Funktionen zu, da sie eine »entscheidende und fundamentale Führerschaft in der kulturellen Sphäre« (Hall 1979: 340) übernehmen: sie stellen 1. »soziales Wissen« (ebd.) zur Verfügung und bilden ein Inventar der pluralen gesellschaftlichen Auffassungen, sie erstellen 2. Landkarten und sortieren konkurrierende Bedeutungen (vgl. ebd.: 341) und produzieren so 3. Konsens im Sinne hegemonialer Deutungen (vgl. ebd.: 339). Medien stellen also Wissen über

14 Möglichkeiten der Verschiebung werden mit Bezug auf Butler in Kapitel 3.2.2 diskutiert.

Deutungsmöglichkeiten zur Verfügung, strukturieren und hierarchisieren diese. Medien vermitteln somit nicht nur zentrale Bestandteile von Kultur, sondern gestalten diese gleichzeitig in umkämpften, machtvollen Prozessen der Herstellung von (Be-)Deutung auch mit, weswegen Tanja Thomas und Friedrich Krotz (2008) in Anlehnung vor allem an Knut Hickethier (2003) von »Medienkultur« sprechen. Neben der Betonung der Prozesshaftigkeit und damit auch Gestaltbarkeit von Kultur durch Medien beinhaltet der Begriff der »Medienkultur« einen weiteren zentralen Punkt für meine Arbeit: die Verbindung zwischen kulturellen Deutungen und gesellschaftlichen Kontexten. Medienkulturen können damit als spezifische Deutungssysteme aufgefasst werden, die in die sozialen Strukturen von Gesellschaften eingebettet sind, diese aber gleichzeitig durch die (Re-)Produktion kultureller Deutungen auch mitstrukturieren (vgl. Thomas/Krotz 2008: 26). Medienkulturforschung betreibe ich in einer machtkritischen Ausrichtung »als ein reflexiv angelegtes, gesellschaftstheoretisch fundiertes Projekt, das soziale Phänomene, Entwicklungen und Kämpfe analysiert und dabei nach der Bedeutung von Medien fragt« (Thomas et al. 2018: 11). Meine Arbeit fokussiert dabei umkämpfte Deutungen in Medientexten, die in Schrift und Bild Frauen im Kontext der Proteste in Ägypten repräsentieren.¹⁵ Nick Couldry (2003) warnt in diesem Zusammenhang vor einem Medienzentrismus, der (Massen-)Medien als den zentralen Ort gesellschaftlicher Veränderung begreift. In der vorliegenden Arbeit werden zwar ausschließlich mediale Diskurse und nicht deren Rezeption untersucht, nichtsdestotrotz ist die Annahme der Gestaltung von Kultur durch Menschen und ihre spezifischen kommunikativen Praktiken Teil der Auffassung meiner Forschungsperspektive. Gerade die Fokussierung meiner Forschungsfrage auf die Pluralität und Ambivalenzen diskursiver Deutungen zeigt auf, welche Handlungsmöglichkeiten aufseiten der Rezipient*innen in der Verhandlung angebotener kultureller Deutungen bestehen.¹⁶

In der Auseinandersetzung mit Medientexten geht es mir vor allem um eine Kritik von Repräsentationen, die ich als sowohl textförmige wie auch visuelle Darstellungen auffasse, welche die Gegenstände und Subjekte, die sie abbilden, gleichzeitig in bestimmter Art und Weise hervorbringen.¹⁷ Damit verbunden ist nach Hall (2004) die

15 An Halls (1980) »Encoding/Decoding-Modell« angelehnt ergeben sich die Untersuchungsfelder von Medienkulturforschung (vgl. Hepp 2005: 139). Zentral sind dies bei Hall die Ebenen von Medienproduktion, Medientext und Mediennutzung, zudem spielen Reglementationen (vgl. Lünenborg 2005) und Identifikation (vgl. Hepp 2005) zentrale Rollen. Die Ebene der Medientexte, also der Repräsentation, die mit Bezug auf Hall das »Encoding« sozialer Bedeutungen enthält, wird dabei nicht als rein abbildende Repräsentation, sondern als eine konstruktivistische verstanden. Medientexte werden nicht als abgeschlossene Einheiten begriffen, sondern in der Gesamtheit ihrer Erzählungen als Ort der (Re-)Produktion gesellschaftlicher Ordnungen.

16 Gerade die Cultural Studies betonen, dass alternative Deutungen in diskursiven Formationen bereits enthalten sind und Mediennutzer*innen im »Decoding« (vgl. Hall 1980) diskursiver Deutungen ihre eigenen, alltagsweltlichen Bezüge herstellen. Auch John Fiske (u.a. 1989) geht von der Polysemie von Medientexten und von widerständigen Medienrezeptionen aus und hat entsprechend eine an Foucault orientierte Diskursanalyse entwickelt.

17 Andere Repräsentationsbegriffe gehen etwa davon aus, dass mit medialen Repräsentationen eine bestimmte Intention, z.B. der Journalistin verfolgt wird (intentionale Repräsentationstheorie) oder das Medien vor allem darauf zielen, »Realität« möglichst genau abzubilden (abbildende Repräsentationstheorien) (vgl. Hall 1997: 24ff, Lünenborg/Maier 2013: 40f).

Macht »jemanden oder etwas auf eine bestimmte Art und Weise zu repräsentieren, zu kennzeichnen, zuzuweisen und zu klassifizieren« (ebd.: 145f). Repräsentationskritische Perspektiven richten sich also auf die Analyse dieser »bestimmten Art und Weise«, die mit Hall auch als spezifisches »Repräsentationsregime«, welches sich aus einer Vielfalt von »Repräsentationspraktiken« (ebd.: 115) zusammensetzt, verstanden werden kann. Halls Repräsentationsbegriff richtet den Fokus auf die machtvolle Strukturierung medialisierter Sichtbarkeiten und damit die Frage nach der Art und Weise der Repräsentation und den ihnen zugrunde liegenden Normen (vgl. Thomas/Grittmann 2018a: 25f). Über den Repräsentationsbegriff, der danach fragt, *wie* etwas in und durch Medien dargestellt und damit hervorgebracht wird, lassen sich also verschiedene Aspekte aufzeigen, nämlich was in einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung »denkbar, sagbar und daher anschaulich« (Schaffer 2008: 14) ist. Sichtbarkeit wird hier somit als eng mit Sagbarkeit und gesellschaftlichen Deutungsmustern verwoben verstanden (s. Kap. 4.1.3), weswegen ich mich mit Repräsentationen sowohl auf visueller als auch textlicher Ebene und deren Strukturierung durch und Hervorbringungen von gesellschaftlichen Wissensordnungen beschäftige.

Journalismus als »kultureller Prozess«

Die Fokussierung der Untersuchung spezifisch auf journalistische Medientexte ergibt sich durch mein soeben aufgezeigtes Interesse an der Herstellung gesellschaftlicher Wirklichkeit in und durch Medien. Gerade in Bezug auf politische Deutungen im Sinne der Aushandlung grundsätzlicher gesellschaftlicher Fragen wie auch für die Konstitution von Verbindungen zu global entfernten Menschen, können journalistische Medien als relevant für die Herstellung von Öffentlichkeit verstanden werden. Margreth Lünenborg und Saskia Sell (2018) betonen: »Journalismus gestaltet noch immer wesentlich den Raum des politisch Sagbaren« (ebd.: 4, vgl. auch Kirchhoff 2010), heben aber zugleich die zunehmende Bedeutung »sozialer« Medien hervor (s. Kap. 2.2.1). Die Bedeutung journalistischer Diskurse richtet sich hier auf das gesamte Feld des Politischen als das, was Gesellschaft konstituiert und geht nicht von einem engen Begriff institutioneller Politik aus (vgl. dazu Mouffe 2010).¹⁸ Journalismus kann damit als zentral für den Aushandlungsprozess gesellschaftlicher Konstitution verstanden werden (vgl.

18 Chantal Mouffe kritisiert die klare Fokussierung auf Politik im konventionellen, institutionalisierten Sinne und damit eine Vernachlässigung weniger formalisierter Formen von Beteiligung, die im Bereich des Politischen verortet werden können, der die Frage umfasst »wie die Gesellschaft eingerichtet ist« (Mouffe 2010: 15). Diesen beschreibt sie als »Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus« (ebd.: 16); gerade dort, wo sich Brüche hegemonialer Deutungen zeigen, entwickelt sich das Politische. Mouffe entfernt sich damit auch von einem konsensorientierten Politikbegriff, den sie dem liberalen Denken zuordnet, welcher kollektive Identitäten und damit die »pluralistische Natur der Welt des Sozialen« (ebd.: 17) nicht anerkennt. Sie befürwortet einen agonistischen Ansatz von Politik, der Konflikt und Emotionalität gerade als Basis von Demokratie versteht und auf eine argumentative Auseinandersetzung mit anderen Positionen auf der Basis gemeinsam ausgehandelter Werte abzielt. Sie bestreitet damit »die Möglichkeit demokratischer Politik jenseits des Modells der Gegnerschaft und kritisiert jene, die die Dimension des »Politischen« ignorieren und Politik auf eine Reihe angeblich rein technischer Maßnahmen und neutraler Verfahrensweisen reduzieren« (ebd.: 47).

Lünenborg/Sell 2018: 7), in dem über die Berichterstattung hegemoniales Wissen umkämpft und bereitgestellt wird (vgl. Schwarz 2014) und zugleich auf soziale Ordnungen zurückgegriffen und diese rekonstruiert werden (vgl. Klaus 2005: 80ff, Volkmann 2006: 24f). Es ist also vor allem die Aushandlung gesellschaftlichen Wissens innerhalb journalistischer Diskurse, die mich interessiert und weniger die Untersuchung einer medien-spezifischen Formation innerhalb des Pressediskurses (vgl. dazu auch Keller/Truschkat 2014: 311). Dafür, solche Aushandlungen gerade innerhalb journalistischer Diskurse zu untersuchen, spricht zum einen deren Relevanz für politische Deutungen, zum anderen aber auch die mit journalistischen Diskursen verbundene Legitimierung von Deutungen als besonders ›authentisch‹ und ›objektiv‹ (vgl. Volkmann 2006: 25).

Diese Fokussierung auf journalistische Medientexte in meiner Arbeit impliziert zugleich ein spezifisches Verständnis von Journalismus, welches sich an den bisherigen Ausführungen zu meiner Perspektive auf Wirklichkeit, Kultur und Medien orientiert und aus der heraus Journalismus mit Lünenborg als »kultureller Prozess« (2005) verstanden werden kann. Lünenborg setzt sich mit der Bedeutung von Cultural Studies für die Journalismusforschung auseinander und stellt dabei fünf zentrale Implikationen vor: die konstruktivistische Perspektive rückt 1. journalistische Tätigkeit als »soziale Praxis der Zeichenerstellung und -deutung« (ebd.: 57) in den Vordergrund und damit von einer qualitativen Beurteilung der ›Objektivität‹ von Darstellungen ab. Als zentrales Forschungsinteresse ergibt sich damit die Frage nach dem *wie* der Konstitution gesellschaftlicher (Be-)Deutungen in und durch journalistische Berichterstattung. Gerade im Rahmen dieser Frage bleiben ›Objektivität‹ und ›Wahrheit‹ jedoch zentrale Elemente journalistischer Produktion: »Die Objektivitätskriterien des Nachrichtenjournalismus werden damit als spezifisches, kulturell gebundenes Regelwerk für einen Teilbereich journalistischer Produktion erkannt.« (ebd.: 58) Damit wird Journalismus nicht als die ›objektive‹, sondern gerade »als eine spezifische Erzählweise über die Welt« (ebd.: 59) verstanden, die Legitimation journalistischer Deutungen als Abbildungen der ›objektiven Wirklichkeit‹ ist aber zentrales Merkmal dieser Erzählweise. 2. werden, wie bereits in den Ausführungen zu Foucaults Diskursbegriff hervorgehoben, nicht einzelne journalistische Produkte (also Zeitungsartikel oder Nachrichtenbeiträge) als für sich stehende Medientexte untersucht, vielmehr verschiebt sich das Interesse auf die Produktion printmedialer Wirklichkeit in typisierbaren Aussagen des Diskurses. 3. sollte es mit Blick auf die verschiedenen Ebenen von Medienkulturforschung Ziel von Studien sein, Analysen auf der Produktions-, Text- und Rezeptionsebene miteinander zu verbinden, um so den Prozess der Verhandlung von Bedeutungen in einem spezifischen kulturellen Kontext untersuchen zu können: »Werden (forschungspragmatisch) nur einzelne Bestandteile des Kreislaufs medialer Bedeutungsproduktion zur Analyse ausgewählt, so kann das nur im Bewusstsein des Ausschnitthaftigkeit dieses Elementes sein.« (ebd.: 75) Auch wenn in der vorliegenden Arbeit ein Schwerpunkt auf der Analyse von Medientexten liegt, so ist die Frage nach den Bedingungen von Anerkennung in diesen doch eng verflochten mit den institutionellen und strukturellen Bedingungen journalistischer Produktion. Daher gehe ich im Anschluss an diese Ausführungen zu den Implikationen der Cultural Studies für die Journalismusforschung noch einmal spezifisch auf solche Bedingungen ein. 4. stellt die Hervorhebung des spezifischen Kontextes einer Untersuchung Lünenborg zufolge eine weitere Implikation des Cultural-

Studies-Begriffes dar, weswegen eine Einordnung in das jeweilige (medien-)kulturelle Umfeld erfolgen sollte (vgl. ebd.: 79). Diese wird in der vorliegenden Arbeit in Kapitel 2.3 mit der Rekonstruktion tradierter Praktiken der Repräsentation von (protestierenden) Frauen in (journalistischen) Medien geleistet. Als 5. und letzten Punkt betont Lünenborg die Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Perspektive, die die Machtstrukturen von Diskursen und Hegemonialisierungen spezifischer Deutungen in den Blick nimmt. Sie kritisiert, dass die sich daraus ergebene zentrale Forschungsfrage: »In welcher Weise trägt Journalismus zur Stabilisierung bzw. Destabilisierung gesellschaftlicher Machtstrukturen bei?« (ebd.: 83) bisher zu wenig Anwendung in der klassischen Journalismusforschung gefunden hat. Zur Füllung dieser Leerstelle trage ich mit der vorliegenden Arbeit bei.

Es sind jedoch nicht nur symbolische Ordnungen, die eine wichtige Rolle für journalistische Diskurse spielen. Ebenso sind es die spezifischen institutionellen und strukturellen Rahmungen von Journalismus, die dessen Beitrag zur (De-)Stabilisierung gesellschaftlicher Machtstrukturen mitbedingen. In diesem Zusammenhang stellt Hall die spezifische Bedeutung des Repräsentationsbegriffes für journalistische Medientexte heraus:

»BerichterstatterInnen definieren, was Nachrichten sind, wählen Nachrichten aus, ordnen, redigieren und formen sie, übersetzen Ereignisse in ihre repräsentativen Bilder, transponieren Geschehnisse in eine limitierte Anzahl von Worten und Bildern, um daraus eine ›Geschichte‹ zu machen, und benutzen Interpretationsschemata, um uns die soziale Realität zu erklären. [...] Nachrichten sind nicht ›Realität‹, sondern Repräsentanten von Realität, kodiert in Botschaften und Bedeutungen.« (Hall 2001: 356)

Hall beschreibt hier Repräsentationen in journalistischen Medientexten als durch soziale Ordnungen und journalistische Praktiken geprägt, die zu spezifischen Repräsentationsregimen führen.¹⁹ Zur Frage, wie Ereignisse im Journalismus als solche definiert und für die Berichterstattung ausgewählt werden, gibt es zahlreiche Untersuchungen in der Journalismusforschung. Einer der verschiedenen Ansätze fokussiert die Merkmale von Ereignissen und den aus diesen abgeleiteten Nachrichtenwert eines Ereignisses. Verschiedene Studien haben herausgearbeitet, dass gerade für außenpolitische Ereignisse unter anderem Nähe, das Bestehen eines Konflikts, Visualität und Dauer von Bedeutung sind, damit es überhaupt zu einer Berichterstattung kommt (vgl. Maier et al. 2010: 102f). Dass die hier untersuchten Ereignisse in Ägypten eine Konfliktsituation darstellten, von Dauer waren und deren Visualität vor allem auch über ›soziale‹ Medien gegeben war, habe ich in Kapitel 1 und 2.1.1 bereits dargelegt. Die Frage nach der Herstellung von Nähe, die Oliver Hahn, Julia Lönnendonker und Nicole Scherschun

19 Auch Lünenborg und Sell (2018) konstatieren, dass diskursive Konstruktionsprozesse in journalistischen Medien »sowohl geprägt durch journalistische Selektionsregeln, als auch durch wiederkehrende, Bedeutung (re)produzierende Muster in der Repräsentation« (ebd.: 16) sind. Mit Hall (2004) lassen sich diese Selektionsregeln gar als ein Teil der ›Muster der Repräsentation‹ verstehen.

(2008: 28f) zufolge entscheidend für den Auslandsjournalismus²⁰ ist, spielt für den untersuchten Diskurs ebenfalls eine zentrale Rolle. Inwiefern Nähe und Verbindungen im Diskurs (nicht) hergestellt werden, wird in der Analyse und insbesondere in Kapitel 7.1 thematisiert. Solche Fragen nach der Art der mediatisierten Verbindungen zwischen global entfernten Orten spielen auch in Debatten um Kosmopolitismus in Medienkulturen eine zentrale Rolle. Zudem haben verschiedene Untersuchungen, die sich mit »Gatekeeping«, also der Auswahl von Themen durch journalistische Akteur*innen beschäftigen, aufgezeigt, dass diese durch institutionelle Strukturen geprägt sind: Bedeutsam sind hier etwa die Ausrichtung von Verlagen und Redaktionen oder auch die Orientierung an anderen großen Medien (vgl. Maier et al. 2010: 119f). Zudem werden journalistische Medien nach ihren verschiedenen Funktionen eingeteilt (beispielsweise nach ihrer Zuordnung zum Bereich der »Information« oder »Unterhaltung« oder ihrer »redaktionellen Linie«, vgl. u.a. Volkmann 2006: 27ff) und Texte in einzelnen Rubriken verortet, womit entsprechende gesellschaftliche Zuschreibungen und Deutungen verbunden sind (vgl. Grittmann/Maier 2017: 179). Diese sind ebenfalls für die Auswahl von Nachrichten und die Art ihrer Repräsentation bedeutsam. Darüber hinaus sind Möglichkeiten der Verschiebung symbolischer Ordnungen eng verbunden mit strukturellen, vor allem ökonomischen Bedingungen von Journalismus. Zusammenhängend auch mit der Digitalisierung journalistischer Angebote nehmen ökonomische Unsicherheiten im Journalismus zu: Werbeeinnahmen im Printbereich sinken stetig und Bezahl-Modelle für journalistische Online-Angebote sind erst im Entstehen (vgl. Buschow 2018: 131ff, K. Beck 2012). Damit verbunden ist eine zunehmende Strukturierung journalistischer Praktiken nach ökonomischen Gesichtspunkten: ressourcenintensive Recherchen sind oft kaum noch möglich, die Anzahl an Vollredaktionen nimmt ab und Online-Angebote orientieren sich an direktem Feedback und Nutzungszahlen, die jetzt auch für einzelne Texte ermittelt werden können (vgl. Buschow 2018: 141). Besonders für den kostenintensiven Auslandsjournalismus steigt mit dem ökonomischen Druck die Bedeutung von Presseagenturen. Insbesondere seit Anfang der 2000er nimmt die Anzahl von Auslandsbüros deutscher Medien weiter ab, 80 Prozent der »Auslandsnachrichten« werden über Nachrichtenagenturen bezogen, wobei besonders die vier großen Agenturen AP, Reuters, AFP und dpa relevant sind (vgl. Hahn et al. 2008: 30). Diese sind auch für die Beschaffung von Fotos für die Auslandsbildberichterstattung bedeutsam (vgl. Wilke 2008: 73). Die Möglichkeiten, über digitale Kanäle an Informationen von anderen Orten zu kommen, haben mit der Digitalisierung zugenommen und werden teilweise auch vom Journalismus selbst, etwa über die Verwendung von Bildern oder Zitaten aus Blogs,

20 Heidelberg (2018) merkt an, dass die Nutzung des Begriffs »Auslandsjournalismus« die Fokussierung auf eine Berichterstattung im »Westen« über global entfernte Orte beinhaltet, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte (vgl. ebd.: 56). Mit dem Begriff »Ausland« wird zugleich auf die nach wie vor oft nationale Fokussierung journalistischer Institutionen und Praktiken verwiesen. Heidelberg hebt die Bedeutung des lokalen Standpunktes, von dem aus berichtet wird, hervor: »Der Standpunkt »Europa« verweist auf ein imaginiertes Feld des Denkens, des Handelns und der Produktions- und Präsentationsweise von Wissen, in dem die epistemologischen Dispositionen des »westlichen« Auslandsjournalismus ihren Ursprung haben und bis heute die Art und Weise prägen, wie Wissen über die Welt von reisenden Journalisten gesammelt, übersetzt und verbreitet wird.« (Ebd.: 57).

aufgegriffen. Recherchen an global entfernten Orten werden zudem vermehrt durch internationale Organisationen wie beispielsweise *Human Rights Watch* oder *Amnesty International* und ihre globalen Recherchenetzwerke ausgeführt und deren Ergebnisse von ›westlichen‹ Medien übernommen (vgl. Heidelberger 2018: 289). Daneben stützen sich Medien auf die Arbeit freier Auslandskorrespondent*innen. Sowohl für die Recherchen dieser freien Korrespondent*innen aus ›dem Westen‹, für Presseagenturen und internationale Organisationen als auch als direkte Textquelle sind lokale Akteur*innen für die Berichterstattung über global entfernte Orte von zunehmender Relevanz, wie Martin Heidelberger (2018) betont. Gerade durch die zunehmende Fokussierung auf ökonomische Faktoren und eine gleichzeitig anhaltende Bedeutung journalistischer Selbstverpflichtungen zu ›Wahrheit‹, ›Objektivität‹ und gerade im Auslandsjournalismus auch der Abbildung von Pluralität (vgl. dazu die Analyse von Selbstverpflichtungserklärungen bei Heidelberger 2018: 63ff), sind lokale Akteur*innen für journalistische Praktiken von Bedeutung. Sie sind vor Ort vernetzt, sprechen die lokalen Sprachen, sind mit den soziokulturellen Kontexten vor Ort vertraut und kennen meist die verschiedenen Perspektiven auf Ereignisse. Heidelberger geht davon aus, dass diese lokalen Akteur*innen sowohl direkt als auch indirekt auf Inhalte der Auslandsberichterstattung einwirken und mit ihrer zunehmenden Bedeutung auch Möglichkeiten einhergehen, vermehrt lokale Standpunkte in journalistische Texte einzubringen (vgl. ebd.: 78). Auch solche institutionellen und strukturellen Bedingungen und Entwicklungen des Journalismus sind also bedeutsam für die Frage, bei welchen Ereignissen Journalist*innen vom Ort der Geschehnisse aus berichten, wer zu welchen Themen berichtet und welche Personen, andere Medien oder Institutionen als Quellen herangezogen werden, wer also im Diskurs sprechen darf und gehört wird (vgl. Spivak 1988a). Soweit dies anhand der Analyse von Medientexten möglich ist, soll in der vorliegenden Untersuchung daher auch auf solche institutionellen und strukturellen Aspekte des Diskurses eingegangen werden. Im Anschluss an die bisherigen Ausführungen sollen die Medientexte in Form von Zeitungsartikeln in der vorliegenden Arbeit in ihrer Gesamtheit als sozio-kulturelle Diskurse untersucht werden, die in spezifische institutionelle Strukturen eingebunden sind und in einem machtvollen Prozess hegemoniale gesellschaftliche Deutungen (re-)produzieren und kulturell sinnhaftes Handeln hervorbringen. Betont werden soll in diesem Zusammenhang, wie oben bereits angedeutet, die Verwobenheit sprachlicher und visueller Konstruktionen in der Berichterstattung (vgl. Grittmann 2007, Lobinger 2012, Lünenborg/Sell 2018: 18, s. Kap. 4.1.3).

Die (de-)konstruktivistische Perspektive auf journalistische Diskurse in dieser Arbeit habe ich in diesem Abschnitt zusammenfassend als eine vorgestellt, die Diskurse in ihrer historischen, regelgeleiteten Entstehung betrachtet, als prozesshaft versteht und die die Durchdringung von Diskursen mit Macht und die Hervorbringung von Wirklichkeit durch Diskurse betont. Mit Bezug auf die Cultural Studies und Gramsci habe ich die Pluralität von Deutungen in Diskursen und die stetige Umkämpftheit und damit nur temporäre Stabilisierung hegemonialer Konstruktionen in Öffentlichkeit(-en) hervorgehoben. Für die Frage, welche kulturellen Deutungen wie, wann und warum hegemonial werden, habe ich zudem die Rolle von Medien herausgestellt und betont, dass mediale Repräsentationen Bedeutung nicht nur abbilden, sondern auch selber hervorbringen. Repräsentationsregime, die sich aus verschiedenen Praktiken der Repräsenta-

tion zusammensetzen, verstehe ich so als grundlegend für die Strukturierung dessen, was innerhalb gesellschaftlicher Ordnungen sicht- und sagbar wird. In diesem Kontext habe ich die Relevanz journalistischer Diskurse für grundlegende gesellschaftliche Aushandlungen betont. Die erste, die vorliegende Arbeit prägende Perspektive, bringt also vor allem ein Verständnis von gesellschaftlicher Wirklichkeit als niemals fixiertes Ergebnis diskursiver Kämpfe um hegemoniale Deutungen in Öffentlichkeiten in die Arbeit ein, wobei die Bedeutung von Medien und insbesondere journalistischen Diskursen für diese Aushandlungen betont werden.

2.2.2 Geschlecht als intersektionale Konstruktion: feministische Perspektiven

Die hier eingenommene feministische Perspektive, welche ich zugleich als intersektionale verstehe, ergänzt die zuvor dargestellte (de-)konstruktivistische Perspektive um die Fokussierung auf die diskursive Herstellung ungleichheitsgenerierender Kategorien im Diskurs. Zunächst erörtere ich, welches Gewicht dem Einbezug feministischer Perspektiven für die Analyse von Medientexten generell zukommt und welche Konsequenzen spezifisch ein dekonstruktivistisches, diskurstheoretisches und intersektionales Verständnis von Geschlecht für die Untersuchung journalistischer Diskurse hat. Ich verdeutliche anschließend, welche Auswirkungen dieses Verständnis auch für den in dieser Arbeit verwendeten Öffentlichkeitsbegriff hat und lege damit zugleich dar, dass die von mir eingenommene feministische Perspektive nicht nur eine Kritik von Zweigeschlechtlichkeit, sondern eine Wissenschafts- und Gesellschaftskritik beinhaltet.

Die feministische Perspektive, die ich in meiner Arbeit einnehme, ist entsprechend der bisherigen Ausführungen in diesem Kapitel durch ein poststrukturalistisches-dekonstruktivistisches und diskurstheoretisches Verständnis von Geschlecht geprägt,²¹ welches seit den 1990er Jahren für die Medienforschung von Bedeutung ist (vgl. Thomas 2013a: 405). Eine sozialkonstruktivistische Kritik an Zweigeschlechtlichkeit und damit der Blick auf Geschlecht als Teil gesellschaftlicher Wissensordnungen findet sich bereits früh bei Carol Hagemann-White (1984), und Suzanne J. Kessler und Wendy McKenna (1978: 113f). Breit im wissenschaftlichen Diskurs diskutiert wird dieses Verständnis jedoch insbesondere im Anschluss an die Arbeiten von Judith Butler (1991), die auch maßgeblich das Feld der Gender Studies prägen. Butler fasst die für meine Arbeit wesentlichen Aspekte ihrer dekonstruktivistisch-diskurstheoretischen Geschlechtertheorie in *Das Unbehagen der Geschlechter* prägnant zusammen:

21 Klaus (2005) unterscheidet mit Blick auf empirische Studien in der Geschlechtertheorie drei Paradigmen: den frühen Repräsentanz- und Gleichheitsansatz, der oft auf eine Auffassung von einem biologischen Geschlecht zurückgeht und sich vor allem mit der Sichtbarkeit von Frauen in Medien vor dem Hintergrund einer möglichst exakten Darstellung der ›Realität‹ beschäftigt, den Differenzansatz, der den Fokus auf die differenten Lebenswelten von Frauen und Männern legt und einer dekonstruktivistischen Perspektive (vgl. ebd.: 15). Klaus und Lünenborg (2011: 105) weisen jedoch auf die notwendige Weiterentwicklung dieser Dreiteilung hin. Thomas (2013a) beispielsweise hat eine Systematisierung entwickelt, in der sie verschiedene Richtungen feministischer Medien- und Kommunikationswissenschaften anhand ihrer gesellschaftstheoretischen Bezugnahmen unterscheidet.

»Die Einstimmigkeit des Geschlechts (sex), die innere Kohärenz der Geschlechtsidentität (gender) und der binäre Rahmen für beide: Geschlecht und Geschlechtsidentität, werden dabei stets als regulierende Fiktionen begriffen, die die konvergierenden Machtssysteme der männlichen und heterosexistischen Unterdrückung festigen und naturalisieren.« (Butler 1991: 61)

Entscheidend ist dabei zunächst ihr Ausgangspunkt, der sowohl das körperliche Geschlecht als auch die geschlechtliche Identität als historisch bedingtes, soziokulturelles Konstrukt versteht. Geschlecht als gesellschaftlich hergestellte Kategorie begreift sie zugleich als zentral für die Subjektwerdung, sie bedarf einer ständigen performativen Wiederholung und erlangt so materielle Bedeutung. Gefestigt werden diese Konstrukte durch ihre Einbindung in eine »Matrix der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit« (vgl. Butler 1991: 37ff), die über den Aufbau zwei sich gegenüberstehender Kategorien, die jeweils eine Kontinuität und Kohärenz in körperlichem Geschlecht, geschlechtlicher Identität und Begehren aufweisen, gekennzeichnet ist. Dieses Konstrukt ist ein machtvolleres, welches – so wird es auch in obigem Zitat deutlich – gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheiten zur Folge hat.²² Zentral für die (Re-)Konstruktion dieses Systems und der mit ihm verbundenen Normen sind Sprache und Diskurse (vgl. ebd.: 49ff). Mit Butler ergibt sich also eine Perspektive auf journalistische Diskurse, die davon ausgeht, dass »mediale Repräsentationen und Diskurse daran mitwirken, was in Gesellschaften und in bestimmten kulturellen Kontexten überhaupt unter Geschlecht und Sexualität verstanden wird, bzw. was denkbar ist« (Lünenborg/Maier 2013: 107). Zugleich kann mit **Butler** betont werden, dass sowohl in der performativen Ausübung von Geschlecht als auch in Diskursen Möglichkeiten der Verschiebung enthalten sind: »Selbst wenn die heterosexistischen Konstrukte als verfügbare Schauplätze von Macht und Diskurs zirkulieren, die jede Geschlechtsidentität bedingen, bleibt die Frage, welche Möglichkeiten der Rezirkulation existieren.« (Butler 1991: 58) Ein durch Butler geprägter Blick auf Geschlecht in Mediendiskursen zielt somit nicht nur auf die Rekonstruktion der Herstellung von Zweigeschlechtlichkeit im Diskurs und die Dekonstruktion geschlechtlicher Kategorien ab, sondern öffnet den Blick immer auch für mögliche diskursive Verschiebungen. Klaus und Lünenborg (2011) betonen die Analogien von Gender Studies zu den Cultural Studies und nutzen entsprechend die Definition von Kerstin Goldbeck (2004: 28) für letztere, um die wesentlichen Merkmale der Gender Studies heraus zu stellen:

»Bei den Gender Studies handelt es sich um ein intellektuelles Projekt, das sich alltäglichen kulturellen Praktiken der Konstruktion des symbolischen Systems der Zweigeschlechtlichkeit, der Artikulation von Geschlechteridentitäten und der Analyse von Geschlechterverhältnissen widmet und diese in ihrer kontextuellen Einbettung mit besonderem Blick auf Machtverhältnisse analysiert.« (Klaus/Lünenborg 2011: 100)

22 Auch wenn Butler die Materialität geschlechtlicher Konstruktionen betont, wurde ihr von feministischer Seite oftmals die Kritik entgegengebracht, dass soziale Verhältnisse aus dem Blick geraten, wenn Geschlecht als diskursives Konstrukt aufgefasst wird und dekonstruktivistische Ansätze aufgrund ihres Antinormativismus kritisiert (vgl. Thomas 2013a: 400). Die Vermittlung zwischen dem Materiellen und Symbolischen kann auch weiterhin als eine zentrale Herausforderung der Gender Studies verstanden werden (vgl. dazu Thomas 2012).

Entscheidend für die vorliegende Arbeit ist dabei das Interesse für (Re-)Konstruktionen der symbolischen Ordnung und die damit verbundene Relevanz von Medien und Öffentlichkeit (vgl. Lünenborg/Maier 2013: 26, Kannengießer 2011: 335f) sowie die damit einhergehende machtkritische Verortung, durch die auch immer ein selbstreflexives Moment Teil dieser Perspektive ist oder sein sollte (vgl. Klaus/Lünenborg 2013: 100).

Arbeiten, die aus einer durch Butler geprägten dekonstruktivistisch-diskurstheoretischen Perspektive auf Medientexte blicken und somit Geschlecht als (auch) durch Medien ›gemacht‹ verstehen,²³ beschäftigen sich u.a. mit medialen Repräsentationen von Geschlecht und deren Verschiebungen, Mediendiskursen über Feminismus und Geschlecht, der Vergeschlechtlichung von Diskursen, mit dem Feld Genre und Geschlecht und den Möglichkeiten queerer Repräsentation (vgl. Lünenborg/Maier 2013: 107ff, hier findet sich auch ein Überblick zu relevanten Arbeiten innerhalb dieser Felder). Für die vorliegende Arbeit sind dabei insbesondere Arbeiten aus den ersten drei Feldern von Relevanz, sie sollen daher in Kapitel 2.3 nähere Beachtung finden. Ich nutze die oben dargestellte Perspektive vor allem, um innerhalb des von mir untersuchten journalistischen Diskurses nach darin enthaltenen Vergeschlechtlichungen und ihrer spezifischen Konstruktion zu fragen. Mein Fokus richtet sich dabei auf die Konstruktion von Weiblichkeit im Diskurs. Dies hat zwei zentrale Gründe: Zum einen erscheint mir dieser Rückbezug auf die eigentlich von mir dekonstruierte Kategorie ›Frauen‹ mit Blick auf strukturelle gesellschaftliche Ungleichheiten auf Basis dieser Kategorie notwendig (s. Kap. 2.1.3). Hagemann-White (1993:74ff) betont die Notwendigkeit eines doppelten Hinsiehens und auch Klaus und Lünenborg warnen: »Mit einem gänzlichen Verzicht auf den Rückbezug zu lebensweltlich strukturierten Kategorien gerät jedoch der Gegenstand der Analyse der Gender Studies, wie auch ihre gesellschaftliche Gestaltungs- und Veränderungskraft aus dem Blick« (Klaus/Lünenborg 2011: 105). Außerdem erscheint mir der Blick auf den diskursiven Bezug gerade auf Weiblichkeit notwendig im Kontext eines Diskurses, bei dem auch immer nach der (Re-)Konstruktion von Zugehörigkeiten, spezifisch Orient-/Okzidentkonstruktionen gefragt werden muss, da diese eng verbunden sind mit Konstruktionen der ›anderen Frau‹ (s. Kap. 2.2.3). Dieser Aspekt der Vergeschlechtlichung von Orient-/Okzidentkonstruktionen zeigt einen weiteren wichtigen Aspekt meiner feministischen Perspektive auf, nämlich die Betonung der Verwobenheit von Geschlecht mit anderen, gesellschaftlich hergestellten und bedeutsamen Differenzkategorien, wie sie die Intersektionalitätsforschung in den Fokus rückt.

Verwobenheit von Geschlecht und anderen Differenzkategorien: Impulse der Intersektionalitätsforschung

Intersektionalität wird seit den 1990er Jahren in der Geschlechterforschung thematisiert.²⁴ Nach Katharina Walgenbach (2012) hat sich Intersektionalität inzwischen sogar

23 Für einen Überblick zur Forschung zu Medien und Geschlecht vgl. u.a. Lünenborg/Maier 2013: 98ff, spezifisch zu visueller Kommunikationsforschung mit Bezug auf Geschlecht Maier/Thiele 2017. Eine laufend aktualisierte Bibliografie zu Gender Media Studies im deutschsprachigen Raum findet sich unter <https://www.dgpuk.de/node/276> (abgerufen am 13.11.2018).

24 Walgenbach (2012) merkt eine insbesondere im deutschen akademischen Raum vorherrschende Abkehr von den Wurzeln der Intersektionalität, dem *Black Feminism* und der *Critical Race Theory* (vgl. Crenshaw 1989) an. Ebenso kritisieren auch Castro Varela und Dhawan, dass intersektionale

zu einem eigenen Forschungsparadigma entwickelt. Zentraler Ansatz ist die Analyse von Wechselbeziehungen verschiedener, Ungleichheit hervorbringender, sozialer Kategorien wie Gender, Klasse, Sexualität oder Ethnizität im Gegensatz zu einer bloßen Addition dieser Achsen. Betont wird, dass die Bedeutung verschiedener Differenzkategorien nicht mit deren einfacher Aneinanderreihung verstanden werden kann; vielmehr geht es darum, das spezifische Zusammenspiel verschiedener, sich überlagernder und miteinander verwobener Differenzkategorien in einem spezifischen Kontext zu untersuchen:

»Gegen ein simplifizierendes Verständnis von Intersektionalität als die Untersuchung von gleichzeitigen Ungleichheiten wäre es wohl sinnvoller herauszufinden, warum spezifische Ungleichheiten zu konkreten Zeiten an konkreten Orten mehr Bedeutung beigemessen wird als anderen.« (Castro Varela/Dhawan 2010: 313, vgl. auch Carstensen/Winker 2012: 8)

Ein intersektionaler Ansatz ermöglicht damit den Fokus auch auf bestehende Hierarchisierungen von Kategorien im Zusammenhang mit spezifischen Anlässen (etwa den Protesten in Ägypten) und Orten (etwa dem journalistischen Diskurs): »Wir müssen [...] jede Naturalisierung von sozial konstruierten Ungleichheiten zurückweisen und jede Priorisierung irgendeiner Ungleichheitskategorie, sei es Klasse oder Geschlecht, kritisch hinterfragen.« (Yuval-Davis 2010: 199) Dieses Problem der Über- oder Unterinklusion beschreibt Crenshaw (2000) als *Intersectional Invisibility*: so kann ein Problem bestimmter Teilgruppen als »Frauenproblem« wahrgenommen oder ein bestimmtes Problem, dass eine Gruppe von Frauen als Frauen betrifft durch ethnische Differenzen überlagert werden (vgl. Knapp 2010: 224f).

Nina Degele und Gabriele Winker (2007) unterscheiden für die Analyse von Intersektionalität drei Ebenen: Die Identitäts-, die Repräsentations-, und die Strukturebene.²⁵ Die in der vorliegenden Arbeit betrachtete Repräsentationsebene (re-)konstruiert naturalisierende und hierarchisierende Differenzkategorien und damit verbundene Normen, Ideologien und Repräsentationen. Mit Foucault verstehe ich die diskursive Konstruktion auf dieser Ebene als »Wahrheiten«, die Realitäten auf der Struktur-, und Identitätsebene (re-)produzieren. Mediale Diskurse lassen sich zum einen als Spiegel, zum anderen als (Re-)Produzenten dieser Repräsentation verstehen, so dass die Analyse von Diskursen aufgrund ihrer Wechselwirkungen mit den Ebenen der Struktur und der Identität als besonders erkenntnisbringend erachtet werden kann.

»Die Repräsentationsebene ist für die Bildung und Aufrechterhaltung ungleichheitsgenerierender Kategorien keineswegs ein bloßes Addendum. Diskurse und

Ansätze transnationale Dimensionen sozialer Ungleichheit nicht ausreichend thematisieren. Ihr Vorwurf lautet, dass die deutsche Intersektionalitätsdebatte sich durch einen impliziten Eurozentrismus auszeichne und Strukturen internationaler Arbeitsteilung und Ausbeutung vernachlässige (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 317ff).

25 Ich nehme keine intersektionale Analyse vor, die sich gerade auf das Zusammenspiel dieser Ebenen fokussieren müsste, sondern nutze den Ansatz vor allem, um eine spezifische Perspektive auf das Zusammenspiel der Konstruktion von Weiblichkeit mit anderen Kategorien im Diskurs zu erläutern.

symbolische Repräsentationen wirken sowohl als Ideologien und Normen der Rechtfertigung für Ungleichheiten wie auch als Sicherheitsfiktion struktur- wie auch identitätsbildend.« (Degele/Winkler 2007: 23)

Das Zitat verdeutlicht, dass ungleichheitsgenerierende Kategorien zentral auch im Rahmen öffentlicher Diskurse hergestellt und gefestigt werden. Zugleich erhalten sie materielle Bedeutung, wenn es darum geht, wer überhaupt Zugang zu welchen Öffentlichkeiten erhält. Auch in der vorliegenden Arbeit wird ein analytischer Fokus darauf gelegt, welche ungleichheitsgenerierenden Kategorien im Diskurs wie (re-)produziert werden und in welchem Zusammenhang sie mit mediatisierter Anerkennung stehen. Herausgestellt wird aufgrund des spezifischen Erkenntnisinteresses dabei, inwiefern Geschlecht als verwoben mit anderen gesellschaftlich relevanten Kategorien dargestellt wird.

Feministische Konzeptionen von Öffentlichkeit(-en)

Deutlich wird mit der Debatte um Intersektionalität in der Geschlechterforschung auch, dass die unterschiedliche soziale Positionierung von Menschen, also die Bedeutung hierarchisierender gesellschaftlicher Kategorisierungen, nicht außer Acht gelassen werden darf,²⁶ wenn es um die ›Potentiale‹ translokaler Öffentlichkeiten geht, wie sie kosmopolitische Ansätze unterstreichen (s. Kap. 3.1.3). Rhada Hegde (2012) betont, dass gerade auf globaler Ebene Öffentlichkeiten hierarchisch strukturiert sind und nach dem *wie* ihrer Ausprägung gefragt werden muss: »As media scholars, we need to engage with how publics are defined, how issues are publicized and drafted into public view and above all question how gendered categories are reproduced.« (ebd.: 20) Im Fokus steht die Frage nach der Art der Definition von Öffentlichkeiten, der Veröffentlichung von Themen und der Konstruktion von Geschlecht, wobei neben geschlechtlichen auch andere Differenzkategorien in den Blick genommen werden sollten, wie im vorherigen Abschnitt zu Intersektionalität bereits erläutert wurde.

26 An dieser Stelle halte ich es für ratsam, auf eine der Innovationen der Geschlechterforschung zu verweisen, die zwar für viele Forschungsfelder eine umfassendere Perspektive böte, welche aber oft vernachlässigt wird. Die Zentralität von Kultur als Basis einer nicht-essentialistischen, dekonstruktivistischen Forschungsperspektive ist Ausgangspunkt auch meiner Arbeit, dennoch kommt vor dem Hintergrund kulturtheoretischer Ansätze der Blick auf gesellschaftliche und soziale Problemlagen oft zu kurz: »Dafür wird wieder ein Cultural turn gebraucht, aber einer, der durch das Säurebad globaler Erfahrungen gegangen ist und gelernt hat anzuerkennen, dass die Ordnungs- und Orientierungsleistung von Gesellschaft auch für Kultur unabdingbar ist.« (Schwengel 2010: 101) Gesellschaft für Kultur (und ich betone: gleichzeitig auch weiterhin Kultur für Gesellschaft) als unabdingbar zu begreifen beschreibt er als wesentliche Voraussetzung dafür, um die Frage zu beantworten, wie es durch die empirische Vernetzung (Konnektivität) globalen sozialen Handelns zu politischer Teilhabe in einer globalisierten Welt kommen kann. Diese Innovation wird in der Geschlechterforschung bereits vielfach geleistet, wie Klaus und Lünenborg (2011) betonen: »In diesem Bereich der Theorie- und Modellentwicklung liegt für die Kommunikationswissenschaft insgesamt das relevante Potenzial: Die Gender Studies in der Kommunikationswissenschaft generieren Theorieperspektiven, die gesellschafts- und kulturorientierte Ansätze nicht als Gegensätze, sondern als komplementäre Bestandteile zum Verständnis öffentlicher Kommunikation betrachten. Das macht sie für die Kommunikations- und Medienwissenschaft auch zukünftig innovativ und ertragreich.« (Ebd.: 112).

Mit meiner feministischen Perspektive geht damit auch ein kritischer Blick auf ein singuläres und per se partizipatorisches Verständnis von Öffentlichkeit einher.

Orientiert am Habermasschen Modell einer idealen, einzigen Öffentlichkeit, die das gesamte öffentliche Leben umfasst (vgl. u.a. Habermas 1990), wird Öffentlichkeit oftmals als ein singulärer, alles umspannender und formalisierter Raum verstanden (vgl. Drüeke 2013: 76).²⁷ Wie bereits in Bezug auf den Diskursbegriff von Jürgen Habermas kurz erläutert (s. Kap. 2.2.1), erscheint ein kritischer Umgang mit seinem normativen Modell angebracht. Gerade feministische Theorien kritisieren sein Verständnis, welches Öffentlichkeit insbesondere in Abgrenzung zu Privatheit konstituiert und damit bestimmte Gruppen aus diesem Raum ausschließt. Grundlage feministischer Kritik ist die darin enthaltene Konstruktion einer Dichotomie zwischen einer öffentlichen, politischen Sphäre und einem privaten, unpolitischen Raum (vgl. u.a. Young 1990: 119). Das Verständnis des Privaten wird dabei im Gegensatz zum Politisch-Öffentlichen durch drei zentrale Deutungen geprägt: 1. als Ort der Moral und Religiosität, 2. als der Bereich der Familie und Reproduktion und 3. als der Bereich der Intimität und Sexualität. Die Trennung vom Öffentlichen wird über einen notwendigen Schutz dieser Bereiche vor einem gesellschaftlichen/politischen Eingreifen legitimiert (vgl. Drüeke 2013: 98ff). Es lässt sich jedoch argumentieren, dass auch der private Bereich durch öffentliche Normierungen reguliert wird. Schon früh zeigten Regina Dackweiler und Barbara Holland-Cunz (1991), dass auch private Marginalisierungen eine öffentlich-gesellschaftliche Dimension haben. Durch die Trennung wird diese Dimension jedoch verdeckt und dem Privaten zugeordnete Fragen individualisiert. Insbesondere durch die Zuordnungen Produktion – öffentlich, Reproduktion – privat zeigt sich zudem, wie vergeschlechtlicht diese Trennung ist.

Verschiedentlich wird die Veränderung dieser Dichotomie durch ›soziale‹ Medien diskutiert (vgl. u.a. Bublitz 2010), die eine Vermischung von Politik und Unterhaltung, Privatem und Öffentlichem fokussieren und mit deren Entwicklung eine Debatte um den Schutz von Privatsphäre angestoßen wurde. Auch hier zeigt sich aber eine Individualisierung von Verantwortlichkeiten. Zudem heben feministische Arbeiten zu Recht hervor, dass eine Vermischung von Öffentlichkeit und Privatheit nicht erst mit ›sozialen‹ Medien entstand. (Vgl. Wischermann 2003: 29) Fraglich ist zudem, ob eine verstärkte Diskussion und damit Sichtbarkeit zuvor als privat konzipierter Bereiche neue gesellschaftliche Anerkennung für diese Themen mit sich bringt (vgl. Drüeke 2013: 111, auch Lünenborg 2009: 12).

27 Drüeke (vgl. 2013: 78ff) unterscheidet vier verschiedene Konzeptionen von Öffentlichkeit auf Basis ihrer Verortung in unterschiedlichen Demokratietheorien. Die relativ eng gefassten liberal-repräsentativen Ansätze begreifen Öffentlichkeit als Ort der Willensbildung und sehen sie durch Repräsentant*innen und insbesondere Medien garantiert. Partizipatorische Ansätze konzipieren Öffentlichkeit umfassender als dann legitim, wenn Bürger*innen partizipieren können und gehen daher auch auf andere Öffentlichkeiten als in (Massen-)Medien ein. Der Ansatz der deliberativen Demokratie (Habermas) stellt an Öffentlichkeit ebenfalls den Anspruch einer gleichen Beteiligung von Bürger*innen. Konstruktivistische Modelle (z.B. Young) betonen hingegen die gesellschaftliche Konstruktion der Begriffe des Politischen und Öffentlichen und verstehe diese als durchdrungen von Macht.

Problematisch an einer singulären Konzeption von Öffentlichkeit ist insbesondere der Ausschluss minorisierter Gruppen, der mit dieser einhergeht. Auch wenn die Breite feministischer Konzeptionen zu Öffentlichkeit und Privatheit²⁸ hier nicht im Detail aufgezeigt werden konnte, ist ihnen doch eine Kritik solcher Ausschlüsse gemein. Drüeke (2013) betont zudem weitere Überschneidungen:

»Allen gemeinsam ist eine Politisierung weiblich konnotierter Lebenszusammenhänge, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und privater Gewaltverhältnisse sowie das Hinterfragen der bisherigen gesellschaftlichen Konstruktionsweisen des ›Weiblichen‹ und des Privaten und damit eine Erweiterung des Politischen und Politikfähigen.« (Ebd.: 102)

Feministische Öffentlichkeitstheorien thematisieren also zum einen geschlechtsspezifische Ausschlüsse in hegemonialen Konstruktionen von Öffentlichkeiten und gehen damit zugleich von einem erweiterten Politikbegriff aus, zum anderen weisen sie auf die Durchzogenheit der öffentlichen Sphäre mit Macht hin. Damit rückt die Bedeutung sozialer und gesellschaftlicher Ungleichheiten in das zentrale Problemfeld der Auseinandersetzungen (vgl. ebd.: 109).

Als alternative Konzeption von Öffentlichkeit, die solche Ausschlüsse vermeidet, hat sich insbesondere ein Verständnis von Öffentlichkeiten im Plural etabliert, welches durch die Annahme nicht einer einzigen homogenen, sondern einer Vielfalt heterogener Öffentlichkeiten auch den privaten Raum und nicht-formalisierte Bereiche des Politischen einfasst. Politische Prozesse finden also nicht nur in breiten, massenmedialen, sondern auch in anderen Öffentlichkeiten statt. Verschiedene Öffentlichkeiten bieten dabei unterschiedliche Möglichkeiten des Zugangs und der Partizipation (vgl. ebd.: 77). Klaus (2005) diskutiert das Konzept ›Öffentlichkeit‹ explizit im Kontext von Frauenbewegungen und bewegt sich in diesem Zusammenhang weg vom Konzept der ›Gegenöffentlichkeit‹²⁹, da mit ihm ›Frauenöffentlichkeiten‹ in Abgrenzung zur bürgerlichen Öffentlichkeit als das ›Andere‹ definiert werden (vgl. ebd.: 103ff). Frauenöffentlichkeiten verortet sie vielmehr auf den unterschiedlichen Ebenen von Öffentlichkeiten, die sie beschreibt und die jeweils als Teilöffentlichkeiten parallel und nicht im Gegensatz zuein-

28 Eine detailliertere Auseinandersetzung findet sich z.B. bei Drüeke (2013).

29 Fraser (2001) bezieht sich mit ihrem Konzept der subalternen Gegenöffentlichkeiten auf Spivak und grenzt sich vom habermasschen Ideal einer einzigen bürgerlichen Öffentlichkeit ab. Sie betont, dass gerade durch eine Heterogenität und Pluralität von Öffentlichkeiten ein partizipatorisches Ideal erfüllt werden kann. Auch wenn Fraser unterstreicht, dass die Macht innerhalb der Gesellschaft in verschiedenen Öffentlichkeiten unterschiedlich gelagert ist, so versteht sie Gegenöffentlichkeiten doch als einen Ort der Möglichkeit zur Mitbestimmung für marginalisierte Gruppen (vgl. Fraser 1996: 163f). Durch die Aufhebung einer absoluten Verbindung zwischen Staat und Öffentlichkeit hebt Fraser auch die Dichotomie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit auf, Gegenöffentlichkeiten ermöglichen ihrer Auffassung nach die Thematisierung von Fragen, die hegemonial als ›privat‹ gedeutet werden (vgl. Drüeke 2013: 90ff). Fraser setzt damit neue Impulse für die Theoretisierung von Öffentlichkeiten (vgl. Wischermann 2003: 47). Wischermann betont, dass sich verschiedene aktuelle Theorien auf Fraser beziehen und ihr Modell weiterentwickeln, Gegenöffentlichkeiten werden dabei im Allgemeinen als »neue soziale Bewegungen, alternative Medien und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeiten verstanden, die zunehmend auch das Internet zur Partizipation und Mobilisierung nutzen« (ebd.: 93).

ander bestehen und sich gegenseitig beeinflussen (vgl. ebd.: 128). Klaus unterscheidet dabei zwischen einfachen, mittleren und komplexen Öffentlichkeiten (vgl. ebd.: 80ff, zur Entwicklung, Anwendung und Aktualität des Modells vgl. Klaus/Drüeke 2017). In einfachen Öffentlichkeiten zeigt sich die Vermischung von Privatem und Politischem, sie sind räumlich variabel und zeichnen sich trotzdem durch eine normgebende, kulturprägende Eigenschaft aus. Mittlere Öffentlichkeiten entstehen durch soziale Bewegungen, die als Gegenöffentlichkeiten im Sinne Frasers Brücken zwischen politischen und massenmedialen Öffentlichkeiten bauen können und dabei einer gewissen Strukturierung unterliegen. Komplexe Öffentlichkeiten hingegen zeichnen sich durch einen stark strukturierten Kommunikationsprozess aus und haben zentral auf die Etablierung gesellschaftlicher Deutungsmuster Einfluss, wodurch sie auch andere Teilöffentlichkeiten prägen und von ihnen geprägt werden. Sowohl Ulla Wischermann (2003) als auch Gottfried Oy (2001) betonen ebenfalls spezifisch für soziale Bewegungen die Notwendigkeit, Öffentlichkeiten weiter zu denken, heben aber zugleich die Bedeutung der in dieser Arbeit untersuchten massenmedialen Öffentlichkeit für diese hervor.³⁰ Auch wenn ich mich in dieser Arbeit auf die komplexe massenmediale Öffentlichkeit beziehe, so soll doch die Verwobenheit der untersuchten Aushandlungsprozesse mit mittleren und einfachen Öffentlichkeiten betont werden (vgl. Klaus 2017: 23, Romahn 2015: 216).³¹ Ein Denken von Öffentlichkeiten im Plural verdeutlicht – gerade auch auf globaler Ebene – das Nebeneinander hegemonialer und nicht-hegemonialer Öffentlichkeiten und lädt damit dazu ein, über Verbindungen von Öffentlichkeiten nachzudenken, die gesellschaftliche Teilhabe befördern können »ohne dabei Dualismen wie männlich-weiblich, öffentlich-privat, global-lokal oder hegemonial-oppositionell zu reproduzieren« (Maier/Thiele/Linke 2012: 11, vgl. auch Klaus/Lünenborg 2011: 101). Die Motivation einer kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden Öffentlichkeiten und darin stattfindender Aushandlungen und Teilhabe sowie deren Begrenzungen ist es damit, aufzuzeigen, wo diese bereits stattfindet und wo sie Ausschlüsse beinhaltet.

Anknüpfend an die dargestellten Ansätze übernehme ich für meine Arbeit einen feministisch und partizipatorisch geprägten Öffentlichkeitsbegriff, der eine Dichotomie zwischen Privatheit/Öffentlichkeit zugunsten der Annahme einer Pluralität und Heterogenität von Öffentlichkeiten verneint. Dadurch rücken zudem die notwendige

30 Wischermann (2003) betont für soziale Bewegungen sowohl die Bedeutung der Herstellung einer breiten Öffentlichkeit in Medienkulturen (vgl. ebd.: 49) als auch die Bedeutung von Bewegungsförmlichkeiten als Orte der persönlichen Verbindung und der politischen Formation von Bewegungen, in denen private Themen politisch werden (vgl. ebd.: 44). Auch Oy betont die Notwendigkeit einer Übersetzung von Gegenöffentlichkeiten in hegemoniale Öffentlichkeiten: »Informationen für sich genommen werden, so kritisch sie auch gemeint sein mögen, unverstanden bleiben, solange sie in keine Erzählung eingebunden sind. In neuen alternativen Öffentlichkeitsmodellen ginge es darum, andere Erzählungen über die Gesellschaft zu etablieren.« (Oy 2001: 215).

31 So werden ebenso beispielsweise in Gesprächen mit interessierten Kolleg*innen über die Beteiligung von Frauen an Protesten in Kairo (einfache Öffentlichkeit) oder beim Besuch einer Podiumsdiskussion etwa von einer politischen Stiftung zu diesem Thema (mittlere Öffentlichkeit) gesellschaftliche Deutungen zu den Protesten ausgehandelt, die vor allem im Fall der Podiumsdiskussion wiederum Eingang in journalistische Diskurse finden können.

Thematisierung von Machtverhältnissen für die Bedingungen und den Zugang zu Öffentlichkeiten sowie die Möglichkeiten der ›Übersetzung‹ zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten in den Blickpunkt. Das dekonstruktivistisch und feministisch geprägte Verständnis von Öffentlichkeiten wird in der vorliegenden Untersuchung auch analytisch relevant. Zum einen blicke ich bei der Rekonstruktion des journalistischen Diskurses auch auf dessen Verbindungen zu anderen Öffentlichkeiten (s. Kap. 4.2). Zum anderen wird in der Berichterstattung über die Proteste in Ägypten selbst eine spezifische Konzeption von Öffentlichkeit(-en) diskursiv hergestellt, so richtet sich mein analytischer Blick zugleich auf (Re-)Konstruktionen eines spezifischen Begriffs von Öffentlichkeit(-en) im und durch den untersuchten journalistischen Diskurs (s. Kap. 6).

Der feministischen, dekonstruktivistisch-diskurstheoretischen Perspektive, die ich einnehme, geht es um das Aufzeigen der Konstruiertheit und zugleich Betonung der Bedeutung von geschlechtlichen Differenzierungen für soziale Ordnungen. Geschlechtliche Differenzierungen betrachte ich dabei in ihrer Verwobenheit mit anderen Differenzkategorien. Über dieses spezifische Forschungsinteresse hinaus stellt diese Perspektive Wissensordnungen generell in Frage und bringt so zugleich eine übergeordnete Wissenschafts- und Gesellschaftskritik in die vorliegende Untersuchung der Repräsentation von Frauen im journalistischen Diskurs in Deutschland um die Proteste in Ägypten ein. Ich sehe dabei auf vier Ebenen Aspekte, die diese geschlechtertheoretische Perspektive mit sich bringt.

1. Theoretisch: Wie anhand des Begriffs von Öffentlichkeit(-en) aufgezeigt wurde, bringt eine feministische Perspektive einen spezifischen Blick auf Theorien und Begriffe mit sich (vgl. Klaus/Lünenborg 2011: 101), der immer auch nach machtvollen Konstruktionen und hierarchischen Strukturen fragt. Dies zeigt sich in der später formulierten Kritik an kosmopolitischen Ansätzen sowie in meiner Auseinandersetzung mit dem Anerkennungsbegriff.

2. Methodologisch: Gerade in der Journalismusforschung sind spezifisch geschlechtertheoretische Arbeiten noch immer eine Seltenheit und oft auf Repräsentationsstudien, die vom Gleichheitsansatz ausgehen, reduziert (vgl. Grittmann/Müller 2012: 115f). Dies macht noch einmal die Notwendigkeit einer (de-)konstruktiven Methodologie deutlich, die die kulturellen Herstellungen und Infragestellungen gesellschaftlicher Kategorien in den Fokus rückt. Zudem beinhaltet eine machtkritische, feministische Perspektive auch immer eine Reflexion der eigenen Positionierung als Forschende im Vorgehen, das sich auf ebenjene Kategorien bezieht, die es eigentlich verflüssigen will und den Versuch wagen muss, binäre Strukturen zu untersuchen ohne diese zu reproduzieren.

3. Gesellschaftspolitisch: Das Aufzeigen der Berufung auf geschlechtliche und andere, gesellschaftlich relevante Kategorien im journalistischen Diskurs und damit auch der Hervorbringung dieser Kategorien selbst hat für mich zentral auch zum Ziel, die Pluralität von Deutungen hervorzuheben und damit mögliche Verschiebungen zu beleuchten. Damit verbunden ist somit auch der Wunsch, gesellschaftliche Ordnungen zu kritisieren und Möglichkeiten der Veränderung aufzuweisen.

4. Wissenschaftspolitisch: Schließlich ist die Stärkung geschlechtertheoretischer Perspektiven in den Medien- und Kommunikationswissenschaften an sich ein relevantes Ziel der Einnahme dieser Perspektive. Mir geht es dabei insbesondere darum, zu ver-

deutlichen, wie gewinnbringend eine Verknüpfung von Fragestellungen, wie hier nach mediatisierter Anerkennung und ihren Bedingungen, mit feministischen Perspektiven ist.

Die hier aufgezeigte intersektional ausgerichtete, feministische Perspektive hat also zum einen konkrete, theoretische und methodologische Implikationen für die vorliegende Arbeit als auch darüber hinaus Relevanz hinsichtlich gesellschafts- und wissenschaftspolitischer Ziele, die mit ihr verfolgt werden. In der Betrachtung eines Untersuchungsgegenstandes, der lokale Repräsentationen von Geschehnissen an einem entfernten Ort untersucht, erscheint es mir notwendig, die dargestellte (de-)konstruktivistisch und feministisch geprägte Perspektive dieser Arbeit um eine Prägung durch Überlegungen postkolonialer Ansätze zu erweitern.

2.2.3 Bedeutung globaler Interdependenzen: postkoloniale Perspektiven

Anknüpfend an kosmopolitische Arbeiten, auf die ich in Kapitel 3.1 näher eingehe, wird auch mittels einer postkolonialen Perspektive der Fokus auf die Auseinandersetzung mit mediatisierten translokalen Verbindungen und Verflechtungen gelenkt. Während kosmopolitische Arbeiten sich besonders für das emanzipatorische Potential solcher Verbindungen interessieren, rücken in einer postkolonialen Perspektive Herrschaftsstrukturen und Ambivalenzen in den Blickpunkt. In diesem Sinne ergänzen postkoloniale Ansätze die Forschungsperspektive um einen machtkritischen Blick. Die postkoloniale Perspektive, die ich einnehme, stellt die Bedeutung machtvoller hierarchischer Strukturierungen von Gesellschaften und ihre (Re-)Konstruktion über journalistische Diskurse heraus. Bezogen auf den spezifischen Untersuchungsgegenstand rücken dabei Orient-/Okzidentkonstruktionen in das Blickfeld. Zudem soll in diesem Abschnitt auch die enge Verflechtung zwischen der zuvor beschriebenen feministischen Perspektive der Arbeit mit der hier eingeführten postkolonialen Prägung thematisiert werden. Dafür gehe ich zunächst auf die Vergeschlechtlichung sowohl materieller als auch diskursiver globaler Beziehungen und spezifisch mediatisierter Orient-/Okzidentkonstruktionen ein und problematisiere in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Feminismen in der (Re-)Konstruktion globaler Hierarchien.

Bevor ich diese Aspekte im Einzelnen näher beleuchte, erläutere ich zunächst, inwiefern ich den untersuchten Diskurs als einen ›translokalen‹ verstehe und welches Verständnis von ›postkolonial‹ meine Perspektive auf journalistische Diskurse prägt. Mit ›translokal‹ bezeichne ich mediale Diskurse, in denen die Lokalität von Orten medial überschritten wird, wie es im Fall der Berichterstattung deutscher Medien über ägyptische Proteste der Fall ist. ›Translokal‹ meint im Anschluss an Andreas Hepp gleichzeitig mit der externen Ausweitung der Lokalität³² auch deren Veränderung nach innen:

32 Ich spreche von ›Translokal‹ und nicht von ›Transnational‹, da nicht (nur) die deutsche oder ägyptische Nation als Ort kultureller Verdichtung, die in den Diskursen ausgeweitet wird, verstanden werden kann, sondern auch z.B. die jeweilige Region (MENA-Region, Europa, ›der Westen‹). Im Gegensatz zu einer transkulturellen (vgl. Welsch 2012) Forschungsperspektive, die die Konnektivität lokaler kultureller Verdichtungen mit anderen kulturellen Verdichtungen in den Blick nimmt, fokussiert sich eine translokale auf die externe Ausweitung und innere Hybridisierung einer spezifischen kulturellen Verdichtung und nicht auf Gemeinsamkeiten insbesondere der externen Aus-

»Wenn die Auseinandersetzung mit Medienkulturen in Zeiten der Globalisierung sich also auf ›Translokalität‹ richtet, so betont dies auf der einen Seite, dass das Lokale nach wie vor seine Bedeutung hat, dass auf der anderen Seite aber heutige Lokalitäten sowohl physisch als auch kommunikativ in einem hohen Maße konnektiert sind. *Eine Beschäftigung mit Fragen der Translokalität lenkt damit den Blick auf eine Analyse des ›Wie‹ der gegenwärtigen physischen und kommunikativen Konnektivität.* [Herv. i. O.]« (Hepp 2005: 55)

Die Einnahme einer translokalen Perspektive nimmt die Konnektivität lokaler kultureller Verdichtungen mit anderen kulturellen Verdichtungen in den Blick, fokussiert also zum einen Verbindungen zwischen Ereignissen in Ägypten und dem deutschsprachigen Kontext des untersuchten Diskurses. Gleichzeitig betont sie die Pluralität von Bezügen und löst damit die Dichotomie zwischen lokal und global, zwischen Territorialisierung und Deterritorialisierung, auf und stellt deren Verwobenheit und Gleichzeitigkeit heraus. Durch die Fokussierung auf die Art und Weise dieser Verbindung rücken nicht nur deren Potentiale, sondern eben auch machtvolle Strukturen in den Blick; gerade dafür erscheint mir die hier eingenommene postkoloniale Perspektive entscheidend. Der Begriff eines ›translokalen‹ Diskurses ermöglicht damit die Verdeutlichung eines analytischen Blickes auf den Diskurs, der weder primär von einem kosmopolitischen/anerkennden Potential ausgeht noch primär an diskursiven Formen des »Otherings« (Spivak 1988a) und der Rekonstruktion hierarchischer Strukturen interessiert ist, sondern gerade die Ambivalenz, Parallelität und Vernetzung dieser Phänomene der (De-)Territorialisierung konstatiert. Der Einbezug postkolonialer Ansätze in eine solche translokale Perspektive erscheint mir unerlässlich. Welche konkreten Aspekte dabei für die vorliegende Arbeit von Relevanz sind erläutere ich im Folgenden.

Postkoloniale Ansätze als kritische Perspektive auf globale und historische Verflechtungen

Nehmen Arbeiten Bezug auf postkoloniale Ansätze, so ist es inzwischen üblich, zunächst auf die Pluralität der Verständnisweisen des Begriffs ›postkolonial‹ hinzuweisen und anschließend die verschiedenen Diskursstränge, die sich auf diesen Begriff beziehen, nachzuzeichnen (vgl. Merten/Krämer 2016: 8). Diese Auseinandersetzung wurde dadurch dankenswerterweise auch in der deutschsprachigen Forschung bereits an einigen Stellen geleistet (u.a. Castro Varela/Dhawan 2015, Kerner 2012, Reuter/Villa 2010). Ich konzentriere mich daher darauf, die für die vorliegende Arbeit prägende Verständnisweise und deren Relevanz für die Forschung zu Medienkulturen zu erörtern, bevor ich auf drei für die spätere Analyse zentrale Aspekte der hier eingenommenen postkolonialen Perspektive eingehe.

Mich spezifisch auf eine ›postkoloniale‹ in Ergänzung zu der oben beschriebenen dekonstruktivistisch-diskurstheoretischen Perspektive zu beziehen, erscheint mir angebracht, da es in ersterer ebenso um die Dekonstruktion und Verschiebung von Kategorien und sozialen Ordnungen geht, sie aber zusätzlich einen zentralen Fokus auf

weutungen unterschiedlicher kultureller Verdichtungen. Damit lässt sich die Art der Ausweitung und der inneren Pluralisierung genauer bestimmen.

Dekolonisation legt. In den Blick genommen wird damit »die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen den globalen Machtverhältnissen, die im Kontext der europäischen Kolonialexpansion etabliert wurden, und den historischen und aktuellen Ungleichheitsrelationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene« (Boatca/Costa 2010: 72). Globale und historisch entstandene Machtverhältnisse werden ins Zentrum des Forschungsinteresses gerückt und zugleich die Kontinuität und Gegenwärtigkeit solcher »entangled histories« (Conrad/Randeria 2002: 17) in gegenwärtigen hierarchischen Beziehungen des Neokolonialismus (vgl. Nkrumah 1965) betont. Postkoloniale Ansätze stellen die Verwobenheit sozioökonomischer globaler Ungerechtigkeit mit eurozentrischen Wissensordnungen heraus, es geht ihnen daher immer auch um eine Dekonstruktion eurozentrischer Narrative, die bestehende hegemoniale Ordnungen stabilisieren (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 17).³³

Als Ergänzung zur feministischen Perspektive dieser Arbeit wird mit dem Bezug auf postkoloniale Ansätze noch einmal verstärkt die historische und geopolitische Bedeutung gesellschaftlicher Kategorien wie Geschlecht, aber auch Herkunft, Klasse etc. hervorgehoben: »To sum up the distinctiveness of postcolonial studies from other forms of critical scholarship, then, it could be said that postcolonial scholarship provides a historical and international depth to the understanding of cultural power.« (Shome/Hegde 2002: 252) Für den konkreten Untersuchungsgegenstand erscheint mir eine postkoloniale Perspektive zusammenfassend vor allem aufgrund ihres relationalen Verständnisses (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 15), welches globale und historische Verbindungen und Verflechtungen in den Blickpunkt rückt, entscheidend.

Wie aktuelle kosmopolitische Ansätze (s. Kap. 3.1.2), so betonen auch postkoloniale Ansätze im Gegensatz zur Globalisierungsforschung die anhaltende Bedeutung lokaler Kontexte,³⁴ zugleich nehmen sie eine herrschaftskritische Perspektive auf globale Verbindungen ein und legen die Bedeutung (neo-)kolonialer Machtstrukturen in diesem Zusammenhang offen (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 84f). Postkoloniale Ansätze ermöglichen so einen Blick auf die Ambivalenzen globaler Verbindungen nicht nur als Möglichkeiten der Verschiebung machtvoller Strukturen, sondern auch als Ort der Intensivierung hierarchischer Verbindungen.

Mediatisierte Verbindungen aus postkolonialer Perspektive

In den Medien- und Kommunikationswissenschaften mehrte sich eine Annäherung an postkoloniale Ansätze in der Forschung zu Medienkulturen insbesondere im englischsprachigen Raum (vgl. zum Überblick u.a. Merten/Krämer 2016: 11ff, Shome/Hegde 2002). Raka Shome und Radha Hegde betonen in ihrer Einführung zur Ausgabe 3/2002 der *Communication Theory*, einer der ersten Annäherungen zwischen Postkolonialen Studien und kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten, die Bedeutung von Kommuni-

33 Dieses Verständnis ist es, welches in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum postkoloniale Ansätze über die Analyse historischer kolonialer Beziehungen hinaus für Studien interessant gemacht hat (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 20f).

34 Die Bedeutung lokaler Verortungen wird auch in postkolonial orientierten Medien- und Kommunikationswissenschaften stark gemacht. Hier zeigt sich also auch in der Untersuchung von Medien eine Nähe zu kosmopolitischen Ansätzen im Gegensatz zu den in Kapitel 3.1 kurz thematisierten Global Media Studies (vgl. dazu auch Merten/Krämer 2016: 14).

kation in der Herausarbeitung der Ambivalenzen in einer »seemingly connected yet divided world«: »The politics of communication are of central importance in the understanding of the contradictions and ambivalence in our deeply divided world.« (ebd.: 261) Sie fordern daher einen verstärkten Bezug auf postkoloniale Ansätze in medien- und kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten, um diese Ambivalenzen zu untersuchen. Die Stärke der Perspektive sehen sie dabei in dem Ansatz, binäre Strukturen nicht innerhalb von Analysen zu reproduzieren, sondern den Fokus gerade auf die Verbindungen zwischen diesen scheinbaren Oppositionen zu legen: »A postcolonial critique does not work to once again set up cultures in polarities, but rather the discourse points to how the West and the ›other‹ are constitutive of one another in ways that are both complicitous and resistant.« (ebd.: 264) Auf die Konstitution dieser Verbindung, ihre Ambivalenzen und Verschiebungen innerhalb fixierter Repräsentationen zielen Diskursanalysen mit Bezug auf postkoloniale Ansätze ab, um daran »die Praktiken (neo-)kolonialer Macht aufzeigen zu können« (Castro Varela/Dhawan 2015: 17). Das Aufzeigen solcher Verbindungen zwischen hierarchisierenden Konstruktionen wie ›Orient‹ und ›Okzident‹ auch in anerkennenden Diskursen ist zugleich ein Anliegen der vorliegenden Untersuchung des untersuchten Pressediskurses um die Proteste in Ägypten.

Die Aneignung einer postkolonialen Perspektive in medien- und kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten erscheint vor dem Hintergrund bestehender Metaprozesse der Globalisierung und Mediatisierung hilfreich, um die Verwobenheit dieser Prozesse zu thematisieren und dabei eine repräsentationskritische Perspektive einzubringen. Zugleich erscheint es angemessen, gerade aufgrund der interdisziplinären Offenheit einer postkolonialen Perspektive, im Folgenden noch einmal genauer zu bestimmen, welche Überlegungen aus den Postcolonial Studies für die vorliegende Arbeit von Relevanz sind. Ich gehe dabei vor allem ein auf 1. Grenzen von diskursiven Repräsentationen, 2. Orient- und Okzidentkonstruktionen und 3. die Bedeutung von Vergeschlechtlichungen in diesen.

1. Machtvolle, diskursive Grenzen der Repräsentation

Der erste zentrale Aspekt der postkolonialen Perspektive dieser Arbeit ist die Hervorhebung der Bedeutung globaler Hierarchien innerhalb von Diskursen und damit verbundener diskursiver Grenzen der Repräsentation subalternen Stimmen. Mit Blick auf die Durchziehung von Diskursen mit Macht ist hier sicherlich Gayatri Chakravorty Spivaks Frage »Can the subaltern speak?« (1988a)³⁵ zentral zu stellen. Auch wenn Spivak sich in ihrem Diskursbegriff auf Derrida bezieht und Foucault kritisch gegenübersteht,³⁶ so spielt diese Frage auch für die vorliegende Arbeit eine wichtige Rolle. Sie kritisiert an Foucault insbesondere, dass die Einnahme einer einfachen Gegenposition zur epistemischen Gewalt nicht möglich ist. Das eindeutigste Beispiel epistemischer Gewalt, also

35 Spivaks gleichnamiger Aufsatz kann als ein Gründungsdokument der Postkolonialen Studien bezeichnet werden (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 152). Die in Kalkutta geborene Literaturwissenschaftlerin lehrt an der University of Colombo und ist bisher die einzige *Women of Color*, die dort den Rang einer Universitätsprofessorin erhielt. Sie ist nicht nur eine der renommiertesten gegenwärtigen Literaturkritiker*innen, sondern auch für Aktivist*innen weltweit als Intellektuelle und Lehrerin von Bedeutung (vgl. ebd.).

36 Zur Kritik an Foucault durch postkoloniale Ansätze vgl. auch Shome/Hegde 2002: 252.

der Gewaltförmigkeit symbolischer Ordnungen, sieht sie im ›Othering‹ kolonialer Subjekte, also der homogenisierenden Konstruktion von Subalternen als ›Andere‹ (vgl. ebd.: 280f).³⁷ Sie betont damit die Verwobenheit zwischen subalternen³⁸ und hegemonialen Klassen und argumentiert, dass die Behauptung, die Subalternen könnten für sich selbst sprechen, die Macht der hegemonialen Klassen verdeckt und Teil des hegemonialen Projektes ist. Schon das Konzept, welches die Möglichkeit der – gesellschaftlich bedeutsamen – Subjektwerdung als eng an die Möglichkeit des öffentlichen Sprechens gekoppelt versteht, ist mit Spivak als ein ›westliches‹ zu begreifen (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 192). Die »wahre Stimme der Zum Schweigen-Gebrachten« (ebd.) hervorzubringen, versteht Spivak María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan zufolge als unmöglich. Dies meint jedoch nicht, dass Subalterne nicht sprechen können. Vielmehr geht es ihr darum, zu betonen, dass die Subalternen, selbst wenn sie sprechen, innerhalb der vorherrschenden Machtstrukturen von den hegemonialen Klassen nicht gehört, bzw. vom Bereich des Hörbaren ausgeschlossen werden (vgl. Spivak 1988a: 295, Castro Varela/Dhawan 2015: 198). Die Subalternen wollen zwar für sich selbst sprechen, können dies aber aufgrund des hegemonialen Projekts nicht einfach tun. Nicht nur das Sprechen, sondern auch das Hören unterliegen also machtvollen Normen. Spivak betont, mit welcher Vorsicht ›die Stimme der Anderen‹ zu behandeln ist und warnt sowohl vor Gegendiskursen, die Subalterne als marginalisierte Gruppe essentialisieren und normalisieren und damit binäre Oppositionen aufrechterhalten, als auch vor scheinbar ›authentischen‹ Stimmen, mit denen postkoloniale Informant*innen aus den Peripherien für Subalterne sprechen (vgl. Spivak 2010: 49). In Foucaults Repräsentationsbegriff fallen nach Spivak die Bestandteile ›Darstellen‹ und ›Vertreten‹ in eines, während sie betont, dass ›Sprechen von‹ (Darstellung) und ›Sprechen für‹ (Repräsentation) nicht unbedingt zusammenfallen (vgl. Spivak 1988a: 274ff). Spivak argumentiert, so erläutern Castro Varela und Dhawan, »dass der subalterne Widerstand immer schon durch die hegemonialen Systeme der politischen Repräsentation gefiltert ist.« (Castro Varela/Dhawan 2015: 198). Dass für Subalterne gesprochen wird bedeutet also nicht, dass tatsächlich ihre Sichtweisen und Bedürfnisse zur Darstellung kommen. Die Problematik ›authentischer Repräsentation‹ wird schon durch den Begriff an sich deutlich: Repräsentationen sind immer durch das Subjekt der Präsentierenden gefärbt, weswegen eine Selbst-Präsentation möglich sein muss. Zwar sieht sie im ›strategischen Essentialismus‹ (vgl. 1988b: 205) – also dem strategischen Bezug auf eigentlich als soziales Konstrukt verstandene Identitäten in politischen Kämpfen – eine wirkmächtige Gegenposition zu hegemonialen Diskursen, die Umkämpftheit von Hegemonie beinhaltet immer auch eine Möglichkeit des Widerstandes. Gleichzeitig sind aber die Subalternen so eng mit den hegemonialen Eliten verbunden, dass ein Sprechen unabhängig von ihnen unmöglich ist. Statt einer ›relentless recognition of the Other by assimilation‹ (Spivak 1988a: 294), deren Gefahr sie in Bezug auf ›authentische Andere‹ sieht, fordert Spivak, subalterne Erfahrungen und Positionen als ›unerreichbare Leere‹ (›inaccessible

37 Spivak betont dabei, dass ihre Ausführungen besonders für vergeschlechtlichte Subalterne von Relevanz sind (vgl. Spivak 1988a: 294f.).

38 Den Begriff der ›Subalternen‹ übernimmt Spivak von Gramsci (1991-1999), der mit *classi subalterne* Menschen bezeichnet, die nicht zur hegemonialen Klasse gehören (vgl. Spivak 1988a: 283).

blankness« ebd.) bestehen zu lassen und so auch die Spezifität und Grenzen ›westlichen‹ Wissens offen zu legen. Zunächst ist es also mit Bezug auf Spivak die Frage, wer überhaupt in translokalen Diskursen sichtbar und hörbar wird und inwiefern dieser Zugang über machtvollere Strukturen geregelt ist, auf den die hier eingenommene postkoloniale Perspektive den Fokus lenkt. Sie schärft den analytischen Blick gleichzeitig für Prozesse des ›Otherings‹ und eine gewisse Skepsis gegenüber ›authentischen Stimmen‹ und einer damit verbundenen Anerkennung von Frauen nur unter der Bedingung ihrer Vereinnahmung im Pressediskurs deutscher Medien um die Proteste in Ägypten.

2. Verflechtung ›orientaler‹ und ›okzidentaler‹ Identitätskonstruktionen

Ein weiterer Aspekt, für den mir die postkoloniale Perspektive als bedeutsam erscheint, ist die Frage nach der interdependenten Konstruktion gesellschaftlichen Wissens innerhalb diskursiver Sicht- und Sagbarkeiten. Eine der Arbeiten, die sich mit einem spezifischen postkolonialen Wissensregime beschäftigt, und die als ein Gründungsdokument postkolonialer Studien bezeichnet werden kann, ist Edward Saids *Orientalism* (1978). In seiner Studie über die ›westliche‹ Konstruktion von Vorstellungen über ›den Orient‹ stützt sich Said auf Foucaults diskurstheoretische Konzeptionen und rekonstruiert die Genese und Durchsetzung des Orientalismus-Diskurses und der damit einhergehenden Othering-Prozesse. Mit dem Begriff des Orientalismus bezeichnet Said die epistemische Gewalt der Repräsentation und damit auch Konstruktion ›des Orients‹ durch ›den Okzident‹, über die gleichzeitig die bestehenden Herrschaftsverhältnisse legitimiert und gefestigt werden (vgl. Said 1978: 73). Castro Varela und Dhawan fassen das von ihm rekonstruierte Orientbild zusammen als »feminin, irrational und primitiv im Gegensatz zum maskulinen, rationalen und fortschrittlichen Westen« (Castro Varela/Dhawan 2015: 99). Zudem verdeutlicht Said die homogenisierende und undifferenzierte Darstellung von ›Orient‹ und ›Islam‹ in ›westlicher‹ Literatur und Medien, die Komplexität und Pluralität der Lebensweisen unterschlägt und damit oft rassistisch argumentiert. Menschen aus der Region werden dabei als ›Andere‹ schlechthin konstruiert und gleichzeitig die Dominanz des ›Eigenen‹ über dieses ›Andere‹ legitimiert. Besonders diese Analyse ist es, die sein Werk zu einem nach wie vor hoch aktuellen macht. Nichtsdestotrotz sollen einige relevante Kritikpunkte, die sich in den ausführlichen Diskussionen um seine Arbeiten herauskristallisiert haben, an dieser Stelle hervorgehoben werden, um die Einordnung seiner Überlegungen in die vorliegende Arbeit zu verdeutlichen.

Zunächst ist es gerade für die vorliegende Untersuchung wichtig zu betonen, dass Saids Annahme, Orientalisierung gehe im Wesentlichen auf die Begegnung ehemaliger Kolonialmächte (also insbesondere Frankreich und Großbritannien) mit ›dem Orient‹ zurück, widersprochen werden muss. Gerade die Konstruktion eines ›Orients‹ als Gegensatz zur Selbstkonstruktion des ›Okzidents‹ und nicht eine Konstruktion auf Basis von Beobachtungen vor Ort, wird von Said selbst an einigen Stellen hervorgehoben. Daraus ergibt sich zum einen die Relevanz seiner Analyse auch für Kontexte, die keine unmittelbare kolonialgeschichtliche Verbindung zum ›Orient‹ aufweisen, wie den deutschsprachigen Raum (vgl. Pollock 1993). Aktuelle Studien zeigen die Bedeutung von Orientalismus gerade auch für diese Region (s. Kap. 2.3.2). Dies verdeutlicht auch

die umfassende wissenschaftliche Rezeption von Sais Arbeiten im deutschsprachigen Raum. Zum anderen vernachlässigt der Fokus auf Begegnungen in der Kolonialzeit die Veränderung von Machtregimen. Orientalismus kann nicht als eine einmalige Konstruktion verstanden werden, sondern sollte vielmehr einen Prozess bezeichnen, der sich vor allem durch Diskontinuitäten auszeichnet. Gerade die Veränderbarkeit und Anpassung der Repräsentation der ›Anderen‹ macht die epistemische Gewalt dieser Konstruktion aus, ein Aspekt, den Said zwar erwähnt, jedoch zu sehr vernachlässigt (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 108ff, Hafez 2013: 21). Hinzu kommt ein weiterer, damit eng zusammenhängender Kritikpunkt. Orientalismus bezeichnet in erster Linie einen einseitigen Prozess des ›Otherings‹. Gerade die Verflechtungen zwischen der Konstruktion des Eigenen und der Konstruktion des Anderen zeichnen aber die Relevanz dieses Prozesses aus, der damit als ein relationaler verstanden werden kann. Mit Fernando Coronil (2013) kann das Konzept des Orientalismus um den Begriff des Okzidentalismus ergänzt werden, der sowohl die Konstruktion des ›Okzidents‹ als auch die epistemische Grundlage »politische[r] Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse« (Dietze/Brunner/Wenzel 2009: 13) beschreibt und als Voraussetzung für den Prozess der Orientalisierung verstanden werden kann. Gabriele Dietze, Claudia Brunner und Edith Wenzel (2009) betonen die globale Verortung von Orient-/Okzidentkonstruktionen, die insbesondere seit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 und andauernden globalen Diskussionen um ›islamistischen Terrorismus‹ relevant sind und die gleichzeitige Bedeutung lokaler Ausprägungen dieser Diskurse. Dietze spricht im Zusammenhang mit diesen enthistorisierenden, essentialisierenden und kulturalisierenden Konstruktionen in Anlehnung an Etienne Balibar (1990: 30) von einem »Meta Rassismus« (Dietze 2009a: 32), der sich selbst verdeckt und nicht nur sozio-kulturelle, sondern auch materielle Folgen hat. Durch eine Fokussierung auf die Verflechtung zwischen Okzident- und Orientkonstruktionen in medialen Diskursen lässt sich eine wiederholte Konzentration auf die ›Anderen‹ als Gegenstand ›westlicher‹ Forschung vermeiden. Dietze beschreibt diese Forschungsperspektive als »Okzidentalismuskritik« (2009a) oder auch »kritischen Okzidentalismus« (2009b), um damit die Verwandtschaft zur *Critical Whiteness Theory*³⁹ zu verdeutlichen. Mit diesem Bezug geht es ihr um die Herausstellung sechs zentraler Merkmale von Okzidentalismuskritik, die auch für die Perspektive dieser Arbeit bedeutsam sind:

»dass es sich a.) um eine hegemonie(selbst)kritische Perspektive handelt, die sich b.) dekonstruktiv auf die Produktion einer Weißen/okzidental Norm über ein markiertes Anderes bezieht und die c.) von einem strukturellen Rassismus ausgeht. Mit dem Wort Okzidentalismus wird angesprochen, dass die Erkenntnisperspektive d.) von Postkolonialität her denkt, e.) in der Produktion eines ›orientalisch Anderen‹ ein spezifisches Konstruktionsverhältnis europäischer Identität voraussetzt und d.) einen differentialistischen Neo-Rassismus gegenüber muslimischer Diaspora in eine

39 *Critical Whiteness Theory* bezeichnet ein Forschungsfeld, in dem es darum geht, die unsichtbaren rassistischen Strukturen, die ›weiße‹ Privilegien fortlaufend reproduzieren und festigen, sichtbar zu machen. Seit Anfang der 2000er Jahre hat es auch in den deutschsprachigen wissenschaftlichen Diskurs Eingang gefunden (vgl. u.a. Tißberger et al. 2009).

historische Achse Kolonialismus, Orientalismus und Neo-Orientalismus einordnet.« (ebd.: 239)

Der hier beschriebenen (selbst)kritischen Analyse, die sich insbesondere auf die von strukturellen antimuslimischen Rassismen⁴⁰ – welche besonders für muslimische Diaspora, jedoch auch hinsichtlich globaler Verstrickungen materielle Folgen haben – begleitete Herstellung einer okzidental Identität richtet, sollte meines Erachtens zudem um die Beachtung der Bedeutung von Vergeschlechtlichungen innerhalb dieser Konstruktion ergänzt werden. Als Zusammenführung mit der feministischen Perspektive dieser Arbeit soll daher als dritter Aspekt für deren postkolonialen Blickwinkel die Hervorhebung der Bedeutung geschlechtlicher Kategorien und ihrer Konstitution für diese interdependente, hierarchische Konstruktion erörtert werden.

3. Bedeutung von Vergeschlechtlichungen

Obwohl insbesondere Frauen sowohl von strukturellen Ungleichheiten besonders betroffen sind als auch in der Konstitution des ›Anderen‹ oft eine zentrale Rolle spielen, blenden postkoloniale Ansätze die Kategorie Geschlecht häufig aus (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005). Dabei zeigt sich gerade innerhalb postkolonialer Ansätze die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verankerung intersektionaler Perspektiven (vgl. Ha 2010: 259), die gesellschaftliche Ungleichheitskategorien in ihrer Verwobenheit untersuchen und die Spivak schon 1988 mit ihrer Feststellung »Clearly, if you are poor, black and female you get it in three ways« (Spivak 1988a: 294) forderte. Der Ausblendung solcher Überlegungen wirkt die vorliegende Untersuchung entgegen und zieht daher insbesondere solche Arbeiten für die eigene Positionierung heran, die sich auch für geschlechtliche Kategorien explizit interessieren. Die Notwendigkeit, bei der Auseinandersetzung mit globalen Machtstrukturen eine Geschlechterperspektive einzunehmen, zeigt sich in der doppelten Marginalisierung von Frauen durch die Intersektion weltweiter patriarchaler und neokolonialer Strukturen. Die Marginalisierung von subalternen Frauen erfolgt so gleichzeitig über neokoloniale ökonomische Ausbeutungen und ihre Unterordnung in patriarchalen Strukturen (vgl. Spivak 1988a, Moghadam 1999, Mohanty 2006). Der Verweis auf globale ökonomische Ungleichheitsverhältnisse und deren Vergeschlechtlichung erscheint mir an dieser Stelle notwendig, auch wenn diese in der vorliegenden Arbeit nicht im Zentrum der Analyse stehen:

»Wie innerhalb der Cultural Studies immer wieder betont wird, dass rein ökonomistische Analysen einer Dekolonisierung im Weg stehen, so zeigen neuere marxistische Ansätze, wie problematisch es ist, die ökonomischen Faktoren bei der Analyse von Ungleichheitsverhältnissen, neokolonialen und neoimperialistischen globalen Strukturen außen vor zu lassen.« (Castro Varela/Dhawan 2015: 33)

Postkoloniale Ansätze kritisieren die internationale Arbeitsteilung und damit einhergehende Ausbeutungen und strukturelle Ungleichheiten. Dieser Blick verdeutlicht die

40 Iman Attia (2009) versteht antimuslimischen Rassismus in Form einer Aktualisierung tradierter Orientalismen als hegemoniale Form des Otherings und zentrales Element gesellschaftlicher Machtverhältnisse in Bezug auf Migrations- und Erinnerungspolitik in postkolonialen Gesellschaften.

sehr unterschiedlichen Auswirkungen von Kosmopolitisierung für Menschen in ›den Metropolen‹ und ›der Peripherie‹ (vgl. Gabbert 2010). Insbesondere Spivak ist es, die diese Bedeutung materieller Ungleichheiten hervorhebt. Sie bezieht sich in ihrer Auseinandersetzung mit struktureller Ungleichheit auf Marx und setzt die subalterne Frau an die Stelle des ›Arbeiters‹ als Objekt der Ausbeutung. Spivak verweist damit auf Verstrickungen zwischen Patriarchat und Kapitalismus und betont, dass postkoloniale Ansätze gerade diese Verstrickungen kritisieren müssten (vgl. Spivak 2010: 50). Studien zeigen zum einen die besondere Ungleichheitssituation von Frauen in Ländern ›des globalen Südens‹ (vgl. zum Überblick Mies 2001), zum anderen aber auch beispielsweise von Migrantinnen, die in einer kosmopolitisierten Welt die der Reproduktion zugeordneten und damit eigentlich unbezahlten Aufgaben für Frauen ›des globalen Nordens‹ übernehmen, damit diese produktiver Arbeit nachgehen können (vgl. u.a. Apitzsch/Schmidbaur 2010). Diese Bedingungen des Lebens von Frauen fordert auch Chandra Talpade Mohanty (2003) in die Wissensproduktion zu Globalisierung einzubringen. Eine feministische Theorie muss die Machtverhältnisse und Verstrickungen zwischen Geschlecht, Ethnisierung und sozioökonomischer Situation sowie deren Bedeutung für den Alltag von Frauen deutlich machen. Dass diese auch in Ägypten gegenwärtig von Relevanz sind, habe ich mit Blick auf die Einflussnahme internationaler Geldgeber, unter denen Deutschland einen zentralen Platz einnimmt, und damit verbundene Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen vor Ort bereits in der Einleitung betont.

Gleichzeitig zeigt bereits Frantz Fanon (1981) die Verbindung zwischen Herrschafts- und Wahrheitsregimen auf. Auf letzterem liegt denn auch der Fokus dieser medien- und kommunikationswissenschaftlichen Arbeit, in der ich gesellschaftliche Wissensordnungen nicht als von materiellen Herrschaftsstrukturen getrennt, sondern als eng mit diesen verwoben verstehe. Die Fokussierung der Untersuchung symbolischer Ordnungen in meiner Arbeit bedeutet somit keinesfalls, dass materielle Ordnungen als weniger relevant erachtet werden. Vielmehr werden symbolische Ordnungen gerade auch als Voraussetzungen ebendieser untersucht, da materielle Ungleichheiten über »eurozentristische Wissensordnungen und Repräsentationssysteme« (Reuter/Villa 2010: 17) legitimiert werden. Dies zeigt sich auch in der späteren Diskussion der notwendigen Erweiterung des Anerkennungsbegriffs um Fragen nach der Thematisierung von Aspekten eines lebbareren Lebens und der Sichtbarkeit (sozioökonomischer) globaler Interdependenzen im Diskurs (s. Kap. 3.2.3).

Auch für die Konstruktion des ›Okzidents‹ über orientalisierte Abgrenzungen kann die Wissenskategorie Geschlecht als zentral bezeichnet werden (vgl. Hark/Villa 2017, Dietze 2009a: 33ff), was auch in der späteren Analyse des Diskurses in deutschen journalistischen Medien um die Proteste in Ägypten sehr deutlich wird (s. Kap. 5.2). Dieser Punkt zeigt zugleich einen weiteren wesentlichen Kritikpunkt an Saids Arbeiten auf, der Geschlecht und Sexualität nur am Rande berücksichtigt. Gerade hier werden jedoch Mechanismen der Eigen- und Fremdkonstruktion und auch ihre Transformation deutlich, da oft eben die Normen, die in der Kolonialzeit etabliert wurden aus heutiger Sicht als Beleg für die ›Rückständigkeit des Orients‹ gelten (vgl. Castro Varela/Dhawan

2015: 116).⁴¹ Dietze spricht in diesem Zusammenhang von einer »okzidentalistischen Dividende« (2009a: 35), der Konstruktion einer Struktur, die es »westlichen Frauen« ermöglicht, sich im Gegensatz zur »Kopftuchfrau«⁴² (Dietze 2009a: 35) trotz mangelnder tatsächlicher geschlechtlicher Gerechtigkeit als gleichberechtigter und freier zu fühlen. Die Konstruktion eines überlegenen »Okzidents« ist damit untrennbar mit geschlechtlichen Kategorien verbunden, die eine hegemoniale Weiblichkeit gegen eine orientalisierte Geschlechterkonstruktion setzten: »Bilder und Selbstbilder »unserer« Emanzipation benötigen sozusagen die tägliche Rekonstruktion der Unterdrückung und Rückständigkeit islamischer Frauen.« (Dietze 2009b: 237). Dabei sind es vor allem weibliche Körper, die als Austragungsort solcher Deutungskämpfe dienen (vgl. Hark/Villa 2017: 72). Die Verbindung von hegemonialer Weiblichkeit mit der Sichtbarkeit des Körpers ist eine zentrale Norm innerhalb der Konstruktion einer »okzidental« Kultur: »Die liberale Freiheit des Westens wird als öffentliche Nacktheit der Frau sichtbar« (ebd.: 73, vgl. u.a. auch Dietze 2009b: 34). Auch wenn damit feministische Errungenschaften sichtbar werden, so geht mit Diskursen um die (Un-)Sichtbarkeit weiblicher Körper immer auch ihre Sexualisierung und gesellschaftliche Regulierung einher. Nanna Heidenreich (2009: 214) argumentiert, dass das Sichtbarkeitsgebot zudem als Teil der christlichen Prägung »okzidentaler« Kultur im Gegensatz zur Vermeidung von Abbildungen in islamischen Religionen verstanden werden kann und stellt heraus, dass dieses Ideal der Sichtbarkeit aber nicht explizit gemacht wird, sondern selbst unsichtbar bleibt (vgl. auch Braun/Mathes 2007).

Auf die diskursiven Strategien der Vergeschlechtlichung in orientalisierenden Diskursen wies Helma Lutz bereits 1989 hin. Gemeinsam mit Christine Huth-Hildebrandt stellt sie deren drei zentrale Elemente der Argumentation heraus: 1. die generalisierte Annahme einer grundsätzlichen Unterdrückung muslimischer Frauen durch muslimische Männer (vgl. auch Hasan 2005 zur doppelten Marginalisierung muslimischer Frauen), 2. die Deutung patriarchaler Geschlechterverhältnisse als Aspekt ethnischer Differenz und Zeichen von »Rückständigkeit« und 3. die Nicht-Sagbarkeit und Unsichtbarkeit patriarchaler Verhältnisse in okzidentalisierten Gesellschaften (vgl. Lutz/Huth-Hildebrandt 1998: 163). Geschlechtergerechtigkeit wird damit als zentrale Herausforderung »des Islams« gesehen, während Geschlechterdifferenzen »im Westen« ausgeblendet werden. Ina Kerner spricht in diesem Zusammenhang von einem »Othering des Sexismus« (2009: 43).⁴³ Dessen Aktualisierung, so betonen Sabine Hark und Paula Ire-

41 Beispielsweise führte der Kolonialverwalter des britischen Empires Evelyn Baring ein, dass für die zuvor kostenlosen Schulen zukünftig gezahlt werden musste, so dass weniger Kinder (und insbesondere Mädchen) zur Schule gehen konnten (vgl. Dietze 2016c). Zugleich gilt die hohe Analphabet*innenquote in Ägypten besonders unter Frauen heute als ein zentrales Indiz der »Rückständigkeit« des Landes (s. Kap. 7.1).

42 Vgl. zur Komplexität der Verhandlung des Kopftuches im deutschen Diskurs Hark/Villa 2017: 69ff.

43 Kurt Möller (1995) bezeichnet diese Verbindung von Sexismus mit »den Anderen« als »Ethnisierung von Sexismus«, eine Formulierung, die vor allem durch Margreth Jäger (1996) populär wurde. Meines Erachtens drückt der Begriff »Othering« von Sexismus jedoch zwei wesentliche Merkmale dieses Deutungszusammenhangs noch präziser aus: 1. die damit verbundene Zuordnung sexistischer gesellschaftlicher Strukturen ausschließlich zu den »Anderen« und 2. die zentrale Funktion, die diese Zuschreibung im Prozess des »Otherings« übernimmt.

ne Villa (2017), zeigt sich besonders deutlich auch in der zunehmenden Bedeutung der Konstruktion einer bedrohlichen ›orientalen Männlichkeit‹ innerhalb deutschsprachiger Mediendiskurse (vgl. ebd.: 41ff). Solche und andere diskursive Kontinuitäten, die sich in der Konstruktion von ›Okzident‹ und ›Orient‹ über geschlechtliche Kategorien aufzeigen lassen, werden anhand der Ergebnisse bestehender Studien insbesondere zu Diskursen in Deutschland in Kapitel 2.3.2 genauer diskutiert.

Auch die Konstruktion emanzipierter, muslimischer Frauen im medialen Diskurs muss problematisiert werden. Über die Konstruktion emanzipierter, muslimischer Frauen wird eine ›ethnisierende Geschlechterpolarität‹ hergestellt, die ›Traditionalität‹ auf der Seite von Männern und Frauen der Unterschicht verortet und Frauen der Mittel- und Oberschicht auf der Seite der ›Modernität‹ (vgl. Paulus 2008: 137). Frauen als ›Opfer‹ in ihren Verletzungen werden damit ebenso einseitig und gerahmt dargestellt wie auch ›empowered womanhood‹ (Mohanty 2003: 528), also widerständige Frauen, weswegen Mohanty mahnt zu fragen: ›whose agency is being colonized?‹ (ebd.). Auch mit Spivak kann betont werden, dass Ermächtigung ebenso normativ gerahmt sei wie Marginalisierung und vergeschlechtlichte Subalterne daher sowohl von widerständigen als auch von Gegendiskursen ausgeschlossen seien (vgl. Castro Varlea/Dhawan 2010: 323).⁴⁴ Ein zentrales Problem der engen Verflechtung von Okzident-/Orientkonstruktionen und geschlechtlichen Kategorien sowie der Etablierung von Hierarchien über diese, zeigt sich auch in der Unterstützung patriarchaler Argumentationslogiken durch einige ›westliche‹ Feminismen und dem Übersehen dieser Problematik (vgl. Dietze 2009a: 36). Machtverhältnisse mitzudenken mahnen feministisch-postkoloniale Ansätze daher nicht nur in ihrer Kritik der (Re-)Produktion postkolonialer Hierarchien, sondern auch mit Bezug auf ›westliche‹ Feminismen an. Nicht alle Frauen werden auf gleiche Weise marginalisiert, ihre spezifischen Erfahrungen hängen insbesondere mit ihrer Situiertheit in anderen ungleichheitsgenerierenden Kategorien zusammen, also mit ihrem ökonomischen Status, der ihnen zugeschriebenen Ethnizität oder ihrer Verortung in globalen Machtgefügen (vgl. u.a. Reilly 2009: 7, Dübgen 2014, im deutschsprachigen Raum dazu bereits früh Hügel 1993).

Zentral wurde die ›diskursive Kolonisierung‹ der Situiertheit und des Widerstandes von Frauen im ›globalen Süden‹ durch ›westliche‹ Feministinnen schon früh von Mohanty in ihrem viel beachteten und diskutierten Artikel »Under Western Eyes« (1988)

44 Für sie führt diese Annahme gar zu der Aussage: »Wenn Menschen für ihre Rechte eintreten, sind sie nicht subaltern.« (Spivak 2008: 26) Dies weist auch auf die Notwendigkeit hin, die eigene Position als Forschende in der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen zu befragen: »Wer ist eigentlich daran interessiert von diesen Diskursen repräsentiert zu werden?« (Castro Varlea/Dhawan 2010: 324) Möchten die Objekte postkolonialer Arbeiten überhaupt von diesen verhandelt werden? Zwar spricht Spivak sich nicht per se gegen die Behandlung postkolonialer Thematiken durch Nicht-Subalterne aus, mahnt aber an, dass die Position postkolonialer Feministinnen aus ›dem globalen Norden‹, die für diejenigen sprechen, die aus dem ›Feld des Sagbaren‹ ausgeschlossen werden, beständig hinterfragt werden müsse (vgl. Dhawan 2011). Zugleich besteht aber immer auch die Gefahr, Frauen als ›authentische und heroische Subalterne‹ zu konstruieren, und damit eine Nähe zu ›kolonialen, romantisierenden Bildern‹ (Castro Varela/Dhawan 2015: 88) herzustellen. Durch die Fokussierung vor allem auf die Herstellung des ›Eigenen‹ wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, solche Fallstricke zu umgehen.

kritisiert. In einer neueren Auseinandersetzung mit diesem Text hebt sie hervor, dass daraus eine Notwendigkeit für postkoloniale feministische Politiken folgt, die Beachtung der Situierung von Frauen auf der Mikroebene mit dem Blick auf machtvolle Zusammenhänge auf der Makroebene zu verbinden. Auf dieser Basis können notwendige Solidarisierungen entstehen, die Veränderungen und insbesondere kapitalistische Tendenzen weltweit durch eine antikapitalistische transnationale feministische Solidarität in Frage stellen (vgl. Mohanty 2003: 509). Gerade der Blick von marginalisierten ethnisierten Frauen und ihrem Alltagsleben/ihren Kämpfen aus ermöglicht eine Analyse globaler Machtstrukturen von unten her (vgl. ebd.: 511).⁴⁵ Der journalistische Diskurs um protestierende Frauen in Ägypten böte aufgrund des spezifischen Ereignisses, welches er betrachtet, also durchaus Möglichkeiten, zur Entstehung solcher Solidarisierungen beizutragen.

Die Möglichkeiten einer diskursiven Aushandlung von Nähe und Distanz zwischen den Erfahrungen von Frauen spricht Mohanty (vgl. ebd.: 517ff) in ihrer Analyse pädagogischer Ansätze an, die sich auch auf öffentliche Diskurse übertragen lässt. Sie kritisiert zum einen das ›Feminist-as-tourist-model‹ als universalistisch und zu wenig distanziert, da es die Wahrnehmung während kurzer Ausflüge vom ›Eigenen‹ ins ›Andere‹ einfach zu der eigenen Perspektive hinzufügt oder für eigene Argumentationen nutzt und das Wahrgenommene nicht kontextualisiert. Zum anderen warnt sie vor dem kulturellrelativistischen ›Feminist-as-explorer-model‹, welches zwar die Erfahrungen anderer Frauen kontextualisiert, aber die eigenen Verstrickungen mit ihrer Position nicht thematisiert. Hier wird eine zu große Distanz aufgebaut, die zwar die ›Andersheit der Anderen‹, nicht jedoch die ›eigene‹ betrachtet. Als möglicher Ausweg aus diesen beiden Modellen beschreibt sie das ›feminist solidarity or comparative studies model‹, welches eine Verbindung zwischen lokalen Kontexten und globalen Verstrickungen schafft. Dabei geht es sowohl um die Intersektionalität verschiedener Ungleichheitskategorien in einer Gemeinschaft, als auch um die »interconnectedness« (ebd.: 522) zwischen diesen Gemeinschaften. Auch Spivak weist auf die Notwendigkeit eines gleichberechtigten Gegenüberstehens und einer tatsächlichen Aufmerksamkeit für ›Andere‹ im Bewusstsein der beidseitigen Verstrickung in globale Systeme hin, um diese globalen Systeme tatsächlich zu ändern (vgl. Spivak 2010: 65). Diese Bedeutung einer Anerkennung

45 Auch Reilly betont, dass die Beschäftigung mit der Aushandlung universeller Normen als anti-universalistische aber auch anti-kulturellrelativistische Kritik Basis einer transkulturellen feministischen politischen Theorie sein muss: »At a minimum this means the following: (1) recognizing that patriarchal power relations persist globally, albeit expressed and experienced differently by differently situated women; and (2) retaining a critical commitment to upholding ›universal‹ norms in contesting genderbased and other forms of oppression.« (Reilly 2009: 7) Für Reilly sind neben dem kritischen Bezug auf internationales Recht also ein globales feministisches Bewusstsein, dass widerständig gegen patriarchale, neoliberale und rassistische Strukturen ist, sowie die Berücksichtigung von intersektionalen Formen der Unterdrückung zentrale Bedingungen eines feministischen emanzipatorischen Projekts. Sie betont zudem, dass sich Möglichkeiten dafür insbesondere in der transkulturellen Zusammenarbeit zu konkreten Ereignissen und in der Nutzung globaler Foren ergeben (vgl. Reilly 2009: 10ff). Doch auch wenn der Blick auf die zentralen Verletzungen von Frauen und insbesondere der Fokus auf ihre Formen des Widerstandes Möglichkeiten für gemeinsame Formen der Kritik bietet, so muss auch dieser sensibel für Ausschlüsse bleiben.

von Interdependenzen hebt auch Bini Adamczak (2017) in ihren feministisch geprägten Überlegungen für zukünftige Revolutionen hervor, indem sie soziale Beziehungen und Solidaritäten als Prozesse versteht, die verschoben werden können: »Die solidari-schen Beziehungsweisen, die dabei entstehen sollen, sind solche, in denen Abhängig-keit nicht gelehrt und verdinglicht, sondern als auch konfliktuöse anerkannt wird« (ebd.: 285). Als notwendige Basis translokaler (feministischer) Solidaritäten⁴⁶ kann da-mit die Sichtbarkeit und Anerkennung solcher Abhängigkeiten verstanden werden. Zu prüfen ist im Laufe der späteren Analyse somit auch, inwiefern Interdependenzen im journalistischen Diskurs um die Proteste in Ägypten sichtbar werden.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Ergänzung der Perspektive der vorliegenden Arbeit um postkoloniale Ansätze insbesondere dazu dient, auf die Bedeutung historischer und gegenwärtiger globaler (neo-)kolonialer Machtstrukturen hinzuweisen. Bedeutsam erscheinen hier zum einen der reglementierte Zugang zu me-dialen Diskursen auch auf globaler Ebene und damit die Frage, wem überhaupt unter welchen Bedingungen zugehört wird. Eng verbunden mit dieser Frage ist die Einsicht, dass eine Konstruktion globaler ›Anderer‹ insbesondere der Festigung des ›Eigenen‹ und der hierarchischen Positionierung zwischen beiden dient und die in diesem Kon-text vorgenommene Betonung der Bedeutung von diskursiven Vergeschlechtlichungen und feministischen Positionen innerhalb solcher hierarchischen Konstruktionen. Zum anderen rücken mit dieser Perspektive auch globale ökonomische und politische Struk-turen und Verflechtungen in den Blickpunkt, bei denen es wiederum vor allem Frauen sind, die unter der Globalisierung kapitalistischer Systeme und politischer Einfluss-nahme leiden. Beide Aspekte, sowohl diskursive als auch ökonomische Interdependen-zen sind für gegenwärtige Beziehungen zwischen ›Orient‹ und ›Okzident‹ und – noch konkreter auf den Untersuchungsgegenstand bezogen – für Ägypten und Deutschland von Bedeutung, wie bereits eingangs in dieser Arbeit erläutert wurde. Mit der Frage nach der mediatisierten Anerkennung protestierender Frauen wird damit auch die Fra-ge nach der Sichtbarkeit globaler Interdependenzen für die vorliegende Untersuchung zentral.

Insgesamt konnte anhand der drei dargestellten Bezüge auf (de-)konstruktivistische, feministische und postkoloniale Ansätze in vielfältiger Weise aufgezeigt werden, inwiefern Sichtbarkeit und Anerkennung in journalistischen Diskursen nicht nur mit einem emanzipativen Potential in Verbindung gebracht werden können, sondern im-mer zugleich auch als Orte der Reproduktion machtvoller Ungleichheitsstrukturen Be-achtung finden müssen. Die Perspektive der vorliegenden Arbeit ist somit 1. geprägt von einem Verständnis von gesellschaftlicher Wirklichkeit als niemals fixiertes Ergebnis diskursiver Kämpfe um hegemoniale Deutungen in Öffentlichkeiten, bei denen Medien und insbesondere journalistischen Diskursen eine zentrale Bedeutung zukommt. Sie ist 2. beeinflusst von Ansätzen, die die Bedeutung geschlechtlicher Kategorisierungen für

46 (Un-)Möglichkeiten globaler Solidaritäten, die hier nicht als Produkt vermeintlich homogener Identitäten, sondern als Projekt sozialer Kämpfe gegen Herrschaftsverhältnisse verstanden werden, wurden und werden in feministischen und postkolonialen Ansätzen breit diskutiert. Ein Über-blick über gegenwärtige Debatten findet sich beispielsweise in Heft 1/2015 der *feministischen stu-dien* mit dem Titel *Solidaritäten*.

soziale Ordnungen betonen und deren Verwobenheit mit anderen Differenzkategorien herausstellen. Diese bringen auch eine Wissenschafts- und Gesellschaftskritik in die Arbeit ein, der es vor allem darum geht, vermeintliche Gewissheiten in Frage zu stellen. 3. wird die Perspektive dieser Arbeit geschärft durch postkoloniale Ansätze, mit denen sowohl auf diskursive als auch sozioökonomische globale Interdependenzen verwiesen wird, für die Vergeschlechtlichungen von zentraler Bedeutung sind. Damit habe ich in diesem Kapitel 2.2 eine herrschafts- und repräsentationskritische Perspektive entworfen, aus der die theoretischen Debatten um Kosmopolitismus und Anerkennung in Kapitel 3 nähere Betrachtung finden. Zudem ist diese Perspektive insofern prägend für die spätere Analyse des Pressediskurses in Deutschland um die Proteste in Ägypten, als dass sie eine Fokussierung auf Konstruktionen von Wissen und Wirklichkeit, die Bedeutung von Vergeschlechtlichungen und die (Re-)Konstruktion globaler hierarchischer Strukturen im Diskurs mit sich bringt. Fokussiert werden dabei, das habe ich bereits verdeutlicht, textförmige und visuelle Repräsentationen protestierender Frauen. Um die diskursiven Formationen und mit ihnen zusammenhängende tradierte Repräsentationspraktiken, in denen sich der untersuchte Diskurs verorten lässt, aufzuzeigen, werden im Folgenden Studien diskutiert, die aus einer ähnlichen Perspektive wie der soeben in diesem Kapitel erläuterten auf Repräsentationen von Frauen und Frauenbewegungen in deutschsprachigen oder ›westlichen‹ Diskursen blicken.

2.3 Ambivalente Sichtbarkeiten: Einsichten aus den Gender Media Studies

Dieses Kapitel dient dazu, anhand bestehender Studien grundlegende Praktiken der Repräsentation von Geschlecht und insbesondere Weiblichkeit⁴⁷ und der Vergeschlechtlichung gesellschaftlicher Diskurse zu rekonstruieren sowie Proteste von Frauen und Feminismus selbst als diskursives Phänomen zu untersuchen, auch um in der späteren Analyse auf Kontinuitäten und Verschiebungen in der Frage, wer und was in welcher Art und Weise repräsentiert wird, eingehen zu können. Im vorherigen Kapitel 2.2 habe ich die Notwendigkeit diskutiert, Analysen von Sichtbarkeit und Anerkennung in Medienkulturen stärker mit der Perspektive einer gesellschaftstheoretisch fundierten Repräsentationskritik zu verbinden. Eine solche Verbindung stärke ich in der vorliegenden Arbeit nicht nur aus theoretischer Perspektive, sondern auch, indem ich für die empirische Analyse bereits vorhandene Erkenntnisse zu bestehenden Praktiken der Repräsentation von Weiblichkeit und Protest heranziehe.

Mediale Geschlechterbilder und spezifisch mediale Repräsentationen von Weiblichkeit werden vor allem innerhalb der Gender Media Studies untersucht, denen auch ein Großteil der hier zitierten Studien zugeordnet werden kann. Der Begriff vereint die geschlechtertheoretisch ausgerichtete Forschung der Medien- und Kommunikationswissenschaften (vgl. Lünenborg/Maier 2013). Innerhalb der Forschung, die Medien-

47 Geschlechterkonstruktionen in Medien werden nach wie vor meist als Frage nach der Darstellung bzw. Konstruktion von Weiblichkeit untersucht, eine Engführung, die auch die vorliegende Arbeit vornimmt. Mehr und mehr Arbeiten, so auch einige der hier ausgewählten, thematisieren jedoch auch die Konstruktion ›hegemonialer Männlichkeit‹ (vgl. Connell 1999).

texte aus diskurstheoretischer Perspektive untersucht, lassen sich dabei verschiedene Schwerpunktthemen ausmachen (vgl. ebd.: 107ff), von denen drei sich mit für den hier untersuchten Diskurs zentralen repräsentativen Ordnungen beschäftigen und nach denen die nun folgenden Kapitel strukturiert sind: 1. Mediale Repräsentation von Weiblichkeit und ihre Verschiebungen (Kap. 2.3.1) 2. Vergeschlechtlichung gesellschaftlicher Diskurse, insbesondere um Migration, Krieg und Krisen und damit verbundene Konstruktionen der ›anderen Frau‹ (Kap. 2.3.2) und 3. Feminismus und Frauenbewegungen als mediales Diskursphänomen (Kap. 2.3.3). Alle Schwerpunkte sollen im Folgenden auch hinsichtlich möglicher Diskursverschränkungen betrachtet und in ihrer Verwobenheit untersucht werden. Mich interessieren im Folgenden aufgrund meines empirischen Fokus insbesondere Arbeiten, die sich mit Repräsentationen von Weiblichkeit, Vergeschlechtlichungen und Frauenbewegungen im deutschsprachigen Pressediskurs, in dem sich auch mein Untersuchungsgegenstand verortet, beschäftigen.⁴⁸ Darüber hinaus beziehe ich mich auf Arbeiten, die allgemeiner ›westliche‹ Diskurse untersuchen, sofern sie für meine Fragestellung und die spätere Analyse von Relevanz sind.

2.3.1 Konstruktionen von Weiblichkeit in medialen Diskursen

Auf die inhaltliche Ebene bezogene Studien zum ›Bild der Frau in den Massenmedien‹ finden sich in Deutschland seit Ende der 1970er Jahre (vgl. u.a. Küchenhoff et al. 1975, eine Übersicht zum Stand der Forschung findet sich u.a. bei Klaus 2005 und bei Maier/Thiele 2017 spezifisch zu visuellen Repräsentationen). Übergreifend kann konstatiert werden, dass Frauen in den letzten Jahrzehnten medial zwar mehr Sichtbarkeit erlangt haben, ihre Darstellungen aber nicht wesentlich weniger stereotyp geworden sind (vgl. Maier/Thiele 2017: 10) und Frauen nach wie vor regelmäßig als ›das Andere‹ zur als männlich konstruierten Normalität repräsentiert werden (vgl. Knaut 2016: 53). Für die Rekonstruktion bestehender Repräsentationsregime sind neben solchen hegemonialen Deutungen aber auch solche Darstellungen von Interesse, in denen Abweichungen vom hegemonialen Diskurs auftauchen (können) und sich dadurch andere Formen von Sichtbarkeit eröffnen. Studien, die die Art und Weise der Repräsentation von Geschlecht und insbesondere Weiblichkeit detailliert in den Blick nehmen und für meine Fragestellung relevante Ergebnisse liefern, beschäftigen sich im deutschsprachigen Raum häufig mit der Darstellung von ›Spitzenpersonal‹. Zudem lassen sich aus Untersuchungen, die Vergeschlechtlichungen neoliberaler Diskurse in den Blick nehmen, Erkenntnisse für die spätere Analyse gewinnen. Auf relevante Arbeiten aus beiden Forschungszweigen gehe ich im Folgenden ein.

Sichtbarkeit und Anerkennung von ›Spitzenfrauen‹ in deutschsprachigen Diskursen

Die Ergebnisse zu Untersuchungen der Berichterstattung über ›Spitzenpersonal‹ in Politik, aber teilweise auch Wirtschaft oder Wissenschaft, zeigen drei zentrale Repräsen-

48 Klaus (2005) bemerkt, dass es bisher erst wenige empirische Arbeiten zur Darstellung von Frauen in Printmedien gäbe (vgl. ebd.: 243), gegenwärtig hat sich diese Situation insbesondere im Forschungsfeld der Repräsentation von ›Spitzenfrauen‹ und ›anderer Frauen‹ verändert.

tationspraktiken auf, die trotz eines Wandels auch weiterhin Bestand haben. Thematisiert werden dabei in der bestehenden Forschung vor allem eine Marginalisierung, Trivialisierung und Vergeschlechtlichung weiblich kodierter Personen. Christina Holtz-Bacha (2007: 10) betont mit den Begriffen der »Marginalisierung« und »Trivialisierung«, dass Frauen in der Berichterstattung zum einen unterrepräsentiert sind und zum anderen ihre Bedeutung im politischen Diskurs heruntergespielt wird. Die Marginalisierung von Frauen in Printmedien und deren weitgehende Nichtbeachtung in der Berichterstattung über Politik- und Wirtschaftsthemen stellte Christiane Schmerl bereits 1989 in einer Studie fest, in der sie quantitativ das Vorkommen von Frauen als Handlungsträgerinnen in Zeitungsartikeln untersuchte. Diese Ergebnisse werden auch durch neuere Publikationen bestätigt (vgl. dazu Klaus 2005: 245). So stellt etwa auch Andrea Nachtigall (2012) in ihrer Studie *Gendering 9/11*, in der sie diskursanalytisch Genderkonstruktionen in der Berichterstattung über die Anschläge auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 in *Spiegel* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* untersucht, eine Marginalisierung weiblicher Handlungsträgerinnen fest. Sie konstatiert die fehlende Sichtbarkeit politischer Akteurinnen, die den Diskurs ähnlich konstant prägen wie ihre männlichen Kollegen. Zentrales Interesse ihrer Arbeit ist jedoch nicht nur die Repräsentation und damit Sichtbarkeit von Frauen an sich, sondern besonders die Art ihrer Sichtbarkeit. Hier stellt sie eine Trivialisierung von Politikerinnen, in der 9/11-Berichterstattung insbesondere Claudia Roths, fest, die sich vor allem in deren stereotyper Darstellung als emotional, fürsorglich und unsachlich zeigt (vgl. ebd.: 191). Insgesamt resümiert sie: »Werte wie Sachlichkeit, Distanz zu den Dingen und Menschen (Weber), Effektivität und Leistungsfähigkeit werden als ›männlicher‹ Gegenpart zu ›weiblicher‹ Emotionalität, Irrationalität, Unsachlichkeit und fehlender Distanz konstruiert« (ebd.: 200). Verbunden ist damit auch die Reproduktion einer Verknüpfung von Männlichkeit mit Krieg und Weiblichkeit mit Pazifismus. Die Zuschreibung solcher ›Werte‹ wird dabei jedoch nicht immer an biologische geschlechtliche Zuschreibungen geknüpft. So betont Pantti (2007: 31f), dass auch weiblich kodierten Personen teilweise männliche ›Werte‹ zugeordnet werden. Gleichzeitig verweist Lünenborg (2009) darauf, dass Frauen, die männliche Tugenden verkörpern, oft mangelnde Weiblichkeit vorgeworfen wird. Verkörpern sie Weiblichkeit, so rutschen sie wiederum aus dem männlich definierten Politikfeld hinaus in eine Deutung der Politikunfähigkeit. Ein damit eng verbundener Aspekt der Trivialisierung weiblicher Spitzenkräfte ist auch die Fokussierung der Berichterstattung auf private Lebensbereiche und nicht die durch die Person verkörperte professionelle Rolle wie bei männlich kodiertem Spitzenpersonal (vgl. van Zoonen 2005). Lünenborg diskutiert in ihrem Buch *Politik auf dem Boulevard* (2009), dass eine solche Aufhebung der Trennung zwischen privaten und öffentlichen Lebensbereichen, die von der feministischen Kritik am Habermaschen Öffentlichkeitsmodell immer wieder gefordert wurde (s. Kap. 2.2.2), in diesem Fall zwar ebenfalls die Möglichkeit von Partizipation und der Verankerung anderer Deutungen mit sich bringt, gleichzeitig aber eine Gefahr der Reproduktion geschlechtsspezifischer Differenzen und der Trivialisierung ausschließlich von Akteurinnen darstellt (vgl. Lünenborg 2009: 12ff). Die geschlechtsspezifische Beachtung privater Lebensbereiche von Akteurinnen in der Berichterstattung muss also kritisch analysiert werden und ist gerade von einem feministischen Standpunkt nicht nur positiv zu deuten.

In Ergänzung zu den oben beschriebenen Praktiken der Repräsentation von Frauen in politischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Führungspositionen und der aufgezeigten mangelnden Sichtbarkeit dieser Gruppe in Printmedien bzw. ihrer fehlenden Anerkennung durch deren Trivialisierung zeigen einige Studien auf, dass diese Subjektpositionen durchaus regelmäßig medial anerkannt werden. Zu diesem Ergebnis kommt sowohl die umfassende Studie von Margreth Lünenborg und Jutta Röser (2012), die die Konstruktion von Geschlechterbildern in 23 journalistischen Medien (Text und Bild) untersucht als auch die Arbeit von Dorothee Beck (2016), in der sie die mediale Repräsentation von SPD-Kandidatinnen bei Landtagswahlen in Printmedien analysiert. Konstatiert wird in beiden Publikationen jedoch die anhaltende Inszenierung von Weiblichkeit als das ›Andere‹ im Gegensatz zu einer männlichen Normalität (vgl. Maier/Lünenborg 2012: 114ff, Beck 2016: 226ff). Politisch und gesellschaftlich relevante weibliche Akteurinnen werden demnach auch weiterhin als Ausnahme inszeniert und zudem im Gegensatz zu männlichen Akteuren primär über ihr Geschlecht definiert (vgl. Maier/Lünenborg 2012: 115), auch wenn Ramona Weise (2018) insbesondere in der Darstellung junger, erfolgreicher Politikerinnen eine Diversifizierung feststellt und geschlechtsspezifische Bilder dort an Bedeutung verlieren. Entscheidend für den nach wie vor präsenten Bezug auf ihr Geschlecht bei Politikerinnen ist die Herstellung von weiblicher Körperlichkeit, indem auf das Aussehen und modische Aspekte in der Darstellung der Personen eingegangen wird (vgl. dazu auch Pantti 2007). Elke Grittmann hebt hervor, dass der Bildberichterstattung bei solchen geschlechtsspezifischen Körperkonstruktionen eine besondere Rolle zukommt (vgl. Grittmann 2012: 166). Während aktuelle Arbeiten also eine Ambivalenz und Ansätze der Verschiebung marginalisierender und trivialisierender Repräsentationspraktiken in Bezug auf weibliche Spitzenkräfte aufzeigen, so betonen sie die Konstanz einer spezifisch für weibliche Personen geltenden Betonung der geschlechtlichen Zugehörigkeit und deren Verbindung mit Körperlichkeit.

Verschänkungen mit neoliberalen Diskursen und Aufmerksamkeitsräume für weiblich gelesene Körper bei McRobbie

Eine veränderte Bedeutung geschlechtlicher Zuschreibungen zeigt sich in Bezug auf Deutungen, die in Diskursen um Spitzenpersonal an die neoliberale Forderung nach Eigenverantwortlichkeit anknüpfen. Diese wird als für Frauen und Männer gleichermaßen gültig konstruiert, gleichzeitig zeigt sich aber eine geschlechtsspezifische Besonderheit, die bei Frauen den erfolgreichen Versuch, Familie und Erfolg im Beruf zu verbinden, herausstellt (vgl. Maier/Lünenborg 2012: 117). Auch Fabian Kreutzer (2013) identifiziert in seiner Studie zum ›Vereinbarkeitsdiskurs‹ das im dominanten neoliberalen Diskurs vorhandene Idealbild der »Power- und Karrierefrau« (ebd.: 216), die reproduktive und produktive Leistung durch optimales (Selbst-)Management miteinander vereint. Für die Untersuchung des Erscheinens weiblich kodierter Körper in öffentlichen Diskursen hat sich das Konzept der Aufmerksamkeitsräume von Angela McRobbie (2010: 87ff) als hilfreich erwiesen. Sie untersucht, unter welchen Bedingungen Frauen insbesondere in ›westlichen‹ Ländern in Erscheinung treten dürfen (vgl. zum analytischen Bezug auf das Konzept und dessen ausführliche Erläuterung bspw. Miriam

Stehling 2015: 104ff). Das auf Frauen gerichtete Scheinwerferlicht »lässt die regulativen Dynamiken in einem weicheren Licht erscheinen, setzt sie in Szene und verschleiert sie gleichzeitig« (McRobbie 2010: 88). Der Rahmen, der der Sichtbarkeit insbesondere junger Frauen in Öffentlichkeiten gesetzt wird, wird zugleich als nicht vorhanden inszeniert. Gerade dadurch erscheint eine analytische Beschäftigung mit solchen Bedingungen der Sichtbarkeit von Frauen – wie auch in der vorliegenden Arbeit – notwendig. Als übergeordnete Voraussetzung für das Erscheinen von Frauen beschreibt McRobbie deren Abkehr von einem Feminismus, der sich gegen das Patriarchat richtet (s. Kap. 2.3.3). Als Gegenleistung werden Frauen vier Bereiche des Erscheinens zugestanden, die hier erläutert werden sollen, da sie auch für die spätere Analyse der Bedingungen subjektivierender Anerkennung im untersuchten Diskurs von Bedeutung sein werden: 1. ›Postfeministische Maskerade‹, 2. die ›berufstätige Frau‹, 3. die ›phallische Frau‹ und 4. die ›globale Frau‹.

In der ›postfeministischen Maskerade‹ werden Frauen als produktiv, aktiv und individuell handlungsfähig sichtbar. Symbolische Orte dieser Inszenierung sind insbesondere weibliche Schönheit und Körperlichkeit sowie die Konsumsphäre. Nicht über patriarchale Autorität wird in diesem Bereich Macht über weibliche Körper ausgeübt, sondern sie »existiert nun umgeformt innerhalb eines Regimes der Selbstkontrolle« (McRobbie 2010: 98). In der ›postfeministischen Maskerade‹ ist die Inszenierung von Weiblichkeit damit weiterhin gefordert, wird aber als Auslebung einer individuellen Wahlfreiheit gedeutet (vgl. ebd.: 101). Damit verbunden ist, so McRobbie, auch ein *Undoing* von antirassistischen Kämpfen: Wie der Feminismus, so werden auch diese als zukünftig irrelevant gedeutet, da der sichtbare Erfolg ›schwarzer‹ Frauen strukturelle Auseinandersetzungen scheinbar unnötig macht: »Auch das Andere [Otherness] wird anerkannt: Kulturelle Differenz bekommt auf genau vorgezeichneten Wegen und in einem genau abgesteckten Rahmen ihren Platz zugewiesen.« (ebd.: 107) Dieser ›Platz‹ findet sich besonders in der unten beschriebenen Figur der ›globalen Frau‹; zugleich verschleiert diese Argumentation, dass die Aufmerksamkeitsräume meist ›weißen‹ Frauen vorbehalten bleiben. Auch die ›berufstätige Frau‹ oder die gebildete junge Frau tritt nach McRobbie als eigenverantwortlich auf. Ihre Aufgabe ist es, sich einen unabhängigen Mittelklassestatus zu erarbeiten und sich damit von ›sozial Unterlegenen‹ abzugrenzen. Solche klassistischen Ausgrenzungen werden zentral auch über mediale Repräsentationen reproduziert (vgl. zum Überblick bspw. Thomas et al. 2018: 14) und ersetzen feministische Solidarisierungen: »Der Imperativ der Selbstoptimierung setzt sich an die Stelle feministischer Werte wie Solidarität und Unterstützung und fördert stattdessen weibliche Individualisierung und die Verurteilung derjenigen, die nicht in der Lage oder nicht willens sind, sich selbst zu helfen.« (McRobbie 2010: 109) McRobbie beschreibt dabei die enge Verschränkung der berufstätigen Frau mit dem Phänomen der ›postfeministischen Maskerade‹: Erst deren Bildung und Berufstätigkeit ermöglicht es Frauen, an der weiblichen Konsumsphäre teilzunehmen:

»Ihre berufliche Identität und die Erlangung von Qualifikationen führen dazu, dass junge Frauen nicht mehr primär anhand ihrer Positionen in familiären und verwandtschaftlichen Strukturen klassifiziert werden. Ihre gut sichtbaren Körper sind nun durch

den Besitz von Abschlüssen, Qualifikationen und beruflichen Identitäten gekennzeichnet.« (Ebd.: 110)

Die Klassifikation von Frauen erfolgt innerhalb neoliberaler Strukturen also nunmehr anhand der persönlichen Leistung und nicht mehr anhand ihrer Rolle innerhalb einer Familie. Gleichzeitig wird auch weiterhin eine Anpassung an patriarchale Strukturen gefordert, die sich insbesondere in der alleinigen Übernahme der Doppelbelastung produktiver und reproduktiver Arbeit durch Frauen zeigt. Auch wird von Frauen die selbstverantwortliche Aneignung der notwendigen Fähigkeiten für die erfolgreiche Ausübung dieser Rolle gefordert. (Vgl. ebd.: 117ff) In der Figur der ›phallischen Frau‹ zeigt sich die Belohnung der weiblichen Aneignung eines männlichen sexuellen Habitus innerhalb eines bestimmten Rahmens, der ›weißen‹ Frauen vorbehalten ist und in dem Frauen vor allem auch weiterhin für Männer begehrenswert bleiben müssen (vgl. ebd.: 122ff). Mit dem Bild der ›globalen Frau‹ beschreibt McRobbie insbesondere die Bedingungen, unter denen auch *Women of Color* innerhalb der hier beschriebenen Räume sichtbar werden. Gerade die ›postfeministische Maskerade‹ und die Inszenierung der erfolgreichen, gebildeten und berufstätigen Frau wird Frauen weltweit eröffnet, was sich auch in der vorliegenden Untersuchung zeigt (s. Kap. 5.2). Anders als von ›weißen‹ Frauen wird McRobbie (2010) zufolge aber von *Women of Color* gefordert, dass diese sich als ›natürlich‹ weiblich und damit angenehm und zurückhaltend und nicht phallisch inszenieren: »Die Modernität der heutigen globalen Frau zeigt sich in ihren neuen Freiheiten, in ihrer Erwerbsfähigkeit, in ihrer Freude und Teilhabe an der Schönheits- und Populärkultur sowie in ihrem angenehmen und zurückhaltenden Auftreten.« (ebd.: 128)

Zusammenfassend kann neben einer Ambivalenz der Marginalisierung und Trivialisierung insbesondere weiblichen Spitzenpersonals und deren Sichtbarkeit und Anerkennung in gegenwärtigen öffentlichen Diskursen vor allem die Bedeutung der (körperbezogenen) Vergeschlechtlichung von Frauen und die Verknüpfung von deren Sichtbarkeit und Anerkennung mit bestimmten, vom neoliberalen Diskurs geprägten Bedingungen festgestellt werden. Relevant erscheint mir hier im Hinblick auf die spätere Analyse vor allem die geforderte, als Ausübung individueller Wahlfreiheit gedeutete, Inszenierung einer spezifischen Form von Weiblichkeit, die Bedeutung von Bildung und Berufstätigkeit als Zeichen einer aktiven Teilnahme an der Konsumsphäre und die spezifische Positionierung der ›globalen Frau‹ in ihrer ›natürlichen‹ Weiblichkeit. Deutlich wird in diesem Zusammenhang auch, dass diese Repräsentationspraktiken nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern auch anhand anderer kategorischer Zuschreibungen, insbesondere Klasse und *race*, strukturiert sind.

2.3.2 Vergeschlechtlichung gesellschaftlicher Diskurse und Konstruktionen ›anderer‹ Frauen

Wichtige Legitimationsressource für die Erzählung weiblicher Emanzipation und ›Fortschrittlichkeit‹ ist die Abgrenzung zu einer als unterdrückt konstituierten orientalisierten Weiblichkeit und einem als ›rückständig‹ konstruierten Islam. Die beidseitige Abhängigkeit solcher Okzident- und Orientkonstruktionen und die große Rolle, die die soziale Kategorie Geschlecht innerhalb dieses Gefüges spielt, habe ich weiter oben bereits

theoretisch diskutiert (s. Kap. 2.2.3). An dieser Stelle gehe ich konkreter auf damit verbundene diskursive Praktiken der Repräsentation innerhalb deutschsprachiger Pressediskurse ein und leuchte somit anhand bestehender Studien die diskursive Arena, in dem auch der in dieser Arbeit untersuchte Diskurs verortet werden kann, weiter aus. Besonders relevant erscheinen mir in diesem Kontext Vergeschlechtlichungen zentraler gesellschaftlicher Diskurse um ›den Islam‹. Im Folgenden gehe ich daher zunächst übergeordnet auf Islamdiskurse ein und diskutiere anschließend spezifisch Ergebnisse zur Repräsentation zum einen von als muslimisch kategorisierten Migrant*innen und zum anderen von Frauen in Ländern der MENA-Region, über die im Kontext von Krisen und Kriegen berichtet wird.⁴⁹

Für die vorliegende Arbeit ist dabei weniger von Relevanz, ›den Islamdiskurs‹ als Ganzes zu beurteilen. Wie Sabine Schiffer (2007) richtig anmerkt: »Ein einhelliges Islambild in den deutschen Medien gibt es nicht. Darum kann es weder islamophob noch islamophil sein.« (Ebd.: 1) Im Pressediskurs finden sich sowohl differenzierende, anerkennende wie auch Heterogenität missachtende Beiträge. Interessant für die nachfolgende Analyse sind die hegemonialen Strukturen des Diskurses, in denen sich solche Beiträge verorten: Welche Deutungen und narrativen Muster sind für die Berichterstattung über muslimische Kontexte im deutschsprachigen Pressediskurs prägend? Welche Rolle spielen dabei Geschlechterkonstruktionen? Relevante Ergebnisse bestehender Studien zu diesen beiden Fragestellungen stelle ich im Folgenden vor.

›Der Islam‹ in der deutschsprachigen Presseberichterstattung

Zur Repräsentation von Islambildern in deutschsprachigen journalistischen Diskursen, insbesondere in der Presse, aber auch in verschiedenen Fernsehformaten, existieren bereits zahlreiche sowohl quantitative als auch qualitative Studien (zum Überblick vgl. u.a. Brinkmann 2015: 55ff). Die umfassenden Studien von Kai Hafez (2002) zum Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse und von Kai Hafez und Carola Richter (2007) zum Islambild bei ARD und ZDF zeigen eine negative Stereotypisierung ›des Islams‹. Aus den Ergebnissen dieser Studien kann besonders die verbreitete Homogenisierung der MENA-Region, die Konstruktion einer Einheit zwischen Islam und Extremismus, sowie dessen Irrationalität und ›Rückständigkeit‹ hervorgehoben werden (vgl. v.a. Hafez 2002: 226ff). Damit wird ein »Feindbild Islam« (Hafez 2002: 95f) konstruiert, welches Şeref Ates (2006) zufolge insbesondere nach 9/11 beständig aktualisiert wird (vgl. auch Brinkmann 2015: 68ff). Die Repräsentation ›des Islams‹ als ›rückständig‹ und gewaltbereit findet sich meist nicht explizit in einzelnen Diskursbeiträgen, sondern wird vor allem über die Strukturen des Diskurses (z.B. Vergleiche mit dem ›modernen Okzident‹) und insbesondere auch über Visualisierungen im Diskurs vermittelt, wie Hafez (2013: 7f) anmerkt. Gerade für die Analyse eines Diskurses, der an repräsentative Praktiken in der Berichterstattung über ›den Islam‹ anknüpft, erscheint ein Einbezug von Visualisierungen wie in der vorliegenden Analyse somit geboten. Die Beschränkung auf negative Aspekte findet sich dabei insbesondere in der Berichterstattung über die MENA-Region (vgl. Hafez 2002: 294), also in der meist auf

49 Dies sind auch Schwerpunkte bestehender Untersuchungen zur Konstruktion ›anderer‹ Frauen (vgl. Lünenborg/Maier 2013: 112).

Krisen und Kriege fokussierten Auslandsberichterstattung. Dort zeigt sich zudem ein weiteres, bedeutsames Merkmal des Pressediskurses: Die Thematisierung des Islams als »Politikum« (Hafez 2013: 8), nicht als Religion. Problematisiert wird vor allem die angenommene Einheit von Politik und Religion im Islam, sodass Formen des politischen Islams ins Zentrum der Berichterstattung rücken. Auch Tim Karis (2012), der das Islambild in der Tagesschau zwischen 1979 und 2010 untersucht hat, schlussfolgert, dass vor allem die öffentliche Sichtbarkeit der muslimischen Religion in einem gesellschaftlichen Diskurs, der Religion im Privaten verortet, als Problem konstituiert wird und »der Islam« ständig »unter einem »Politikverdacht«« (ebd.: 312) steht. Karis weist in diesem Zusammenhang auch auf die Paradoxie des Topos der Sichtbarkeit im Islamdiskurs hin: Zum einen wird dessen Öffentlichkeit sowohl in Form der Verbindung mit dem Politischen als auch in Form des öffentlichen Zeigens religiöser Symbole (Kopftuch, Bart, Minarette) beanstandet, zum anderen wird insbesondere in Debatten um das Kopftuch die Unsichtbarkeit muslimischer Frauen kritisiert, also eine Einhaltung des Sichtbarkeitsgebots »okzidentaler« Kultur gefordert (vgl. Karis 2012: 311, dazu auch Fahmy 2004, Braun/Mathes 2007, Wenk 2008, Heidenreich 2009, Thomas 2013b). Weniger paradox erscheint diese spezifische Deutung in Bezug auf muslimische Frauen, betrachtet eine die Bedeutung geschlechtlicher Differenzierungen in der Islamberichterstattung. Karis hebt hervor, dass der Islamdiskurs nicht als einfache Dichotomie zwischen »dem Feind Islam« und »dem Okzident« verkannt werden darf, denn es wird »regelmäßig entlang der Täter/Opfer-Grenze zwischen einzelnen muslimischen Akteursgruppen unterschieden, d.h. es erscheint nicht der Islam als Ganzer als Täter, sondern nur ein Teil der Muslime« (ebd.: 312). Sehr deutlich wird dies anhand geschlechtlicher Differenzierungen, denn gerade die Konstruktion muslimischer Frauen als Opfer sowohl in Migrationsdiskursen im Inland als auch in der Berichterstattung über die Beschränkungen der Freiheit von Frauen in der MENA-Region reproduziert das Bild des feindlichen muslimischen Mannes. Mit Bezug auf die obigen Ausführungen lässt sich feststellen, dass die Konstruktion der unterdrückten muslimischen Frau damit gleich zwei diskursive Funktionen übernimmt: Sie festigt das Bild der emanzipierten, gleichberechtigten »okzidentalen« Frau und das des rückständigen und gefährlichen muslimischen Mannes. Damit ist sie ein zentrales Vehikel hierarchischer Orient-/Okzidentkonstruktionen.

In Studien zur deutschsprachigen Berichterstattung wurde die diskursive Konstruktion von als muslimisch kategorisierten Frauen zum einen innerhalb von Migrationsdiskursen, zum anderen aber auch in der Krisen- und Kriegsberichterstattung zum »Nahen Osten« untersucht. Bei Konstruktionen »anderer« Frauen in deutschsprachigen Diskursen ist die Orientalisierung von Frauen auch quantitativ am bedeutendsten. Mit der Arbeitsmigration in den 50er Jahren wandelte sich die Darstellung, nachdem sie zuvor vor allem als erotisch und geheimnisvoll gezeigt wurden (vgl. Farrokhzad 2002: 85). Bereits Ende der 1980er Jahre finden sich Arbeiten zu Rassismus und Geschlecht und der Konstruktion »fremder« Frauen in den Medien. 1989 veröffentlichte Helma Lutz eine Arbeit zur Orientalisierung von Frauen, Iman Attia konstatierte 1994 in einem Aufsatz zu antimuslimischem Rassismus das auch heute präsenste Bild der unterdrückten muslimischen Frau und des sexistischen muslimischen Mannes und Brigitta Huhnke (1996) diskutierte, dass die Fremdheit »der Muslima« in deutschsprachigen Zeitschriften vor allem über das Symbol des Kopftuches vermittelt wird. Diese Art der Darstellung

sehen auch aktuellere Studien zum größten Teil als weiterhin hegemonial, auch wenn sie verstärkt auf Ambivalenzen der Repräsentation eingehen. Dies soll im Folgenden zunächst an Arbeiten, die die Repräsentation von Migrantinnen untersuchen und anschließend an solchen, die sich mit der Repräsentation von Frauen innerhalb der MENA-Region beschäftigen, diskutiert werden.

Die Konstruktion der ›muslimischen Migrantin‹ im deutschsprachigen Pressediskurs

Margreth Lünenborg, Katharina Fritsche und Annika Bach (2011) konnten in ihrer Studie zu *Migrantinnen in den Medien*, die quantitative und qualitative Analysen verbindet, aufzeigen, dass Migrantinnen vor allem als Opfer repräsentiert werden und sich dabei insbesondere bei muslimischen Migrantinnen Zuschreibungen der Passivität und ›Rückständigkeit‹ finden. Ebenfalls präsent war jedoch das Auftreten von (auch muslimischen) Migrantinnen als Prominente und Handlungsträgerinnen, wobei sie in dieser Rolle oft als besonders und außergewöhnlich gekennzeichnet wurden (vgl. ebd.: 101ff). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Schahrzad Farrokhzad (2002, 2006), die als häufigste Konstruktionsformen orientalisierter Frauen im deutschsprachigen Diskurs »die Kopftuchtürkin, die moderne Türkin und die Fundamentalistin« (Farrokhzad 2002: 87) ausmacht. Die ›moderne‹ Türkin wird dabei in Abgrenzung zur bedeckten, religiösen Frau konstituiert. Häufig findet sich zudem ein narratives Muster, in dem muslimische Migrantinnen dann als aktive Handlungsträgerinnen und Sprechende sichtbar werden, wenn sie als »Kronzeuginnen« (vgl. Brunner 2016: 6, Shooman 2014: 100ff, Schiffer 2007) auftreten und in ihren Aussagen die ›Rückständigkeit des Islams‹ betonen. Auch eine Fokussierung auf die äußerliche Beschreibung von Migrantinnen generell und insbesondere Kopftuch tragende Frauen konnten verschiedene Studien weiterhin feststellen. Das Kopftuch bei Migrantinnen steht demnach weiterhin als Symbol für Fremdheit und eine Abgrenzung zur ›eigenen‹ Kultur (vgl. u.a. Shooman 2014: 83ff) und für die mit ›dem Islam‹ in Verbindung gebrachte Unterdrückung von Frauen. Julia Kloppenburg (2012: 134) zeigt zudem auf, dass gerade im Migrationsdiskurs die Sichtbarkeit eines Kopftuches eng mit der Zuschreibung einer bestimmten, als ›niedrig‹ definierten Klassenzugehörigkeit verknüpft ist, da es kaum mit für die Repräsentation der Mittelschicht typischen Symbolen in Verbindung gebracht wird. Gerade Frauen mit Kopftuch werden oft als Prototype des ›Anderen‹ sichtbar, die individuelle Person, ihre Ansichten und Handlungen hingegen bleiben unsichtbar (vgl. Lünenborg/Maier 2017: 78, Grittmann/Maier 2017: 177, MacDonald 2006: 19). Margreth Lünenborg und Tanja Maier (2017), die eine der wenigen Studien zur visuellen Berichterstattung über Migration in Deutschland liefern, betonen in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich die gezeigten Bilder von Migrantinnen durchaus ändern und eine Missachtung Kopftuch tragender Frauen eher über den textlichen Kontext hergestellt wird:

»An den zahlreichen und oftmals stereotypen Bildern von Frauen mit Kopftuch wurde die Relevanz der Kontextualisierung solcher Bilder deutlich, werden doch Frauen mit Kopftuch auch als individuelle, moderne, selbstbewusste und aktive Frauen gezeigt. Nicht das Kopftuch als solches kann damit als visueller Signifikant für Religion und Traditionalismus bezeichnet werden; vielmehr sind es journalistisch-redaktio-

nelle Kontexte, die durch die Auswahl der gezeigten Personen oder durch die Betitelung und Bildunterzeilen dasselbe Symbol in unterschiedliche Zusammenhänge einbetten.« (Ebd.: 80)

Sie gehen hier auf die Pluralität der Darstellung von Kopftuch tragenden Frauen ein und heben hervor, dass oft erst über die redaktionellen Kontexte die hegemoniale Deutung des Kopftuches hergestellt wird. Eine vermehrte Sichtbarkeit anderer Bilder muslimischer Migrantinnen, wie sie im obigen Zitat angesprochen wird, konstatieren auch andere Studien. So werden Migrantinnen teilweise auch unabhängig von Zuschreibungen von Ethnizität und Geschlecht gezeigt (vgl. Lünenborg/Fritsche/Bach 2011: 64f), oder als erfolgreiche Frauen zu sehen gegeben, was oft über einen ›westlichen‹ Kleidungsstil symbolisiert wird (vgl. Röder 2007: 113). Auch gibt es vereinzelt Beiträge, die muslimische Migrantinnen als individuelle Subjekte vorstellen und als aktiv und handlungsfähig zeigen (vgl. Lirola 2014: 90f). Insgesamt dominieren jedoch auch weiterhin die oben beschriebenen Konstruktionen der passiven, unterdrückten und ›fremden‹ Frau.

Die Repräsentation von Frauen in der Berichterstattung über die MENA-Region

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch die – deutlich weniger – Studien, die sich mit der Repräsentation ›anderer‹ Frauen nicht innerhalb Europas, sondern in der Berichterstattung über die MENA-Region beschäftigen. Die Repräsentation und Konstruktion muslimischer Frauen in der Auslandsberichterstattung wurde bisher vor allem am Beispiel des Diskurses um den Afghanistan-Krieg untersucht. Herausgestellt werden kann hier die oben bereits angesprochene Arbeit von Nachtigall (2012) zu Geschlechterkonstruktionen im Kontext der 9/11-Berichterstattung. Auch Nachtigall selbst weist in ihrer Analyse darauf hin, dass die aufgezeigten Deutungen »über den konkreten Kontext ›Afghanistan‹ hinaus« Wirkung entfalten, »indem sie stereotype Wahrnehmungs- und Denkmuster in Bezug auf die ›islamische Frau‹ wie auch die ›westliche‹ Frau verfestigen« (ebd.: 335). Die Repräsentation von als ›muslimisch-arabisch‹ dargestellten Frauen muss besonders in der Berichterstattung über die MENA-Region als problematisch angesehen werden. Nachtigall verdeutlicht, dass Frauen entsprechend eines gängigen Musters in der Krisen- und Kriegsberichterstattung auch im Fall des Afghanistan-Krieges nur selten als Handlungsträgerinnen auftauchen (vgl. ebd.: 334). Die hegemoniale Deutung ist im Gegensatz die der afghanischen Frau als passives, unterdrücktes Opfer, welches durch den Eingriff ›westlicher‹ Truppen ›gerettet‹ wird: »Afghanische Frauen werden dabei nahezu ausschließlich als rechtlose Opfer männlicher Willkür und Patriarchaler Gewaltherrschaft präsentiert, wobei auch sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung eine Rolle spielen« (ebd.: 366) und stehen somit symbolisch für den »Diskursstrang ›islamisches Patriarchat‹« (ebd.: 335). Neben dieser spezifischen Opferrolle, die afghanischen Frauen zugeschrieben wird, zeigt sich im Diskurs auch eine Anknüpfung an übergeordnete Muster der Verbindung von Weiblichkeit und passiver Schutzbedürftigkeit. In der Repräsentation von Frauen dominieren Zuschreibungen »von Passivität, Leidensfähigkeit/Duldsamkeit, Unterdrückung, Schutzbedürftigkeit und Emotionalität« (ebd.: 366). Afghanische Frauen werden im Diskurs meist im familiären Rahmen gezeigt und nicht als politische Handlungsträgerinnen und stehen damit symbolisch vor allem für das Leiden der zivilen Bevölkerung unter den Taliban. Hier zeigt sich in

der Symbolik der leidenden »FrauenundKinder« (Enloe 1990, zitiert nach Wenk 2008: 35) ein vermeintlich natürlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern und eine mit der Geschlechtszugehörigkeit verbundene Verletzbarkeit bzw. Macht, zu verletzen (vgl. ebd.). Deutlich wird hier, dass oft gerade in solchen Diskursen, die die Verankerung patriarchaler Strukturen bei »den Anderen« kritisieren, ebendiese innerhalb der diskursiven Strukturen reproduziert werden. Auch im in der vorliegenden Arbeit untersuchten Diskurs um die Proteste in Ägypten zeigt sich teilweise eine Reproduktion dieser Verbindung von Weiblichkeit und Verletzlichkeit, zugleich wird eine Verschiebung tradiertter Repräsentationspraktiken hin zu einer Fokussierung auf die individuelle Handlungsfähigkeit und Widerständigkeit der Frauen deutlich (s. Kap. 5.1 und 6.2).

Als Symbol ihrer Unterdrückung wird ebenso wie im deutschsprachigen Migrationsdiskurs auch in der Berichterstattung über die MENA-Region zentral die Verschleierung von Frauen thematisiert (vgl. Nachtigall 2012: 351). Silke Wenk (2008) verdeutlicht die Problematik dieser Symbolisierung von Unterdrückung: »Wie insbesondere feministische Aktivistinnen immer wieder feststellten, hindert eben diese Verknüpfung von Schleier und Opfer zunehmend daran, die differenten Stimmen unter den Schleiern zu hören, die aktiv um ihre Gleichberechtigung kämpfen« (ebd.: 40). Der Symbolcharakter des Schleiers verhindert die Hörbarkeit der Vielfaltigkeit mit ihm verbundener Stimmen. Mit der Konstruktion der Passivität der Opfer geht die Deutung eines »westlichen« Eingreifens einher, welches die Opfer befreie (vgl. Klaus/Kassel 2008: 275). Shahira Fahmy (2004) untersucht, wie afghanische Frauen vor und nach dem Sturz des Taliban-Regimes in Bildern der Agentur AP repräsentiert wurden. Sie zeigt, dass sich Bilder in Kamerawinkel, Fokus, Distanz und Darstellung der Frauen nach dem Sturz veränderten, so dass es weniger zu passiven und viktimisierenden Darstellungen kam, auch wenn der Großteil der dargestellten Frauen weiterhin verschleiert war. Eine mögliche Begründung sieht sie darin, dass »westliche« Medien trotz einer anhaltenden Verschleierung von Frauen eine positive Veränderung in deren Situation durch den Krieg darstellen wollten. Andere Arbeiten betonen dennoch die Symbolisierung der Befreiung von Frauen über ihre Entschleierung (vgl. Nachtigall 2012, Wenk 2008). Wenk erinnert an die koloniale Tradition der Entschleierung von Frauen⁵⁰ und stellt die Verbindung zwischen der Herstellung von Sichtbarkeit mit Macht und Kontrolle heraus (vgl. Wenk 2008: 37ff). Im Kontext der immer wieder auftauchenden, inzwischen ikonischen Bilder entschleierter Frauen werden zudem oft die unter dem Schleier verborgenen »westlichen« Schönheitsnormen betont. In der Fokussierung auf die Entschleierung im Diskurs und die Herausstellung der dadurch »befreiten« weiblichen Schönheit zeigt sich auch eine begrenzte Deutung von Frauenrechten, wie Elisabeth Klaus und Susanne Kassel (2008) und Nachtigall (2012) aufzeigen. Diese fokussiert sich vor allem auf die Freiheit von Frauen, welche an »westlichen« Vorstellungen von Weiblichkeit und

50 In Ägypten setzte sich der erste britische Kolonialverwalter Evelyn Baring um 1900 für die Entschleierung ägyptischer Frauen ein und stieß auf erheblichen Widerspruch aus der Bevölkerung. Auch hier zeigte sich bereits das Muster des Otherings von Sexismus: Er machte »den Islam« für die Erniedrigung von Frauen verantwortlich, zugleich setzte er sich in England gegen die Einführung des Wahlrechts für Frauen ein (vgl. Dietze 2016c).

Schönheit gemessen« (ebd.: 337) wird und die Möglichkeit der Teilnahme an Vergnügen und Konsum und insbesondere eine Sichtbarkeit weiblicher Körper fordert und damit auch an die oben beschriebenen Aufmerksamkeitsräume für Frauen innerhalb öffentlicher Diskurse anknüpft. Nicht nur wird Weiblichkeit in diesem Deutungsmuster entlang spezifischer, hegemonialer ›westlicher‹ Vorstellungen konstituiert, zugleich wird die Erfüllung dieser Standards als Emanzipation gedeutet. Damit wird zugleich ein ›Okzident‹ repräsentiert, der in Frauenrechtsfragen ein Ideal darstelle und feministische Forderungen hierzulande hinfällig mache. Die Missachtung von Frauenrechten wird ›den Anderen‹ zugeschoben, es erfolgt auch hier eine »diskursive Externalisation von Sexismus und Patriarchat« (ebd.: 412, vgl. auch Klaus/Kassel 2008: 277). Diese spielt auch im in dieser Arbeit untersuchten Pressediskurs um die Proteste in Ägypten eine zentrale Rolle (vgl. insbesondere Kapitel 5.3 und 6.1.1).

Unsichtbar bleiben im deutschsprachigen Diskurs um ›andere Frauen‹ also zum einen die globale Präsenz sexistischer und patriarchale Strukturen, zum anderen die historischen Kämpfe ›anderer‹ Frauen oder überhaupt ihr Status als Subjekte mit je spezifischen Lebensrealitäten. Auch wenn Frauen in journalistischen Diskursen in Anknüpfung an weibliche Stereotype der Fürsorglichkeit und Friedfertigkeit die Aufgabe eines nationalen Neuanfangs zugeschrieben wird, so wird auch innerhalb dieser Deutung vor allem *über* Frauen gesprochen (vgl. Nachtigall 2012: 358). Im medialen Diskurs um den Afghanistan-Krieg finden sich kaum Gelegenheiten, in denen Frauen selbst die Möglichkeit haben, zu sprechen und ihre spezifischen Ansichten dazulegen. Nichtsdestotrotz finden sich auch hier einige Gegenbeispiele. Diese zeigen sich zum einen in der politisch aktiven, handlungsfähigen Afghanin, deren ›Modernität‹ jedoch stets anhand ihres mehr oder weniger ›westlich‹ geprägten Kleidungsstils bewertet wird (vgl. ebd.: 359) und im Beispiel von zwei Aktivistinnen, die als mutig, aktiv und kämpferisch dargestellt werden. Nachtigall konstatiert, diese Darstellung knüpfe an die »im westlichen Diskurs zumeist positiv besetzte Figur der weiblichen Freiheits- und Widerstandskämpferin an, wie sie z.B. durch Jeanne d'Arc prominent verkörpert wird« (ebd.: 364). Dieser Bezug taucht im Diskurs aber nur an zwei Stellen auf, kann sich also nicht durchsetzen und bleibt marginalisiert. Beide Beispiele werden zudem explizit als Ausnahmeerscheinung konzipiert, die die Deutung der Normalität der passiven, unterdrückten afghanischen Frauen noch bestätigen.

Zusammenfassend erscheint für den übergeordneten Islamdiskurs und die Konstruktion ›der anderen Frau‹ sowohl in Migrationsdiskursen als auch in der Berichterstattung über die MENA-Region zunächst der ›Topos Sichtbarkeit‹ und das damit verbundene ›okzidentale‹ Ideal der Sichtbarkeit des weiblichen Körpers bedeutsam. Nach wie vor sind das Kopftuch oder andere Arten der Verschleierung zentrale Symbole des Diskurses, die zumeist Fremdheit und ›Rückständigkeit‹ signalisieren, auch wenn aktuelle Studien aufzeigen, dass Medien mehr und mehr auch andere Bilder zu sehen geben. Zentral im Diskurs ist zudem die Deutung weiblicher Passivität und Leidensfähigkeit, die teilweise auch als eine übergeordnete weibliche Eigenschaft auftritt, oft aber spezifisch orientalisierten Frauen zugeschrieben wird. Eng damit verbunden ist eine Nicht-Sichtbarkeit von Handlungsfähigkeit und die fehlende Hörbarkeit der Stimmen ›anderer‹ Frauen im Diskurs. Besonders im Migrationsdiskurs, aber auch in der Afghanistan-Berichterstattung konnten einige Beispiele aufgezeigt werden, in denen

Frauen als aktiv und handlungsfähig gezeigt werden. Die Darstellungen knüpfen dann zumeist an die oben beschriebenen postfeministischen Diskurse um Ermächtigung, Wahlfreiheit und individuelle Handlungsfähigkeit an und charakterisieren die Frauen als Ausnahmereignisse. Insgesamt zeigt dieser Überblick über Repräsentationsregime in der deutschsprachigen Presseberichterstattung spezifische diskursive Praktiken der theoretisch bereits dargelegten Bedeutung von Weiblichkeitskonstruktionen für eine Festigung hierarchischer Orient-/Okzidentkonstruktionen auf.

2.3.3 Diskurse um Frauenbewegungen und (Post-)Feminismus

Über die Repräsentation weiblicher Körper hinaus interessieren mich für die spätere Analyse auch Praktiken der Repräsentation von politisch bewegten Frauen und die mediale Verhandlung von Feminismus, da es im untersuchten Diskurs spezifisch um die Repräsentation von Frauen in Protestsituationen und auch die Verhandlung von Frauenrechten und feministischen Protesten geht.⁵¹ Diskutiert werden sollen daher im Folgenden Arbeiten, die sich mit Diskursen über Frauenbewegungen und der medialen Konstruktion gegenwärtiger Feminismen beschäftigen. Bezug genommen wird dabei vor allem auf Studien zu in Deutschland oder ›dem Westen‹ verbreiteten diskursiven Formationen, da sich in diesen auch der von mir untersuchte Pressediskurs zu Protesten in Ägypten verorten lässt.

Während es eine Bandbreite an feministischer Forschung zu Frauenbewegungen im deutschsprachigen Raum, ihren Hintergründen, Strömungen, Zielen und Akteur*innen gibt,⁵² finden sich nur vereinzelt Arbeiten zu deren diskursiver Repräsentation, die sich fast ausschließlich mit medialen Darstellungen protestierender Frauen in Deutschland, Europa oder den USA beschäftigen. Für den wissenschaftlichen Diskurs kann konstatiert werden, dass die Analyse von Frauen innerhalb sozialer Bewegungen wie auch Frauenbewegungen als Untersuchungsgegenstand in der sozialen Bewegungsforschung bislang ein vernachlässigtes Feld darstellen (vgl. Leidinger 2015: 65). Auch für journalistische Diskurse konnten die wenigen bestehenden Studien die Marginalisierung von Frauenbewegungen und feministischen Anliegen feststellen. Gerade in massenmedialen Öffentlichkeiten zeigt sich ein sehr begrenzter Zugang für Frauenbewegungen und ihre Themen, insbesondere außerhalb spezifischer diskursiver Ereignisse findet alltägliche Frauen- und Geschlechterpolitik hier kaum Resonanz (vgl. Flicker 2008: 135, Geiger 2002a: 102). Frühe Arbeiten kritisieren in der diskursiven Auseinandersetzung mit Frauenbewegungen zunächst deren Enthistorisierung und Homogenisierung. Regina Dackweiler (1995: 107) stellt die Ausblendung von Kontinuitäten zwischen historischen und neuen Frauenbewegungen fest (vgl. auch Schnabel 2003: 177ff). Das Wissen über die spezifischen Kontexte historischer Frauenbewegungen versteht

51 Die Erweiterung der Fragestellung über Bedingungen der Anerkennung protestierender Frauen im Diskurs auf die Sichtbarkeit von Aspekten eines lebhaften Lebens und politischen Handelns im Diskurs erörtere ich in Kapitel 3.2.3 genauer.

52 Vgl. z.B. zur Neuen Frauenbewegung Auswahlbibliographie von Leidinger: www.rosalux.de/fileadmin/rls/uploads/pdfs/Themen/GK%20Geschichte/Literaturlisten/ausw*biblio*f*bew*leidinger.pdf (abgerufen am 13.11.2018), als Überblicksliteratur insbesondere Gerhard (2009), Lenz (2010).

sie hingegen als entscheidend auch für die Analyse neuer Frauenbewegungen, da dieses »ein Verständnis der Frauenbewegungen von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart als kollektive politische Akteurinnen an den Schnittstellen kapitalistischer und patriarchaler Herrschaftsformen in Produktion und Reproduktion« (Dackweiler 1995: 115) ermöglicht. Nur durch die Auseinandersetzung mit Kontinuitäten lassen sich Frauenbewegungen als anhaltende politische Kämpfe gegen Geschlechterverhältnisse verstehen, die grundlegende gesellschaftliche Verhältnisse und nicht neue Problemlagen thematisieren. Mit der Enthistorisierung von Frauenbewegungen geht oft eine Homogenisierung sehr unterschiedlicher vergangener Bewegungen einher, wie auch Angela McRobbie bemerkt (vgl. McRobbie 2010: 27). Dabei werden sowohl die Differenzen zwischen Frauen als auch die sehr unterschiedlichen Anliegen verschiedener Strömungen nicht berücksichtigt (vgl. Schnabel 2003: 177ff).

Generell zeigen bestehende Arbeiten zudem eine thematische Verengung in der Berichterstattung über feministische Proteste auf. Brigitte Geiger (2002b) hat mit dem *FrauenVolksbegehren* 1997 in Österreich⁵³ ein Diskursereignis untersucht, welches beispielhaft für journalistische Diskurse um feministische Proteste steht. Sie verzeichnet zwar eine hohe mediale Resonanz, zeigt aber auf, dass Anliegen von Frauenbewegungen eher dann thematisiert werden, wenn keine grundlegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse angesprochen, sondern ein liberales Gleichberechtigungsmodell gefordert wird (vgl. Geiger 2002a: 102). Sowohl im medialen als auch im politischen Diskurs konzentrierte sich die Berichterstattung über das *FrauenVolksbegehren* auf Fragen der Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wodurch die Grenzen medialer Diskurse im Bereich Frauenpolitik deutlich werden (vgl. Geiger 2002b: 119). Dies entspricht auch einer im wissenschaftlichen Diskurs hegemonialen Deutung, welche Frauenbewegungen als kulturorientierte Selbsthilfe im Gegensatz zu machtorientierter politischer Intervention (vgl. Raschke 1987: 275) konstruiert. Christiane Leidinger (2015: 68f) weist darauf hin, dass diese Deutung Frauenbewegungen einen breiteren politischen Gestaltungswillen abspricht und ihre Anliegen als kulturell und nicht staatlich-strukturell bedingt versteht.

Die diskutierten Ergebnisse zeigen einen Trend zur Abgrenzung von historischen, im Diskurs homogenisierten Frauenbewegungen an. Sie verdeutlichen, dass Feminismus und Frauenbewegungen dann medial sicht- und hörbar werden, wenn sie keine grundlegenden Machtverhältnisse in Frage stellen oder gar politisch in sie intervenieren wollen. Diese Ergebnisse sprechen eigentlich für eine Abkehr öffentlicher Diskurse von Frauenbewegungen und feministischen Anliegen. So erscheint es zunächst paradox, dass gleichzeitig in aktuellen Arbeiten eine Rückkehr des Begriffs »Feminismus« in den öffentlichen Diskurs konstatiert wird: »Löste der Begriff »Feminismus« in politischen und wissenschaftlichen Feldern noch bis vor Kurzem weithin vor allem Distanzierungen aus, ist seit 2006 ein Meinungsumschwung zu verzeichnen: Statt back-lash kann zumindest von einem journalistischen come-back gesprochen werden.« (Thiessen

53 Das *FrauenVolksBegehren* wurde 1996 vom *Unabhängigen FrauenForum* (UFF) in Österreich initiiert. Bei der Abstimmung 1997 erhielt es rund 650.000 Stimmen und konnte für die elf, in ihm vorgebrachten Forderungen zur Geschlechtergerechtigkeit eine große mediale Öffentlichkeit erreichen (vgl. Flicker 2008: 132).

2010: 37) Betont wird dabei die Gleichzeitigkeit eines Bezugs auf und einer Zurückweisung von Feminismus, eine Parallelität feministischer und antifeministischer Bezüge (vgl. Hark/Villa 2010, Gill 2016). Als prägend für eine solche, oft als ›postfeministisch‹⁵⁴ gekennzeichnete Medienkultur wird eine Einverleibung feministischer Begriffe in neoliberale Diskurse beschrieben. Dies gilt zentral für die Begriffe Wahlfreiheit (Choice) und Ermächtigung (Empowerment) oder auch Emanzipation (vgl. dazu McRobbie 2010: 50ff, Gill 2016). Diese Begriffe bezeichnen in feministischen Diskursen Möglichkeiten, die eigene Lebensrealität gestalten zu können und beinhalten auch die Auseinandersetzung mit Herrschaftsstrukturen (vgl. Leidinger 2015: 129). In neoliberalen Diskursen werden sie jedoch ihrer Herrschaftskritik enthoben und mit ihnen die Idee unbegrenzter, individueller Möglichkeiten der Selbstverwirklichung verbunden. Die Vorstellung der Möglichkeit einer freien Wahl durch Individuen und Anrufungen einer individuellen Ermächtigung verlagern die Veränderung von weiblichen Realitäten in die Hände von Individuen. Als zentraler Schauplatz solcher Veränderungen wird der weibliche Körper inszeniert, der beständig kontrolliert und optimiert werden müsse (vgl. Gill 2016: 543). Tanja Thomas (2008) untersucht in einer Auseinandersetzung mit Formaten des Lifestyle-TVs, wie eine solche Fokussierung auf Eigenverantwortung und Individualismus Anerkennungsordnungen verschiebt. Anerkennung wird demnach dann gewährleistet, wenn Körper und Lebensstil entlang neoliberaler Kriterien (insbesondere ökonomische Nutzbarmachung) selbstverantwortlich gestaltet werden und damit als erfolgreich gelten können (vgl. Thomas 2015: 61, 2008: 240). Kreiert wird damit »ein Individualismus insbesondere des Eigennutzes, der Selbstverwirklichung, der Verantwortlichkeit und Selbstbestimmung« (Thomas 2008: 236, vgl. zu Neoliberalisierung und Fernsehformaten auch Stehling 2015). Auch Eva Flicker (2008: 135) beobachtet, kommt es doch zu einer diskursiven Sichtbarkeit von Frauenbewegungen, eine Individualisierung und Ästhetisierung der Berichterstattung. Meist werden Einzelpersonen, nicht Kollektive thematisiert, während die Darstellung dieser Einzelpersonen zugleich mit der Ästhetisierung der Frauenkörper einhergeht.

Eine solche Individualisierung von Verantwortung und Handlungsfähigkeit ist vor allem deshalb problematisch, weil mit ihr meist eine Nicht-Thematisierung gesellschaftlicher Strukturen und eine Abkehr von kollektiven Handlungsmöglichkeiten einhergeht. Letztere zeigt sich in aktuellen Diskursen, die sich auf den Begriff ›Feminismus‹ beziehen, insbesondere in einer Abgrenzung zu ›alten‹ Frauenbewegungen und Feminismen. Hark und Villa (2010: 14) betonen, dass eine solche Abgrenzung oft mit der oben beschriebenen Homogenisierung früherer Frauenbewegung und der Verkennung der Vielfaltigkeit feministischer Auseinandersetzungen einhergeht. Alison Winch (2013) bemerkt, dass die mediale Fokussierung auf Feminismen, die im

54 Zum Begriff ›Postfeminismus‹ und damit verbundenen unterschiedlichen Deutungen vgl. u.a. Gill 2016, McRobbie 2010. Gill (2016) charakterisiert Postfeminismus als *sensibility* und betont damit »die Widersprüchlichkeit postfeministischer Diskurse, in denen sowohl feministische als auch antifeministische vermischt werden« (ebd: 542). Als zentrale Merkmale solcher Diskurse, die sie als prägend für gegenwärtige Medienkulturen versteht, bezeichnet sie die »Vorstellung, dass Weiblichkeit eine körperliche Eigenschaft ist; die Verlagerung von Objektivierung zu Subjektivierung; die Betonung der Selbstüberwachung, Kontrolle und Disziplin; ein Fokus auf Individualismus, Wahlfreiheit und Empowerment« (ebd.).

Sinne einer neoliberalen Kultur die Möglichkeit zu Veränderungen ausschließlich als individuelles Projekt präsentieren, feministische Kollaborationen aufbricht. Daher ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, warum bestimmte feministische Aktivitäten mehr mediale Sichtbarkeit und Anerkennung erhalten als andere und die gleichzeitige Betonung der Notwendigkeit der Fortführung eines »linken, antikapitalistischen Feminismus« (ebd.: 16) zentral. Auch Klaus (2008) beschreibt in ihrer Analyse gegenwärtiger Bücher zu Feminismus die Distanzierung von »alten« Feminismen und die Abwesenheit einer kritischen Gesellschaftsanalyse als zwei zentrale Diskursstränge in neuen Feminismus-Diskursen (ebd.: 180). In Abgrenzung zu »alten« Feminismen wird dort propagiert, dass jede Frau durch eigene Anstrengungen ihre Ziele erreichen könne, kollektive Handlungsfähigkeit wird hingegen ausgeblendet: »Gemeinsame Gruppeninteressen sind allenfalls schemenhaft sichtbar, gemeinsame Handlungskonzepte gar nicht in Sicht.« (ebd.: 182) Damit einher geht die fehlende Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtstrukturen und kritischer Analysen patriarchaler Strukturen. Auch intersektionale Formen der Diskriminierung werden nicht thematisiert, es findet eine Fokussierung auf »weiße«, erfolgreiche Frauen statt. Die hier beschriebene Depolitisierung feministischer Diskurse stellen auch Tanja Thomas und Miriam Stehling (2016: 93f) in ihrer Untersuchung zu Protesten von Femen fest. Auch Kaitlynn Mendes (2012: 564f), die feministische Diskurse in der britischen und US-Amerikanischen Presse zwischen 1968 und 2008 analysiert hat, beschreibt deren zunehmende Depolitisierung und Neoliberalisierung. Die Berichterstattung konzentriert sich auf die Bereiche Selbstoptimierung und Konsum, eine Darstellung feministischer Konzepte und Kritiken sowie politischen Aktivismus verschwindet hingegen mehr und mehr. Die Abwesenheit struktureller Kritik und kollektiver Handlung wird dabei vor allem mit einer fehlenden Notwendigkeit begründet. Zentral für neue feministische Diskurse ist daher das Argument, dass Frauen »im Westen« bereits Freiheit und Gleichheit erreicht hätten, politischer Aktivismus also nicht mehr notwendig sei (vgl. Mendes 2012: 565). Klaus (2008: 183) und Hark und Villa (2010: 14) argumentieren, dass diese Begründung durch eine enge Verwobenheit neuer Feminismen mit der Konstruktion eines als in Frauenrechtsfragen »rückständigen Islams« gestützt wird. Diese These wird auch durch die Arbeit von Christina Scharff (2011) unterstrichen, die junge Frauen in Großbritannien und Deutschland zu ihren Beziehungen zum Feminismus befragte. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Distanzierung von einem politischen Feminismus und dessen Individualisierung vor allem über eine Orientalisierung unterdrückter Frauen und eine damit verbundene Festigung der Selbstkonstruktion als emanzipierte, freie, nicht diskriminierte Frau funktioniert (vgl. ebd.: 129ff).

Zusammenfassend zeigt sich im medialen Diskurs um kollektive Frauenbewegungen deren Marginalisierung, eine mit einer Enthistorisierung verbundene Homogenisierung früher Bewegungen und in der Berichterstattung eine Reduktion auf Themen, die keine strukturelle Kritik formulieren. Deutlich wird dies besonders im medialen Bezug auf einen »neuen« Feminismus. Dieser wird als neoliberale Einverleibung feministischer Begriffe wie Ermächtigung und Wahlfreiheit kritisiert, mit denen eine Fokussierung auf individuelle Handlungsmacht und damit eine Abgrenzung von feministischen kollektiven Bewegungen und deren Kritik an gesellschaftlichen Machtstrukturen legitimiert wird.

Der Überblick über bestehende Studien zu den spezifischen diskursiven Formationen bezüglich (orientalisierter) Weiblichkeit und Protest, in dem der Untersuchungsgegenstand verortet werden kann, zeigt, dass zwar eine Ambivalenz zwischen Missachtung und Anerkennung in der Repräsentation von Frauen in journalistischen Diskursen aufgezeigt werden kann, in beiden Fällen jedoch nach wie vor die (körperbezogene) Vergeschlechtlichung überwiegt. Die Forderung nach einer solchen aktiven, individuellen und körperbezogenen Ausübung von Weiblichkeit wird dabei von der Konstruktion der als nicht-sichtbar und passiv repräsentierten orientalisierten Frau abgegrenzt. Letztere wird jedoch in Ausnahmefällen ebenfalls als emanzipiert gezeigt, nämlich dann, wenn sie individuell aktiv wird und damit der Deutung feministischer Emanzipation als individuelle (und unpolitische) Ermächtigung im Gegensatz zu einer kollektiven Frauenbewegung entspricht. Inwiefern sich Anknüpfungen an oder Verschiebungen von den hier dargestellten Repräsentationspraktiken zeigen, ist eine zentrale Fragestellung der Analyse in Kapitel 5, 6 und 7.

In diesem zweiten Kapitel habe ich zunächst anhand des Forschungsstandes zu den ägyptischen Protesten ab 2011, Medien und Geschlecht verdeutlicht, dass eine kritische, geschlechtertheoretische Perspektive auf die Berichterstattung über die Proteste den Blick für die Ambivalenzen des Diskurses schärfen kann. Anschließend ging es mir um die Präzisierung einer solchen Perspektive für die vorliegende Arbeit und darum, inwiefern diese vor allem von (de-)konstruktivistischen, feministischen und postkolonialen Ansätzen geprägt ist. Sie interessiert sich damit zentral für die Reproduktion machtvoller Strukturen und Wissensordnungen in Diskursen. Zudem habe ich anhand bestehender Studien, die von einer ähnlichen Perspektive aus arbeiten, verdeutlicht, welche Kritik an Repräsentationen von Weiblichkeit und Feminismus damit einhergeht. Damit habe ich mich näher mit solchen Repräsentationsregimen auseinandergesetzt, die auch für den in dieser Arbeit analysierten Diskurs relevant sind.

Zugleich soll mit dem nächsten Kapitel die in der Einleitung und Kapitel 2.1 thematisierte Deutung der Proteste in Ägypten als ›Schlüsselereignis‹ in der bestehenden Forschung aufgegriffen werden. Der Fokus wird damit nicht nur auf Möglichkeiten der Etablierung und Festigung von Ausschlüssen, sondern auch Möglichkeiten anderer Repräsentation und mediatisierter Anerkennung im untersuchten Diskurs, wie sie in kosmopolitischen Ansätzen diskutiert werden, gelegt.

